

Nora Vanessa Faix

## Zur diskursiven Konstruktion der AdressatInnen von Planung

Das Beispiel der Innenstadtsanierung Rüsselsheim



Nora Vanessa Faix

# **Zur diskursiven Konstruktion der AdressatInnen von Planung**

Das Beispiel der Innenstadtsanierung Rüsselsheim

© Nora Vanessa Faix: Zur diskursiven Konstruktion der AdressatInnen von Planung. Das Beispiel der Innenstadtsanierung Rüsselsheim. Frankfurt am Main, 2011. (= Forum Humangeographie 5)  
ISBN 978-3-935918-14-5

Kontakt: Institut für Humangeographie, Forum Humangeographie, Marit Rosol (Schriftleitung), Robert-Mayer-Str. 6-8, 60325 Frankfurt am Main, [www.humangeographie.de](http://www.humangeographie.de)

Mein besonderer Dank geht an meine Erstgutachterin Prof. Dr. Susanne Heeg für die Betreuung und die wohlwollende Unterstützung des Themas dieser Arbeit sowie an meine Zweitgutachterin Dr. Marit Rosol für wichtige Ratschläge und vor allem die Anregung und Ermöglichung dieser Veröffentlichung.

Für viele interessante Diskussionen sowie das Eingebunden sein in einen sehr motivierenden Forschungszusammenhang um das Thema Rüsselsheim, möchte ich den TeilnehmerInnen des Kolloquiums „Soziale Stadt from Below“ herzlich danken. Mein außerordentlicher Dank geht an dieser Stelle an Dr. Ellen Bareis, die dieses Kolloquium initiiert hat und auch darüber hinaus mit Rat und Unterstützung die Konzeption dieser Arbeit begleitet hat und mir immer wieder inspirierende Forschungsperspektiven eröffnet hat.

Ein besonders großer und herzlicher Dank geht an alle die mich in der Phase der Beschäftigung mit dieser Arbeit auf ganz unterschiedliche Art und Weise unterstützt haben: Ich danke meiner Familie, meinen MitbewohnerInnen, Eva Büchel, Karola Cafantaris, Florian Hohenstatt, Sebastian Schipper, Simon Sontowski und Julian Stenmanns für die vielen Ratschläge, für das zeitintensive Korrekturlesen, die inhaltlichen Diskussionen und nicht zuletzt auch für die ablenkenden und zerstreuenden Gespräche, die nicht weniger bedeutsam waren.

Den MitarbeiterInnen des Stadtplanungsamtes Rüsselsheim sowie denen der mit Innenstadtsanierung befassten Planungsbüros möchte ich für ihre Offenheit, die Möglichkeit der Teilnahme an Arbeitsprozessen, die Bereitstellung von Planungsdokumenten und eine aufschlussreiche Praktikumszeit danken.

# Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	7
2	Wandel von Staatlichkeit und die „Neoliberale Stadt“	10
2.1	Gesellschaftlicher Wandel im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus	10
2.2	Implikationen auf städtischer Ebene	13
3	Gouvernementalität und Subjektkonstruktionen	15
3.1	Gouvernementalitätstheorie – Veränderung der Regierungsweise	15
3.2	Subjektkonstruktionen	18
3.2.1	Vom „zugrundeliegenden“ zum „gemachten“ Subjekt	18
3.2.2	Tendenzen neoliberaler Subjektivierung	21
3.2.3	Die Hierarchisierung von Subjektpositionen über diskursive Hegemonien bei Laclau	24
3.2.4	Zusammenfassung	25
4	Stadtplanung in der unternehmerischen Stadt	26
4.1	Die Entwicklungsgeschichte der Stadtplanung	26
4.2	Paradigmenwechsel im Aufgabenbereich der Planung	28
4.3	Chronologie der Planungspraktiken und das Selbstverständnis der PlanerIn	29
4.4	Die Innenstadtsanierung als Instrument der Stadtentwicklung	31
4.5	Mittelstädte im Wettbewerb	33
4.6	„Loser cities“ – Strategien von Städten im Abschwung	34
5	Rüsselsheim	36
5.1	Die erste Innenstadtsanierung und die städtebauliche Struktur der Innenstadt	38
5.2	Die gegenwärtige Innenstadtsanierungsplanung	39

6	Der Planungsdiskurs um die Innenstadtsanierung Rüsselsheim	42
6.1	Der Diskurs – Begriffsfassung	43
6.2	Die gesellschaftliche Relevanz der Diskurse	44
6.3	Der Planungsdiskurs um die Innenstadtsanierung Rüsselsheim	45
6.4	Das Analyseverfahren	46
6.5	Strukturanalyse	46
6.5.1	Kurzbeschreibung der Planungsdokumente	47
6.5.2	Die Ober- und Unterthemen	51
6.5.3	Zusammenfassende Einschätzung der Struktur des Planungsdiskurses	55
6.6	Feinanalyse	57
6.6.1	Fragment 1	59
6.6.2	Fragment 2	64
6.6.3	Zusammenfassende Einschätzung	67
7	Raum und AkteurInnen im Planungsdiskurs – brüchige Konstruktionen	69
7.1	Interviews und Gesprächsprotokolle	69
7.1.1	Das im Planungsdiskurs „Nicht-So-Sagbare“	70
7.1.2	Brüche und Widersprüche	74
7.2	Innenstadtraum	76
7.2.1	Motiv: Repräsentationsraum	77
7.2.2	Motiv: Einzelhandels- und Konsumraum	78
7.2.3	Motiv: Raum der Problemlösung	78
7.3	AkteurInnen/ Subjektkonstruktionen	79
7.3.1	Motiv: „Creative Class“	79
7.3.2	Motiv: „BesetzerInnen“	80
7.3.3	Motiv: Die „zu Aktivierenden“	80
8	Schluss	82
9	Literatur	86

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Skizze sanierungsrelevanter Merkmale der Rüsselsheimer Innenstadt (eigene Darstellung, basierend auf der Kartengrundlage der ALK 6500 des Magistrats der Stadt Rüsselsheim)	36
Abbildung 2: Ober- und Unterthemen des Planungsdiskurses (eigene Darstellung)	52
Abbildung 3: Zeitliche Einordnung der Planungsdokumente (eigene Darstellung)	53

## 1 Einleitung

Im Kontext des Wandels des fordistischen Wohlfahrtsstaates, hin zu einer neoliberalen Formation von Staatlichkeit, werden seit den 1980er Jahren Veränderungen der sozioökonomischen Strukturen von Städten, wie auch innerhalb des Städtensystems, beobachtet. Das politische Argumentationsmuster der Städtekonkurrenz ist ein Resultat dieser Veränderung, wobei es in die Verantwortungen der Städte verlagert wird, sich als Standort profilieren zu müssen, indem Aufwertungsmaßnahmen durchgeführt und städtische Potenziale ausgebaut werden (Heeg und Rosol 2007: 492). Bob Jessop spricht in diesem Zusammenhang von einer Naturalisierung der neoliberalen Prinzipien, die auf der Ebene der Stadt zur Folge hat, dass Städte als chancengleich und damit selbstverantwortlich für ihre ökonomische Lage, d.h. für ihr Wohlergehen und die Möglichkeit attraktive Orte für Unternehmen und Bevölkerung zu sein, gesehen werden (Jessop 2002: 468). Folglich verschieben sich auch die Prioritäten der Stadtplanung, so dass nicht mehr die Versorgung der Bevölkerung und der Abbau von sozialräumlichen Disparitäten als Ziel der Stadtplanung an erster Stelle stehen, sondern das Hauptziel zunehmend darin besteht, die fiskalische und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Städte selbst zu erhalten (Schneider-Sliwa 1996: 318). Um im Wettbewerb zu bestehen, gilt es eine prosperierende, attraktive Innenstadt als Aushängeschild der Stadt vorweisen zu können bzw. herzustellen.

In Rüsselheim wird die Situation der Innenstadt, gemessen an der wirtschaftlichen Lage, momentan sehr negativ beurteilt. Auch Zeitungsartikel zeichnen ein pessimistisches Bild der Rüsselsheimer Innenstadt<sup>1</sup>: So druckt die Frankfurter Rundschau, um ein Beispiel heraus zu greifen, eine großformatige Kollage, bestehend aus den Schaufenstern der vielen leerstehenden Ladenflächen (Frankfurter Rundschau 27/28.02.10: R24). Die Sanierung der Innenstadt befindet sich bereits seit den 1990er Jahren in der Vorbereitung. Von der Stadt in Auftrag gegebene Studien attestieren dem gesamten öffentlichen Raum eine erhebliche Beeinträchtigung seiner Funktion als Geschäftsstandort, da die städtebauliche Gestalt nicht der für den Einzelhandel erforderlichen Aufenthaltsqualität und Atmosphäre gerecht wird. Dem soll mit umfassenden Sanierungsmaßnahmen begegnet werden, die als Antwort auf den Städtewettbewerb und die Standortkonkurrenz zu verstehen sind, in denen sich die Stadt besser aufstellen möchte. Die Planungen sind, so meine These, ausgerichtet auf eine Zielgruppe, die noch nicht vor Ort ist, d.h. Maßnahmen sollen die Stadt, insbesondere die Innenstadt, für eine „gewünschte Bevölkerung“ erst attraktiv machen. Die derzeitigen Nutzungen und BewohnerInnen entsprechen nicht den Vorstellungen einer repräsentablen Innenstadt, worauf mit einer Umdefinition des Stadtraumes reagiert wird, um bestimmte Nutzungen zu verdrängen.

---

<sup>1</sup> vgl. Zitate der Frankfurter Allgemeine Zeitung, Kapitel 5.2, S.45

In meiner Diplomarbeit möchte ich mich mit dem Diskurs um die Innenstadtsanierung in Rüsselsheim beschäftigen. Rüsselsheim erscheint mir für dieses Vorhaben sehr interessant, da sich die Diskussionen in dem großen Widerspruch zwischen Hoffnungen und Visionen für die Planung mit dem Ziel der Herstellung einer prosperierenden Stadt und der Ohnmacht, ob der unlösbaren (finanziellen) Situation, bewegen. Zudem spielt das Verhältnis der Stadt zu Opel eine Rolle, da die Wahrnehmung der Stadt verknüpft ist mit der Wahrnehmung der Situation des Unternehmens Opel und auch Stadtentwicklung und Unternehmensentwicklung miteinander verschränkt sind, was sich im Stadtbild wieder findet. Womöglich lässt das den Diskurs um Planungen im Bezug auf den Wandel vom Fordismus zum Postfordismus besonders deutlich zu Tage treten, da Rüsselsheim zu Zeiten des Fordismus massiv expandierte und heute in diesem Zusammenhang stehende, strukturelle Probleme zu bearbeiten hat. Diese Situation ist mitbestimmend für die Diskussion um die durchzuführenden Sanierungsmaßnahmen.

### **Fragestellung und Methode**

Die übergeordnete Fragestellung dieser Arbeit lautet: Wie werden Innenstadtraum und die AdressatInnen in der Planung der Innenstadtsanierung von den Planungsinstanzen diskursiv konstruiert? So ist zu klären, wie das Thema Innenstadtraum verhandelt wird und wie die PlanerInnen den herzustellenden Innenstadtraum imaginieren. Im Anschluss daran stellen sich die Fragen, welches Gesellschaftsbild und Subjektverständnis diesen Vorstellungen der Planung zugrunde liegt und wie diese Vorstellungen auf das Verständnis des Innenstadtraums zurückwirken. Es geht auch darum zu zeigen, wie und ob die oben erwähnten Transformationen der Planungspraxis am Beispiel der Innenstadtsanierung Rüsselsheim zu Tage treten.

Methodisch möchte ich das Thema mit der kritischen Diskursanalyse nach Jäger bearbeiten. Sie zielt darauf ab, das Wissen der Diskurse zu ermitteln und im Zusammenhang mit Machtverhältnissen zu analysieren sowie einer Kritik zu unterziehen (Jäger 2007: 83), da „*Diskurse als herrschaftslegitimierende und – sichernde Techniken*“ (Jäger nach Link 2007: 84) fungieren. Zudem ist der Diskurs als regulierende Instanz zu sehen, die Bewusstsein formiert und somit „*Vorgaben für die Subjektbildung und Strukturierung und Gestaltung von Gesellschaften*“ (Jäger 2007: 84) schafft. Damit wird es möglich, die diskursive Konstruktion der Adressaten der Planung und des Innenstadtraums herauszuarbeiten, sowie das daraus resultierende bzw. zugrundeliegende Gesellschaftsbild zu analysieren, und beides in Bezug zueinander zu setzen. Den Diskurs um die Innenstadtsanierung in Rüsselsheim möchte ich auf der Ebene der Analyse von städtischen Planungsdokumenten, wie Gutachten, Plänen und Studien untersuchen.

Zusätzlich möchte ich meine Erfahrungen und Beobachtungen während eines Praktikums im Stadtplanungsamt Rüsselsheim in die Betrachtung einbeziehen. Hier konnte ich Einblicke in die Arbeitsweise der Verwaltung gewinnen und in vielen Gesprächen die herrschenden Einstellungen zu Themen der Stadtentwicklung erfahren. Diese Betrachtung ist insbesondere im Hinblick auf mögliche Brüche mit dem verschriftlichten Diskurs interessant, bzw. generell auch bezüglich des im Diskurs (Nicht-)Sagbaren.

### **Gliederung**

Im Hinblick auf die Fragestellung soll zunächst ein theoretischer Rahmen aufgespannt werden. Um in der späteren Analyse auf das Subjektverständnis der PlanerInnen und ihre Sicht



auf den Innenstadtraum zurückgreifen zu können, müssen Subjektverständnis und die gegenwärtigen Tendenzen in der Stadtplanungspraxis thematisiert werden. Hierzu soll in Kapitel 2 auf den Wandel von Staatlichkeit im Übergang von Fordismus zu Postfordismus zurückgegriffen werden. Dieser geht einher mit einer Verantwortungsverlagerung innerhalb des Verwaltungsapparates von der nationalen auf die lokale Ebene. Städte müssen neue Aufgaben wahrnehmen, was sich auf die Planung selbiger auswirkt. Die neue Formation von Staatlichkeit zeichnet sich zudem durch eine spezifische Regierungsweise aus, die aus der Sicht der Gouvernamentalitätstheorie erläutert werden soll (Kapitel 3). Diese Regierungsform des Neoliberalismus bringt spezifische Formen der Subjektivierung mit sich. In Kapitel 3 sollen die Subjektivierungsformen des „unternehmerischen Selbst“ und der Regierung über „community“ auf der Grundlage eines poststrukturalistischen Subjektverständnisses erläutert werden, um im Hinblick auf die weitere Analyse auf die Hegemonialisierung von Subjektpositionen einzugehen.

Basierend auf den Erläuterungen zur Veränderung des Städtischen und den Subjektivierungsweisen, rückt in Kapitel 4 das Thema der Stadtplanung und ihre Entwicklungsgeschichte in den Mittelpunkt. Mit dem Paradigmenwechsel in der Planungspraxis geht die Entwicklung weg von einer auf umfassenden, wohlfahrtsstaatlichen Ausgleich ausgerichteten Planung hin zu einer wettbewerbsorientierten Planung. In diesem Zuge rückt die Innenstadtsanierung als Instrument der Stadtentwicklung in den Vordergrund. In der Annäherung an Rüsselsheim ist hier auf die spezielle Rolle von Mittelstädten und die an sie gerichteten Entwicklungsanforderungen Bezug zu nehmen sowie die schwierige Position und die sich daraus ableitenden Strategien von stagnierenden Städten zu beschreiben. Kapitel 5 beschäftigt sich mit der Stadt Rüsselsheim, mit ihrer historischen Stadtentwicklung, der städtebaulichen Struktur der Innenstadt und dem Verfahren der Innenstadtsanierung, die den Planungsdiskurs örtlich und thematisch einfassen.

Kapitel 6 ist der Betrachtung des Innenstadtsanierungsdiskurses gewidmet. Hierzu sollen zunächst die Grundbegriffe der Diskurstheorie und das Analyseverfahren allgemein erläutert werden. Den daran anschließenden Analyse- und Auswertungsschritten, also empirischen Befunden, wird – wie Jäger es vorschlägt (vgl. Jäger 2009) – jeweils eine knappe methodische Erläuterung vorgeschoben. In Kapitel 7 werden Interviews und Gesprächsprotokolle in die Analyse einbezogen, um sie der diskursanalytischen Betrachtung gegenüber zu stellen. Auf dieser Basis werden dann die ermittelten Motive bezüglich der Innenstadtraum- und AkteurInnenkonstruktionen vorgestellt. Zuletzt sind die Kernpunkte der Arbeit zu rekapitulieren und abschließend zu betrachten (Kapitel 8).

## 2 Wandel von Staatlichkeit und die „Neoliberale Stadt“

Der Begriff des Neoliberalismus wird von unterschiedlichen Standpunkten aus verwendet. Der Ausdruck wurde durch die wissenschaftliche Analyse hervorgebracht und bezeichnet einen Analyserahmen zur Betrachtung von Gesellschaft, bezüglich ihrer Organisation im Hinblick auf die Rolle des Staates, der Märkte und der Individuen (Larner 2009: 386). Wendy Larner bezeichnet Neoliberalismus als politischen Diskurs *„that both represents and constitutes economic and social relations in particular forms, and has transformed dominant political imaginaries over the last two decades“* (ebd.).

In diesem Kapitel möchte ich mich dem Wandel von Staatlichkeit und damit einhergehenden politischen Vorstellungen auf Basis der Regulationstheorie nähern. Im anschließenden Kapitel 3.1 soll diese Veränderung aus der Sicht des poststrukturalistischen Theoriefeldes erläutert werden. Beide Richtungen beschreiben die momentane Form von Staatlichkeit als neoliberale Formation des Staates, die die Grundlage für eine Wende in der Stadtpolitik bildet. Die gesellschaftlichen Veränderungen vom Fordismus zum Postfordismus, die den Wandel zur „unternehmerischen Stadt“ begründen, können mit dem Rückgriff auf materialistische und poststrukturalistische Ansätze als nicht naturgegebener Prozess dechiffriert werden. Erstere lassen sich zusammen denken mit der Perspektive der Gouvernmentality Studies, da diese mit Fokus auf die Veränderung von Regierungsweisen die Möglichkeit bieten, zu erklären, warum die Konzepte der unternehmerischen Stadt auch auf der Ebene der AkteurInnen verinnerlicht und wirkmächtig werden können (vgl. Schreibwerkstatt AK Kritische Geographie 2008: 56)<sup>2</sup>. An dieser Stelle soll zunächst der Übergang zum Postfordismus thematisiert werden um dann auf die Implikationen für die Veränderung des Städtischen einzugehen.

### 2.1 Gesellschaftlicher Wandel im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus

Die Regulationstheorie beschäftigt sich mit gesellschaftsanalytischen Ansätzen, die von einer „nichtlinearen“ Theorie der kapitalistischen Entwicklung ausgehen, die diese als Abfolge spe-

---

<sup>2</sup> Die Ebene der AkteurInnen leitet fast schon zum nächsten Kapitel, wo Subjektbegriffe und Subjektivierungsweisen noch näher beleuchtet werden sollen.

zifischer gesellschaftlicher Formationen begreift<sup>3</sup>. So bezeichnen die Begriffe Liberalismus, Fordismus, Postfordismus und Neoliberalismus Phasen kapitalistischer Gesellschaftsformationen, wobei der Begriff Postfordismus zunächst nur das Ende des Fordismus benennt und als Phase mittlerweile als neoliberale Formation des Kapitalismus gefasst wird.

Die fordistische Formation des Kapitalismus hatte sich in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg in den USA, Westeuropa und auch darüber hinaus als bestimmend durchgesetzt. Geprägt wurde sie von der Durchsetzung tayloristischer Arbeitsorganisation in Verbindung mit einer großen Ausweitung und relativen Angleichung der Lohnarbeitsverhältnisse. Die industrielle Massenproduktion von Konsumgütern ermöglichte die Verallgemeinerung des Konsummodells, d.h. dass sich Arbeiter und damit breite Gesellschaftsschichten erstmals die Produkte ihrer eigenen Arbeit leisten konnten, womit die Reproduktion der Arbeitskräfte zur Grundlage der Kapitalreproduktion wurde (Esser und Hirsch 1987: 36). Diese Konstellation von Massenproduktion, Massenkonsum und Masseneinkommen wurde zugänglich durch hohe Produktivitätsfortschritte und ermöglichte ein starkes Wachstum des Sozialprodukts und des allgemeinen Lebensstandards. Während der Wohlstand breite Bevölkerungsschichten erreichte, wurde der bürokratische Sozialstaat ausgebaut und zentralisierte Gewerkschaften entwickelten sich. Joseph Esser und Joachim Hirsch betonen, dass dieser keynesianische Regulationszusammenhang für einen längeren Zeitraum die Stabilität der Profitrate, die Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards und ein relatives Gleichgewicht des ökonomischen Reproduktionsprozesses sicherte (ebd.). Die Autoren weisen darauf hin, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse über einen institutionalisierten Klassengegensatz legitimiert wurden, der durch die Vermittlung der Einbeziehung der Lohnabhängigen in die staatsadministrativen Entscheidungsprozesse durch die sozialdemokratischen Parteien funktionierte (ebd.: 37).

In den 1970er Jahren geriet der fordistische Wohlfahrtsstaat in die Krise<sup>4</sup>, was weitreichende Veränderungen mit sich bringt. Diese Transformation ist bedingt durch die Probleme kapitalistischer Wirtschaftssysteme seit der Rezession von 1973, wie der Deindustrialisierung, hohen Arbeitslosigkeitsquoten und der Sparpolitik auf der nationalen und lokalen Ebene (Harvey 1989: 5). Die Krise und die darauf folgende Auflösung des fordistischen Wohlfahrtsstaats hat eine Veränderung des Akkumulationsmodus zur Folge, für den Esser und Hirsch schon 1987 die veränderte Produktions- und Arbeitsorganisation auf Grundlage neuer Kommunikations- und Informationstechnologien, den Ausbau und die Industrialisierung des Dienstleistungssektors, die Entkoppelung von Produktivitäts- und Masseneinkommenszuwächsen, die Fragmentierung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die Differenzierung des Konsums, die größere Konkurrenz um Arbeitsplätze sowie die Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile als kennzeichnend beschreiben (Esser und Hirsch 1987:37ff). Dieser, den Fordismus ablösende Regulationsmodus wird, wie im Folgenden ausgeführt, als Neoliberalismus gefasst.

---

<sup>3</sup> Diese Formationen basieren auf einer gleichbleibenden Grundstruktur (Privatproduktion, Lohnarbeit etc.) und sich verändernden Produktions- und Ausbeutungsformen, Vergesellschaftungs- und Klassenverhältnissen und dem Charakter von Staat und politischer Herrschaft (vgl. Esser und Hirsch 1987).

<sup>4</sup> Die Ablösung der kapitalistischen Formationen von Staatlichkeit ist kriseninduziert: Im Falle der Gefährdung der Reproduktionsfähigkeit der kapitalistischen Formation, erzwingt deren Krise die Durchsetzung eines neuen Akkumulationsmodus, mit einer neuen Regulationsweise und damit einer neuen hegemonialen Struktur (vgl. Esser und Hirsch 1987: 34ff).

## Postfordismus als Neoliberalismus

Bob Jessop begreift Neoliberalismus als „polyvalentes konzeptuelles Ensemble“ (Jessop 2002: 453), bzw. als: „*more or less significant principle of economic, political, and social organization in a broader institutional configuration than as a self-consistent, self-sufficient, and eternally reproducible organizational principle*“ (vgl. ebd.). Er definiert Neoliberalismus in Abgrenzung zum Begriff des Liberalismus: Das Prinzip des Liberalismus besteht in ideologischer Hinsicht in der Annahme, dass wirtschaftliche, politische und soziale Beziehungen am besten durch formal freie Entscheidungen rationaler AkteurInnen organisiert werden. Für die Ökonomie gilt, dass sie über einen Markt mit freiem Tausch verfügen können muss und in politischer Hinsicht wird angenommen, dass es die Aufgabe des Staates sei formal die maximale Freiheit der wirtschaftlichen Subjekte zu gewährleisten (vgl. ebd.). Er fasst diese Prinzipien zusammengenommen als relatives Gleichgewicht von wirtschaftlichem, politischem und bürgerlichem Liberalismus auf, der auf den sich verändernden Kräfteverhältnissen innerhalb eines institutionalisierten, aber veränderbaren Kompromisses beruht (vgl. ebd.).

Ist der Liberalismus noch auf einen freien Markt innerhalb des Nationalstaates fokussiert, bedeutet Neoliberalismus hingegen die über nationale Grenzen hinaus gehende Liberalisierung und Deregulierung der Märkte und ist durch weitreichende Privatisierungen gekennzeichnet. Die größten Veränderungen sind in politischer Hinsicht zu verzeichnen: Ein Wechsel von herkömmlichen Formen der Staatsintervention, hin zu außergewöhnlichen (oder kriseninduzierten) Formen der Intervention mit dem Ziel, Krisen in und von Akkumulationsregimen zu managen, zu verlagern oder zu verzögern (Jessop 2002: 453). Der Einsatz neuer Regierungsformen soll die Bedingungen eines funktionierenden Weltmarktes sichern sowie die Wettbewerbsfähigkeit jenseits der nationalen Ebene befördern, so dass sich paradoxerweise, also trotz fortschreitender Liberalisierung, die ursprünglich für mehr Freiheit steht, eine Erhöhung der Interventionen ergibt (ebd.: 454, vgl. dazu auch Foucault 2004b, siehe Kap. 3.1 zu Foucaults Begriff des neoliberalen Regierens). Jessop begründet zusammenfassend das Wiederaufleben des Liberalismus in der veränderten Form des Neoliberalismus als hegemoniale Struktur, wodurch scheinbar erfolgreich Antworten auf die Krise des Fordismus gegeben werden können: *“The resurgence of liberalism in the form of neoliberalism is often attributed to a successful hegemonic project voicing the interests of financial and/or transnational capital. Its recent hegemony in neoliberal regimes undoubtedly depends on the successful exercise of political, intellectual, and moral leadership in response to the crisis of Atlantic Fordism.”* (ebd.: 455).

Worin bestehen nun die Transformationen im Einzelnen: Neoliberale Transformationen zeigen sich nach Jessop (2002: 459) in vier Schlüsseltendenzen, die sich in Bezug zur neuen Rolle von Städten setzen lassen: (1) Für die Ziele der Wirtschaft verschiebt sich der Fokus von Vollbeschäftigung und Planung zu Innovation und Wettbewerbsfähigkeit. (2) Das Soziale wird zunehmend dem Wirtschaftlichen untergeordnet, was sich auch in der Sicht auf wohlfahrtstaatliche Instrumente als Produktionskosten und nicht mehr als notwendige Umverteilungsmechanismen zeigt. (3) Die Produktionsform verschiebt sich hin zu Formen, die durch reflexive Selbst-Organisation gekennzeichnet sind. (4) Der Nationalstaat verliert zugunsten der lokalen, regionalen und supranationalen Ebene an Bedeutung. Hier kommt insbesondere Städten eine veränderte Aufgabe zu, wenn es um die eigenständige Förderung von Wirtschaftswachstum und sozialpolitische Entscheidungen geht (Heeg und Rosol 2007: 493). Die-

sem vierten Punkt kommt eine Schlüsselrolle in dieser Arbeit zu, da mit diesem die Neuorientierung der Städte im Bezug auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik zu erklären ist. Sie betrifft die Restrukturierung der Regierung von Städten und bildet damit auch eine Analysekategorie für die gegenwärtigen Tendenzen in der Stadtplanung. Neoliberalismus muss aber auch als Projekt zur Reorganisation der Zivilgesellschaft gesehen werden, da er an eine größere Zahl von politischen Subjekten angekoppelt ist als der typische Liberalismus (Jessop 2002: 254, vgl. dazu Kapitel 3). An dieser Stelle ist hervorzuheben, dass Jessop und die in Kapitel 3.1 anschließende Gouvernementalitätstheorie gleichermaßen die Kontingenz politischer Programme betonen (Bareis 2008: 204).

## 2.2 Implikationen auf städtischer Ebene

David Harvey (1989) setzt den Wandel des Städtischen in Bezug zur ökonomischen Entwicklung und konstatiert eine sich seit den frühen 1970er Jahren vollziehende Transformation der Steuerung von Städten. Diese besteht in der vormalig primären Verwaltungsfunktion von Städten hin zur unternehmerischen Führung selbiger, die er unter dem Konzept der „Unternehmerischen Stadt“ fasst. War im keynesianischen Wohlfahrtsstaat noch die nationale Ebene Basis für die Entscheidung über wirtschaftliche, soziale und politische Prozesse, wird für den Neoliberalismus eine Verschiebung auf supra- und subnationale Größenordnungen festgestellt (Larner 2009: 385). Die Aufgabe der fordistischen Stadt bestand dabei in der Verwaltung nationalstaatlicher Politik auf lokaler Ebene (Heeg 1998: 1) – nun ändern sich lokale Politikformen, Problemdefinitionen und Aufgabenfelder unter der Argumentation, dass Städte, *„begründet mit der notwendigen Anpassung an die Globalisierung – einem verschärften Standortwettbewerb und Städtekonkurrenz ausgesetzt sind und darauf mit einer Aufwertung und einem Ausbau der städtischen Potenziale reagieren müssten“* (Heeg und Rosol 2007: 492). Mit der Übertragung der Verantwortung ins Lokale werden Städte für die Herstellung ihrer eignen Prosperität responsabilisiert, die sie in Konkurrenz zu anderen Städten setzt. Wesentliches Ziel unternehmerischer Stadtpolitik ist eine Standortpolitik, die auf Profilierung der Stadt anhand harter und weicher Standortfaktoren zur Anziehung von Investoren und Unternehmen hinausläuft, sodass Wirtschaftsentwicklungs- und Stadterneuerungsvorhaben meist als quasi simultane Prozesse, viel mehr noch als gleichbedeutend behandelt werden. Harvey ermittelt vier Dimensionen der Konkurrenz der Städte: Die Position als Produktionsort, den Status als Konsumzentrum, als Ort an dem Kontroll- und Befehlsfunktionen angesiedelt sind und um den Empfang staatlicher Fördermittel (Harvey 1989).

Diese Konkurrenz zwischen den Städten hat wiederum Auswirkungen auf selbige, wie Jessop in vier Punkten herausstellt (Jessop 2002: 468ff). Erstens wird Städten eine wichtige Funktion als Motor von Innovation und Wachstum zugesprochen, während langfristige Planung und Vollbeschäftigung, die als Ziele der fordistischen Stadt im Vordergrund standen, sich immer weiter verlieren. Zweitens treten wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen zugunsten von Maßnahmen in den Hintergrund, die staatliche Transferleistungen an Bedingungen knüpfen, was einer Verschiebung von *“welfare to workfare”* entspricht. Drittens geht mit dem Bedeutungsgewinn der lokalen und globalen Ebene einher, dass Städte eine Vermittlerrolle zwi-

schen der lokalen Wirtschaft und globalen Strömungen einnehmen. Das bedeutet, dass sie zwischen den sich widersprechenden Anforderungen nach örtlicher Nachhaltigkeit und Wohlergehen und den Anforderungen an die internationale Wettbewerbsfähigkeit stehen. Genauso stehen sie zwischen den Herausforderungen der Folgen sozialer Ausschließung und globaler Polarisierung und den ständigen Rufen nach Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung. Viertens ermittelt er eine starken Tendenz zur Aufnahme von kooperativen Partnerschaften und Netzwerken zwischen den öffentlichen Institutionen und privaten Unternehmen, bzw. auch zwischen Regierung und Zivilgesellschaft, gegenüber der vormaligen hierarchischen Ausrichtung der verwaltenden Institutionen „von oben nach unten“ (ebd.: 468). Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Naturalisierung der neoliberalen Prinzipien, die Jessop am Beispiel der Konferenz „Urban 21“ ausarbeitet. Bestehende Unterschiede zwischen den Möglichkeiten der Städten werden ausgeblendet – jede Stadt hätte die Möglichkeit ihre Prosperität herzustellen, wenn sie sich an gewisse Spielregeln hält: *„Instead, it presumes an equality of position in relation to these changes: they are objective and inevitable, we must adapt to them”* (ebd.). Er führt die neoliberale Narrative, die wirtschaftlichen Erfolg versprechen, weiter aus: *“Likewise, cities can become competitive, take control of their economic destinies, develop their local markets, especially the localized labor markets, their local infrastructure and their stock of housing, develop good governance, and become attractive places for working and living”* (ebd.: 469).

Im Konkreten zeigt sich das in Festivalisierungs- und Kulturalisierungspraktiken von Städten, mit denen eine Art Imagepolitik betrieben wird, um die Stadt nach Außen hin zu inszenieren. Gleiches gilt für Großprojekte, die mittels der Organisationsform von Public-Private-Partnerships realisiert werden. Insgesamt geht es um die Herstellung von Orten, die als Anziehungspunkte für hochqualifizierte und kaufkräftige Bevölkerungsgruppen, Touristen und Investoren fungieren. Vor allem Innenstädte und innenstadtnahe Wohngebiete werden durch Aufwertungsmaßnahmen den Ansprüchen der genannten Bevölkerungsgruppen angepasst (vgl. Balsas 2001). Als Folgen dieser Stadtentwicklungspolitik werden eine erhöhte Kontrolle der Nutzung von Räumen (vgl. McLeod 2002) und eine umfassende Fragmentierung des gesamten Stadtraumes sowie Polarisierungen zwischen den Städten festgestellt (vgl. Häußermann, Läßle und Siebel 2008: 182ff).

### 3 Gouvernamentalität und Subjektkonstruktionen

Auch im poststrukturalistischen Theoriefeld wird der Wandel vom fordistischen Wohlfahrtsstaat zu einer neoliberalen Formation von Staatlichkeit bearbeitet. Für die Untersuchungen innerhalb der neoliberalen Gesellschaftsformation kommt der Forschungsperspektive der Gouvernamentalität gegenwartsdiagnostische Bedeutung zu, da sie es ermöglicht „*die Koppelung von Wissensformen, Machtstrategien und Selbsttechnologien zu untersuchen, ohne die aktuellen gesellschaftlichen Umbrüche in ein ideologiekritisches, ökonomistisches oder humanistisches Analyseraster zu zwingen*“ (Lemke 2004: 67). So ist es nicht ausreichend, den Neoliberalismus als Ideologie zu fassen und seine inneren Widersprüche festzustellen. Es sollte vielmehr darum gehen, die Veränderungen der Strategien gegenüber dem wohlfahrtsstaatlichen Regime zu untersuchen, um zu zeigen auf Basis welcher Widersprüche und sozialer Spaltungen er seine Funktion, bzw. „raison d’être“ begründet (Lemke 2004: 67ff). Zweitens sollte die Veränderung des Verhältnisses von Ökonomie und Politik als gesellschaftliches Kräfteverhältnis untersucht und nicht ökonomistisch als Ausdehnung des Marktes begründet werden (ebd.). Drittens rückt die Transformation, also die Produktion von „neuen“ Formen des Sozialen, nicht das Ende des Sozialen, in den Mittelpunkt der Analyse (ebd.). Diese „neuen“ Formen des Sozialen stehen in enger Verbindung zu den neoliberalen Subjektkonstruktionen (Kapitel 3.2), die auf Basis der veränderten Regierungsweise der Gouvernamentalität (Kapital 3.1) dargestellt werden sollen.

#### 3.1 Gouvernamentalitätstheorie – Veränderung der Regierungsweise

Der Zugang zu einer neoliberalen Formation von Staatlichkeit erfolgt im poststrukturalistischen Theoriefeld über die von Michel Foucault geprägten Begriff der Gouvernamentalität. Er ist zunächst als erweitertes Konzept von Regierung zu verstehen. Im Anschluss an Foucault (2004a, 2004b), der mit den Vorlesungen zur „Geschichte der Gouvernamentalität“ die theoretische Diskussion um den Begriff der „Regierung“ wesentlich geprägt hat, kann zunächst die analytische und die historische Verwendung des Begriffs unterschieden werden (Füller und Marquardt 2009: 84). Historisch verwendet, verbindet er den Begriff der Regierung mit einer bestimmten Ordnung der Herrschaftsausübung, der Gouvernamentalität, deren Anfänge er im 16. bis 18. Jahrhundert datiert (vgl. Nonhoff 2008: 287ff.). Analytisch verwendet ermöglicht das Konzept der Gouvernamentalität die Durchführung von Machtanalysen. Viele Arbeiten berufen sich auf dieses Konzept, um die Ansätze auf aktuelle soziale und politische Prozesse zu übertragen, wie z. B. auf die Untersuchung neoliberaler Verhältnisse und Strate-

gien in der Stadtentwicklungsplanung (vgl. Barnes et al. 2006, Moulaert, Rodriguez und Swyngedouw 2002)<sup>5</sup>. Der Begriff der Regierung ist zentral für das Konzept der Gouvernamentalität. So wird der Begriff des Regierens im poststrukturalistischen Theoriefeld von dem Regierungshandeln des Staates losgelöst und in allgemeiner Weise als Führung oder Lenkung verstanden (vgl. Nonhoff 2008: 286), genauer umfasst er die „*unterschiedlichsten Formen und Modi der Führung von Menschen*“ (ebd.: 289). Foucault begreift „Staat“ als ein dynamisches Zusammenspiel von Beziehungen und Synthesen, die gleichzeitig die institutionelle Form und das Wissen vom Staat hervorbringen<sup>6</sup> (Lemke 2007: 52). Somit ist der Staat ein Resultat aus Strategien, Wissensformen und Techniken, die in Form von Verwaltungspraxen Bevölkerung organisieren und disziplinieren (Kamleithner 2010: 30). Foucault (2004a: 162/163) definiert die moderne Regierungsrationalität der Gouvernamentalität, als

*„(...) die aus den Institutionen, den Vorgängen, Analysen und Reflexionen, den Berechnungen und den Taktiken gebildete Gesamtheit, welche es erlauben, diese recht spezifische, wenn auch sehr komplexe Form der Macht auszuüben, die als Hauptzielscheibe die Bevölkerung, als wichtigste Wissensform die politische Ökonomie und als wesentliches technisches Instrument die Sicherheitsdispositive hat.“*

Er führt zwei weitere Punkte zum Verständnis von Gouvernamentalität an:

*„Zweitens verstehe ich unter ‚Gouvernamentalität‘ die Tendenz oder die Kraftlinie, die im gesamten Abendland unablässig und seit sehr langer Zeit zur Vorrangstellung dieses Mächtigsten über allen anderen ‚Souveränität, Disziplin‘ geführt und die Entwicklung einer ganzen Reihe von Wissensformen andererseits zur Folge gehabt hat. Schließlich glaube ich, dass man unter Gouvernamentalität den Vorgang oder eher das Ergebnis des Vorgangs verstehen sollte, durch den der Gerechtigkeitsstaat des Mittelalters, der im 15. und 16. Jahrhundert zum Verwaltungsstaat geworden ist, sich Schritt für Schritt ‚gouvernementalisiert‘ hat.“* (ebd.).

So grenzt Foucault verschiedene Machttypen voneinander ab, die er als Formen der Regierung beschreibt und an die verschiedene Wissensformen gekoppelt sind. Drei Formen der Machtausübung zeigt er an verschiedenen Phasen der Regierung auf: Erstens die juridische Macht der Souveränität, die auf einen Herrscher konzentriert ist und sich mittels repressiver Methoden auf die Kontrolle eines Territoriums bezieht. Zweitens die disziplinarische Macht der Polizeiwissenschaften, die über Verbote, Beschränkungen und Überwachung darauf abzielt, die Individuen an einer Norm auszurichten. Drittens das gouvernementale Regieren, das sich auf die Kontrolle der Bevölkerung bezieht und diese mittels des empirisch Normalen zu verwalten sucht (vgl. Foucault 2004a, vgl. Lemke, Krasmann und Bröckling 2000). Während die Dispositive der Sicherheit das empirisch Normale, also ein optimales Mittel zum Aus-

---

<sup>5</sup> Barnes et al. (2006) untersuchten den Planungsdiskurs um die Erneuerung einer Einkaufsstraße in Wollongong (Australien), während Moulaert, Rodriguez und Swyngedouw (2002) am Beispiel von Großprojekten der Stadtentwicklung analysieren, wie sich eine Veränderung der Regierungsweisen innerhalb europäischer Stadtpolitik darstellt.

<sup>6</sup> Der Staat ist damit weder als Real-Objekt noch als ideologische Fiktion zu verstehen: Anstatt den Staat als Objekt zu untersuchen, richtet sich Foucaults Forschungsinteresse auf die ihn konstituierenden Regierungspraxen (Lemke 2007: 52).



gangspunkt nehmen, orientiert sich die Disziplin an einer präskriptiven Norm, an der sich die Subjekte auszurichten haben. Foucault geht es darum, die Differenz und die Diskontinuität der unterschiedlichen Technologien der Macht, des Rechts, der Disziplin und der Sicherheitsdispositive zu identifizieren (Lemke, Krasmann und Bröckling 2000: 13): Diese existieren nebeneinander und sind nicht als rein historische Kategorien zu sehen (Füller und Marquardt 2009: 84), obgleich er Vorrangstellungen der einzelnen Typen zu bestimmten Zeiten ausmacht.

In seiner Geschichte der Gouvernamentalität betrachtet Foucault liberale und neoliberale Regierungsvorstellungen unter Auslassung des modernen Wohlfahrtsstaates. Die Herstellung von Freiheit ist dabei unabdingbar für die liberale Regierung, da sie Bedingung für die Funktionsfähigkeit des Marktes und des Wettbewerbs durch die Herstellung von Zirkulationsfreiheit ist, die nur auf die Freiheit jedes Einzelnen rekurrierend wirkmächtig werden kann – Aufgabe der Regierungspraxis ist es daher die freie Zirkulation zu ermöglichen (Foucault 2004a: 79, Kamleithner 2010: 32). Die Unterscheidung des Liberalismus und des Neoliberalismus besteht für ihn vor allem in der Neudefinition des Verhältnisses von Staat und Ökonomie und dem Unterschied in der Grundlage des Regierens (Lemke 1997: 241): Bei seinen Betrachtungen des deutschen Ordoliberalismus dreht Foucault die übliche Sichtweise, den Ordoliberalismus, aufgrund der sozialpolitischen Abfederung des Marktes als innovativ zu sehen um, und stellt fest, dass ökonomische Prämissen ins Zentrum der Politik rücken (vgl. Foucault 2004b). Vielmehr noch wird die Form des Marktes zum organisierenden und regulierenden Prinzip des Staates und der Gesellschaft (Lemke 1997: 241), wobei sich der Neoliberalismus nicht mehr unter das Zeichen des Laissez-faire stellt, „*sondern im Gegenteil unter das Zeichen einer Wachsamkeit, einer Aktivität, einer permanenten Intervention*“ (Foucault 2004b:188). Grundlage des neoliberalen Regierens ist nicht mehr die als natürlich angenommene Freiheit der Individuen, die es im Liberalismus zu schützen gilt, da die individuelle Freiheit eine technische Bedingung der rationalen Regierung darstellt. Der Neoliberalismus findet das Prinzip der Regierung in einer künstlich arrangierten Freiheit, die im unternehmerischen, konkurrenzziellen Handeln der ökonomisch-rationalen Individuen begründet ist (Lemke 1997: 242). Dieses Regierungsprinzip wird in den in Kapitel 3.2.2 dargestellten Motiven der neoliberalen Subjektivierung nochmals verdeutlicht. Foucault begründet einen grundlegenden Unterschied zwischen den Ordoliberalen und dem Ansatz der Chicagoer Schule, als Beispiel für den US-amerikanischen Neoliberalismus: Legen erstere noch eine Differenz zwischen dem Ökonomischem und dem Sozialen zugrunde, welche durch die Form des Unternehmens vermittelt gedacht werden (ebd.: 247, Foucault 2004: 334ff), verfolgen die Vertreter des US-amerikanischen Neoliberalismus „*eine Neudefinition des Sozialen als eine Form des Ökonomischen*“ (Lemke 1997: 248). Der Bereich der Ökonomie ist nicht mehr als ein gesellschaftlicher Teilbereich unter anderen zu sehen, sondern wird durch die Verallgemeinerung der ökonomischen Form des Marktes, auch ohne den Tausch von Zahlungsmitteln, zum „*Prinzip der Deutung sozialer Beziehungen und individueller Verhaltensweisen*“ (Foucault 2004b: 336). Foucault (2004b: 304) beschreibt den US-amerikanischen Neoliberalismus als „*Denkmethode*“ und als „*ökonomisches und soziologisches Analyseraster*“: Ersteres ermöglicht die Beurteilung und Ausrichtung von Regierungspraktiken an Markt Begriffen (Lemke 1997: 248), während es als Analyseschema ermöglicht nicht-ökonomische Bereiche mittels ökonomischer Kategorien zu analysieren (Foucault 2004b: 336/337), wie er am Beispiel der Theorie des

Humankapitals und der Betrachtung seines „Trägers“, dem Subjekt des *Homo oeconomicus*, deutlich macht (ebd.: 312ff, vgl. Kapitel 3.3.2 dieser Arbeit).

## 3.2 Subjektkonstruktionen

In diesem Teil der Arbeit möchte ich mich mit unterschiedlichen Blickwinkeln auf das Subjekt beschäftigen. Generell wird als Subjekt die gesamte kulturelle Form bezeichnet, „*in welcher der Einzelne als körperlich-geistig-affektive Instanz in bestimmten Praktiken und Diskursen zu einem gesellschaftlichen Wesen wird*“ (Reckwitz 2008: 17). Identität hingegen wird verstanden als spezifischer Aspekt dieser Subjektform, in die auf eine bestimmte Art und Weise eine Selbstinterpretation, ein bestimmtes Selbstverstehen in kultureller Form eingebaut ist (ebd.), wobei der Begriff der Identität gleichbedeutend mit dem des Selbst ist. Das Subjektkonzept geht damit über jenes der Identität und des Selbst hinaus und integriert sie zugleich (ebd.). Mit dem Begriff des Individuums verhält es sich komplizierter: Es wird verstanden als „*Instanz, die einen besonderen, nicht austauschbaren inneren Kern enthält und diesen natürlicherweise versucht zu entfalten*“ (ebd.), und ist damit als Semantik für einen Subjektdiskurs zu lesen, der hochspezifisch für bestimmte Traditionen der westlichen Kultur steht.

Definiert man das Subjekt als Form, in der die Einzelne in bestimmten Praktiken und Diskursen zu einem gesellschaftlichen Wesen wird, ist im Folgenden näher darauf einzugehen, wie sich diese Subjektivierung vollzieht. Ziel ist es Subjektbegriffe vorzustellen, mit denen sich die Fragestellung bearbeiten lässt, wie der Mensch als Subjekt der Planung verhandelt wird, aber auch die Verwaltungsangestellten und PlanerInnen als Subjekte angerufen werden. Das Subjektverständnis ist grundlegend dafür, wie Menschen in politischen bzw. sozialen Programmen auftauchen, welche Forderungen an sie gestellt werden und im Falle dieser Arbeit, wie sie von den Planungsinstanzen gedacht werden. Im Zuge der Neoliberalisierung der Gesellschaft wird die Rückkehr des autonomen Subjektes konstatiert (Larner 2009: 386, vgl. Kessl 2008:250ff), die verbunden ist mit den Analysen zum unternehmerischen Selbst und der Anrufung der „community“. So sollen zunächst die Entwürfe des Subjekts als „Zugrundeliegendem“ und „Gemachtem“ voneinander unterschieden werden, um darauf folgend auf die Regierungsweisen von Subjekten einzugehen. Abschließend möchte ich auf die Funktionen der „Rückkehr des autonomen Subjekts“ in der neoliberalen Politik eingehen und mich im Rückgriff auf Ernesto Laclau damit beschäftigen, wie Subjektpositionen über diskursive Hegemonien hierarchisiert werden.

### 3.2.1 Vom „zugrundeliegenden“ zum „gemachten“ Subjekt

Die Beschäftigung mit dem Subjektbegriff ist ein komplexer Bereich mit vielen sehr unterschiedlichen Positionierungen, wie das Subjekt zu denken ist und wie sich die Subjektwerdung vollzieht. Zunächst ist vor allem die Unterscheidung zwischen der Auffassung vom Subjekt als „Zugrundeliegendem“, bzw. einer natürlich gegeben Subjektconstitution und einer

diskursiv erzeugten Subjektkonstitution – dem Subjekt als „Gemachtem“ zentral, sowie die Begriffe des „freien“ oder „unterworfenen“ Subjekts.

### **Das Subjekt als „Zugrundeliegendes“**

Der Traditionslinie der Moderne folgend seien hier der Kantianische und der Hegelsche Subjektbegriff erwähnt. Als Vertreter des deutschen Idealismus verbindet sie der Gedanke, dass die menschliche Subjektivität Grundlage für die Erkenntnis von Wirklichkeit und Wahrheit ist, und sich die menschliche Subjektivität im Denken als solches vollzieht (Zima 2007: 3). In Bezug auf die Konstitution des Subjekts unterscheidet sich ihre Auffassung jedoch grundlegend. Das Kantianische Subjekt<sup>7</sup> ist ein autonom handelnder Mensch, der *„ausschließlich den Gesetzen der Vernunft gehorcht, die in seinem Inneren angelegt sind und die er als zugleich eigene und allgemeingültige Prinzipien erkennt und anerkennt. Er ist also autonom, sofern er vernünftig ist (...)“* (Zima 2007: 101). Durch die Erziehung entlang bestimmter von Kant festgelegter Kriterien<sup>8</sup>, erlerne das Individuum vernünftig zu sein und werde dadurch frei, wobei diese Freiheit in der Anerkennung gesellschaftlicher Zwänge liegt<sup>9</sup>. Gesellschaftliche Zwänge werden hierbei also als Teil einer einheitlichen *„Erziehung zum Mensch sein“* betrachtet und sollen in keiner Weise überwunden, sondern akzeptiert werden. Das erzogene Subjekt fungiert hierbei als ein in seiner Matrix freies Subjekt. Auch Peter Zima (2007: 102) betont die Zweigleisigkeit des Denkens Kants in seinem Streben nach subjektiver Mündigkeit und Autonomie: *„Das menschliche Subjekt erscheint einerseits als ein von transzendentalen Instanzen unabhängiger Aktant, der unter transzendentalen Bedingungen a priori (Raum, Zeit, Kausalität) die Welt konstruiert; andererseits als eine heteronom bestimmte, unterworfenen Instanz, die auf ein Vernunftprinzip reduziert und von ihren empirischen und natürlichen Komponenten abgeschnitten wird“*.

Auch Georg Wilhelm Friedrich Hegel begreift das Subjekt als „Zugrundeliegendes“, im Sinne von Kant, sieht es zugleich aber auch als „Unterworfenen“, wie es auch poststrukturalistische TheoretikerInnen, wie Foucault, beschrieben haben (vgl. ebd.). Im Kapitel „Herrschaft und Knechtschaft“ in der „Phänomenologie des Geistes“ beschreibt Hegel die Entstehung des Subjekts als unglückliches Bewusstsein durch die reflexive Anwendung ethischer Gesetze (vgl. Hegel 1988: 127ff). Er geht von einer Subjektivierung als Selbstverknechtung aus. Die Befreiung von äußeren Autoritäten, dem „Herrn“, bringt eine innere Reglementierung mit sich, welche sich in der Beziehung zwischen körperlicher Unterwerfung und der Formulierung selbstverhängter, ethischer Imperative vollführt. Das bedeutet, dass die Befreiung von äußeren Autoritäten das Subjekt nicht in die Freiheit führt, sondern die Grenzen der Befreiung erst die grundlegende Vorbedingung der Subjektbildung darstellen (Butler 2001: 36). Nach Hegel entstehen die ethischen Imperative zunächst als Antwort auf die „absolute Furcht“ und sind als Verstellung und Abwehr dieser Furcht zu erklären. Die absolute Furcht ist als eine durch den endlichen Charakter des Körpers bedingte zu sehen, wobei die Unter-

---

<sup>7</sup> Subjektbegriff nach Immanuel Kant (1724-1804)

<sup>8</sup> Die vier Stufen des Erziehungsprozesses sind bei Kant: Disziplinierung, Kultivierung, Zivilisierung und Moralisierung vgl. Kant 2000[1803], S.697

<sup>9</sup> Kants Fragestellung dazu lautet, „Wie kultiviere ich die Freiheit bei dem Zwange?“ Kant 1983[1803], S.711

ordnung des Körpers als Bemühung dieser existenziellen Negation zuvorzukommen erklärbar ist (vgl. ebd.: 54/55).

### Das Subjekt als „Gemachtes“

Auch für Foucault besteht die Subjektivierung in der Formung und Reglementierung des Subjekts, wie sie sich bei Hegel in seinen Ausführungen über das unglückliche Bewusstsein teilweise vorweggenommen findet (ebd.: 35). Judith Butler beschreibt Foucaults Subjektbegriff ausgehend von Hegel als den eines durch Machtprozesse doppelt unterworfenen Subjekts, da es für ihn zwei Bedeutungen hat: „*Es bezeichnet das Subjekt, das der Herrschaft eines anderen unterworfen ist; und es bezeichnet das Subjekt, das durch Bewusstsein und Selbsterkenntnis an seine eigene Identität gebunden ist*“ (Foucault 2005: 275). Für die Sicht auf das Subjekt als einem durch Machtprozesse „Unterworfenem“ wurde Foucault vielfach kritisiert, da diese keine konstitutiven Elemente mehr übrig lässt und widerständiges Verhalten dadurch nicht mehr zulässt oder zu erklären vermag (vgl. Lemke 1997: 117, vgl. dazu Pecheux 1984a/b), was er auch in einer späteren Phase seines Werkes revidiert (siehe weiterer Verlauf des Kapitels). Die Auffassung von einem Subjekt als „Unterworfenem“ bedeutet jedoch nicht seine unmittelbare Abhängigkeit von der Umgebung, auch in der Unterwerfung unter gesellschaftlichen Bedingungen sind es die Subjekte selbst, die Gesellschaft konstituieren<sup>10</sup>.

Ein Kernpunkt poststrukturalistischer Subjekttheorien ist die Auflösung des Verständnisses vom Subjekt als Zugrundeliegendem, d.h. von Subjektivität als Grundlage von Erkenntnis und Vernunft. Foucault betrachtet das Subjekt als durch Reglementierungsmechanismen hergestelltes sowie festgelegtes und dekonstruiert damit den Mythos des modernen Vernunftsubjektes. Subjekte sind für Foucault nicht „*von Natur aus (...) self-interpreting animals*“, vielmehr ist es so, dass bestimmte Kontexte, vielmehr komplexe historische Konstitutionsprozesse „*dem Einzelnen mehr oder minder nahe legen, sich auf die eine oder andere Weise wahrzunehmen, zu lesen und zu entziffern*“ (Reckwitz 2008: 38). Damit werden Subjekte gemacht, indem sie durch diskursive Praxen hergestellt werden. Auch ihre Identität ist ihnen nicht unveränderbar eigen, die Identitätsbildung befindet sich in „*einem fortwährenden Prozess, in*

---

<sup>10</sup> Klaus Holzkamp (1983) hat sich in einem Vortrag mit dem „Mensch als Subjekt wissenschaftlicher Methodik“ beschäftigt und stellt als Problem der traditionellen Psychologie die Unmittelbarkeitsannahme heraus, die darin besteht, den Menschen als unmittelbar abhängig von seinen Lebensbedingungen zu betrachten (1983: 4). Er kritisiert, dass der Mensch nur als unter Bedingungen stehend aufgefasst wird und seine Abhängigkeit von diesen Bedingungen untersucht wird, während die andere Seite, dass der Mensch auch Produzent seiner Lebensbedingungen ist, wegfällt (1983: 5). Seine Kritik lässt sich auch auf andere wissenschaftliche Disziplinen übertragen, wenn Gesellschaft als vorgegeben betrachtet wird (z.B. in Struktur von Normen, Bedingungen, usw.), denen das Individuum, als AkteurIn im gesellschaftlichen Prozess, unterworfen ist. Hier wird der Mensch nur als Objekt unter Bedingungen gefasst – will man den Mensch als Subjekt behandeln, muss man nach Holzkamp die Beteiligung des Menschen an der Produktion seiner Lebensbedingung berücksichtigen, da diese auch das Moment der Subjektivität darstellen. Gerade die Frage danach, wie Menschen beteiligt sein können, die Bedingungen zu schaffen, und ob wissenschaftliche Arbeiten diese Seite berücksichtigen, ist für Holzkamp zentral. Er begründet weiter, dass bei „subjektwissenschaftlichen Forschungen unbedingt das gemeinsame Interesse der Betroffenen, nämlich sowohl des Forschers wie der Betroffenen, (...) an einem Stück Verfügungserweiterung unbedingte methodische Voraussetzung ist“ (1983: 5). Diese vorgeschlagene Praxis steht im Widerspruch zum System bürgerlichen Gesellschaft, dessen Merkmal die Abkopplung der Individuen von der bewussten Verfügung über die gesellschaftlichen Prozesse ist, die sich im Zurückgeworfensein auf die Privatexistenz vollzieht. Das bedeutet auch eine Naturalisierung von Gesellschaft, da gesellschaftliche Prozesse als gegeben betrachtet werden.

dem diskursive Praktiken die Subjektidentität (re-) produzieren und transformieren“ (Strüver 2009: 70). Das menschliche Subjekt ist, historisch betrachtet, Ergebnis spezifischer Machttechniken, wobei die Subjekte insofern in Bezug zum Diskurs stehen, dass sie diesen durch ihr Handeln initiieren, zugleich aber durch die Diskurse konstituiert und regiert werden. Für die analytische Betrachtung sind zwei Perspektiven von Interesse: Zum einen die Produktion von Subjekten in unserer Kultur und zum anderen, wie Menschen sich selbst zu Subjekten machen (ebd.: 69ff). Die zweite Perspektive taucht erst im späteren Werk Foucaults auf, wo er in der „Geschichte der Gouvernementalität“ und in „Sexualität und Wahrheit“ (Foucault 1977) seine frühere Arbeit erweitert und zum Teil relativiert. Mittels des Regierungsbegriffs kann er die historische Form von „Selbstverhältnissen“ und ihre Beziehung zu Machtprozessen und Wissensformen untersuchen (Lemke 1997: 258/259). Regierung als die historische Machtform des (Neo-) Liberalismus operiert über Subjekte mittels deren Freiheit, indem moderne Machtmechanismen über spezifische Subjektivierungsformen funktionieren. Mit den Technologien des Selbst nimmt Foucault die Selbstkonstitution von Subjektivität und das Einwirken der Individuen auf sich selbst in den Blick (ebd.: 262). Die Technologien des Selbst und die Herrschaftstechnologien stehen in Beziehung zueinander und definieren zusammen das Feld der Machtverhältnisse, in denen sich das Subjekt bewegt (ebd.: 263). Subjektpositionen sind somit ein Produkt gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse, da sie gesellschaftlich produziert und kulturell vermittelt sind (vgl. Strüver 2009). Das verkörperte Subjekt als „aktivistische Instanz“ ist aber weder ausschließlich Produkt kollektiver Diskurse, noch ist sein Selbstverständnis „im Inneren eines privaten Selbst verankert“ (Reckwitz 2008: 36). Demnach rücken die Fragen, wie unter bestimmten diskursiven Bedingungen subjektive Selbstinterpretationen vollzogen werden und welche auf das Selbst gerichtete Praktiken eingesetzt werden, um das Subjekt zu formen, in den Mittelpunkt (ebd. 37). An diese Verbindung von Machtmechanismen und Subjektivierungsformen anknüpfend, sollen im nächsten Abschnitt Tendenzen der Subjektivierung unter neoliberaler Regierungsweise eingeführt werden.

### 3.2.2 Tendenzen neoliberaler Subjektivierung

Das Konzept der Subjektivierung als Machteffekt ermöglicht es die vermeintlich freien und selbstbestimmten Entscheidungen als Ausdruck einer spezifischen Form der Selbststeuerung von Individuen zu interpretieren (Füller und Marquart 2009: 90). Die gouvernementalitätstheoretische Perspektive geht als spezifisches Merkmal einer neoliberalen Subjektivierung von Formen der Selbststeuerung aus, die nicht auf äußerem Zwang, Gesetzen oder Verordnungen beruhen, sondern über diskursive Vermittlung auf der Grundlage eines Risikoszenarios operieren. Dieses Szenario besteht in der übergreifenden Risikokonstruktion eines Wettbewerbs, in dem sich Individuen gegenüber ihrer Konkurrenz behaupten müssen, um nicht „abgehängt“ zu werden (Füller und Marquart 2009, vgl. dazu Reckwitz 2008: 36ff). Als Basis der Selbstführungstechniken folgt daraus, dass die Subjekte sozusagen „auch wollen, was sie sollen“. Die (Selbst-) Regierung Subjekte, bzw. das „Prinzip der Regelung der Macht auf das Individuum“ funktioniert dabei über das Raster des „Homo oeconomicus“ (Foucault 2004b: 349). Als Erklärungsraster wirkt es insofern, dass das Verhalten des Sub-

jekts nur als ökonomisches Verhalten erscheint, was nicht bedeutet das jedes Individuum ein ökonomischer Mensch ist, aber das Raster des „Unternehmers seiner Selbst“ die Schnittstelle zwischen Regierung und Individuum bildet (ebd.).

### **3.2.2.1 Das „unternehmerische Selbst“**

Den Begriff des „unternehmerischen Selbst“ prägt Bröckling, in Anlehnung an Foucaults Betrachtungen zum „Homo oeconomicus“ (Foucault 2004b), in seinem gleichnamigen Buch und beschreibt darin, wie Anforderungen an das Subjekt zu dessen eigenen Anforderungen an sich selbst gemacht werden, wenn es darum geht die eigene Person marktgängig zu machen, indem Selbst- und Fremdführungstechniken zusammenfallen (vgl. Bröckling 2007). Die UnternehmerIn wird zum Leitbild zeitgenössischer Subjektivität (Bröckling 2004: 271), wobei das „unternehmerische Selbst“ keine „empirisch vorfindbare Entität“ darstellt, sondern die Richtung angibt, die Technologien der Selbst- und Fremdführung ansteuern. Als volkswirtschaftliche Kategorie hat die UnternehmerIn vier Grundfunktionen: die Erneuerung, die Nutzung von Gewinnchancen, die Übernahme der Unsicherheiten und die Organisation und Vermarktung des Produktionsprozesses (ebd.: 272). Diese Funktionen werden als Anforderungen auf das Individuum übertragen, bzw. zugleich auch von ihm selbst verinnerlicht. Das funktioniert nach dem Prinzip des Marktes über die Mechanismen des Wettbewerbs (vgl. Foucault 2004b: 208), in dem allgemein die „Freiheit“ der Einzelnen postuliert wird. Auf diese Art wird paradoxerweise<sup>11</sup> der Druck auf das Individuum erhöht, da die Gegenüberstellung als konkurrierende UnternehmerInnen so erst möglich wird. Die Subjekte stehen unter dem Druck, die eigene Leistung ständig optimieren zu müssen, innovativ und flexibel zu sein und bis dahin sich selbst als Marke zu behaupten. Die gesamte Lebensführung soll am „Verhaltensmodell des Entrepreneurship“ ausgerichtet werden (Bröckling 2007: 47). Dieses verlangt auch gesteigerte Eigenverantwortung und reponsibilisiert die Einzelne für das eigene Scheitern, unter der Vorannahme einer nicht optimalen Leistung oder Leistungsbereitschaft. Wichtig ist es, diese von Bröckling ausgemachte Form der Subjektivierung, als Modell zu begreifen, denn in der konkreten Untersuchung sind durchaus Brüche zwischen dieser Modellierung und der Selbstsicht der Subjekte festzustellen (vgl. Schuhmann 2003)<sup>12</sup>.

### **3.2.2.2 Regieren über „community“**

Die Anrufung der „community“ ist ein integraler Bestandteil zeitgenössischer Regierungspraxis (Lemke, Krassmann und Bröckling 2004: 13). Die von linken KritikerInnen des Wohlfahrtsstaates noch gefeierte Subsidiarität und Autonomisierung lokaler, sozialer Einheiten,

---

<sup>11</sup> Foucault löst dieses Paradoxon von der Freiheit des Einzelnen insofern auf, als dass er die Freiheit der (neo-)liberalen Gouvernamentalität ohnehin nur als „Zirkulationsfreiheit“ begreift (2004a, S.78). So ist es nicht weiter verwunderlich, dass diese Freiheit mit der Erhöhung des Drucks einhergeht, da es Aufgabe einer aktiven governementalen Regierung ist, den freien Markt und Wettbewerb herzustellen (2004b, S.173).

<sup>12</sup> Schuhmann (2003) stellt sich am Beispiel des Arbeiterbewusstseins die Frage, inwieweit die ArbeitnehmerInnen eines Betriebes sich selbst als „verberuflichte Arbeitnehmer“ oder schon als „Arbeitskraftunternehmer“ sehen (2003: 99) und kommt zu dem Schluss, dass diese sich nicht als UnternehmerInnen begreifen, sondern immer noch als unter fremden Herrschaftszwängen stehend (2003: 106).

kann auch als ökonomische Strategie interpretiert werden, als Verlagerung vormals wohlfahrtsstaatlicher Aufgaben, die kaskadenförmig vom Staat über die Länder auf die Kommunen und die zur individuellen und kollektiven Selbstsorge angehaltenen BürgerInnen verteilt werden (Kreissl 2004: 38). Die Regierung über die Einheit der „community“ geht allerdings über die Deutung als ökonomische Strategie hinaus: Die wohlfahrtsstaatliche Vorstellung des Sozialen war noch die eines „*sämtliche Schichtungen und Variationen überwölbende(n) Soziale(n)*“ (Rose 2000: 82) und damit homogenen Sozialen. Sie verschiebt sich unter den Vorzeichen der Privatisierung gesellschaftlicher Verhältnisse und dem *Downscaling* von Regierungsweisen – Homogenität wird auf anderer, kleinräumlicherer Ebene in der „community“ wiedergefunden (Michel 2005: 110). Das bedeutet, dass soziale Verantwortung nicht mehr auf Ebene der Gesellschaft getragen werden muss, sondern auf der emotionaleren Ebene von familiären und freundschaftlichen Beziehungen oder Interessens- und Arbeitsgemeinschaften (Kamleithner 2010: 34, nach Rose 2000: 98). Das wird auch in den Arbeitsweisen von Planerinnen und PädagogInnen deutlich, wo eine Renaissance von Maßnahmen und Strategien zu erleben ist, die mit dem Ziel von Aktivierung und Empowerment versuchen, lokale Gemeinschaften anzusprechen und sie damit in die Verantwortung zu setzen, sich um örtliche Belange selbst zu kümmern (vgl. Kamleithner 2010). Neben dem ökonomischen Kalkül funktioniert die Regierung über die „community“ als Auslagerung der Verantwortung für das Soziale an homogene Gruppen, womit das Prinzip der Konkurrenz zwischen diesen Gruppen weiter ausgedehnt werden kann. Nikolas Rose stellt zudem die selbst gewählte Zuordnung zu einer Gruppe und die von außen auferlegte Konstruktion von „communities“ gegenüber, wobei es bei letzterer oft darum geht „unerwünschte“ oder „gefährliche“ Gemeinschaften zu identifizieren (vgl. Rose 2000). An diese Problematik knüpfen auch die Ausführungen zu der Auffassung von „autonomen“ Subjekten an.

### **3.2.2.3 Die Rückkehr des „autonomen“ Subjekts**

Im Zuge der Ermittlung neoliberaler Regierungsweisen wird oft die Rückkehr des „autonomen“ Subjektes problematisiert. Im Mittelpunkt steht hier die Eigenverantwortung als zentrales Element neoliberaler Regierung, die durch die oben angesprochene Verschiebung von Verantwortlichkeiten ermöglicht wird. Insbesondere die Verantwortlichkeit für soziale Absicherung wird mittels der spezifischen Rationalität der Risikokalkulation, aus der entsprechendes Denken und Handeln resultieren, verstärkt auf die Einzelnen verlagert (Mattisek 2008: 53). Mittels dieser Technologien werden Subjekte als aktive und freie BürgerInnen unter der Prämisse modelliert, dass sie als autonom Handelnde in der Lage sind, ihre Lebensrisiken vernünftig zu kalkulieren (vgl. Lemke, Krasmann und Bröckling 2004: 13). So werden Ereignisse, wie Armut, Krankheit oder Arbeitslosigkeit, nicht mehr als unvorherseh- oder unbeeinflussbar verstanden, sondern die Verantwortung hierfür wird in das Individuum hinein verlagert. Nikolas Rose (2000: 94/95) beschreibt dies als ein grundlegendes Problem und eine Folge dieser Regierungsweise, die eine Neucodierung gesellschaftlicher Separierungspraktiken vornimmt, die zwischen Eingegliederten und Marginalisierten unterscheiden: Eingegliederte sind die, die sich bewusst entscheiden ihr Leben als „Unternehmen“ zu führen und ihr Handeln nach der „Maßgabe“ einer Investition ausrichten und unter Berufung auf die Codes der eigenen „community“ maximieren. Die Marginalisierten sind die, denen man die Zugehörig-

keit zu diesen anerkannten, zivilisierten, kulturellen Gemeinschaften abspricht. Sie werden als ihr Leben nicht selbstbestimmt im Griff habend betrachtet und damit als nicht integrierbar oder einer „Anti-Gemeinschaft“ zugehörig stigmatisiert (ebd.).

Ihnen wird zugeschrieben, sich nicht in adäquater Weise selbst zu führen und ihr Leben nicht unternehmerisch auszurichten. Damit wird ihnen selbst die Schuld an ihrer marginalen Situation zugeschrieben, was z.B. auch an der Legitimation der Kopplung von Sozialleistungen an gewisse Anforderungen absehbar ist. Mit dem Begriff eines autonomen, freien Subjektes ist die Verantwortung für vermeintliches Fehlverhalten, wie der nicht-optimalen, unternehmerischen Selbstführung, im Subjekt selbst zu suchen (vgl. Cafantaris und Faix 2009: 12).

### **3.2.3 Die Hierarchisierung von Subjektpositionen über diskursive Hegemonien bei Laclau**

Ernesto Laclau macht die Gemeinsamkeit des marxistischen und poststrukturalistischen Denkens deutlich, die sich beide gegen die „bürgerliche“ Interpretation der Moderne als Prozess der gesteigerten Rationalität wendet. Diesem Verständnis der Moderne wird eine Interpretation selbiger als einem „*latenten Herrschaftszusammenhang (entgegengestellt), der hochspezifische politisch-gesellschaftliche Festlegungen – der liberalen Marktgesellschaft oder des rationalen Subjekts – einer Universalisierung unterzieht*“ (Reckwitz 2008: 71). Er verknüpft die marxistische Hegemonietheorie und die Derridasche Theorie der Dekonstruktion, da der Kulturmarxismus der Hegemonien die Dekonstruktion „erdet“, in dem er sie auf gesellschaftliche Konflikte bezieht (ebd.: 70). Die Dekonstruktion sensibilisiert die Hegemonieanalyse für die Widersprüche und Mehrdeutigkeiten kultureller Dominanzen, während die Marxsche Theorie immer wieder den Übergang von der Kultur- und Gesellschaftsanalyse zu einer praxisorientierten Theorie politischen Handelns andeutet (vgl. ebd.). Grundlegend geht Laclau davon aus, dass Subjektpositionen und soziale Praktiken in einer Gesellschaft durch diskursive Hegemonien beeinflusst werden bzw. durch diese festgelegt wird, welche Positionen und Praktiken als erstrebenswert erscheinen (vgl. ebd.). Subjektpositionen besitzen keine natürliche Fixierung, sondern „*sind in ihrer im weitesten Sinne diskursiven (Re-)Produktion potenziell ständigen Bedeutungsverschiebungen unterworfen*“ (ebd.: 73). Der Ausgangspunkt dieses Prozesses sind die „hegemonialen Projekte“, die immer nur einen bestimmten Sinn innerhalb der Gesellschaft als den einzig möglichen präsentieren, und damit versuchen jeden anderen Sinn still zu stellen. Damit einher geht auch das Stillstellen derjenigen Identitäten von Subjektpositionen, die von hegemonialen Subjektpositionen abweichen (ebd.: 75). Die Hegemonialisierung beruht nicht auf Zwang und gesellschaftlichen Subjektivierungszumutungen, sondern vielmehr auf der Vermittlung bestimmter Positionen als attraktiv und der scheinbaren Möglichkeit die Identitätshoffnungen des Subjekts zu befriedigen (vgl. ebd.: 75/80). Daraus schließt Laclau auf eine prinzipielle Gespaltenheit des Subjekts zwischen Realem und Symbolischem (bzw. Imaginärem), so dass sich aus seiner Perspektive die hegemonialen Projekte als notwendig zum Scheitern verurteilt darstellen (ebd.: 81).



### 3.2.4 Zusammenfassung

In diesem ersten Abschnitt der Arbeit habe ich versucht, basierend auf den regulationstheoretischen Darlegungen des Wandels von Fordismus zu Postfordismus und den gouvernementalitätstheoretischen Ausführungen zur Veränderung der Regierungsweise, die resultierenden Implikationen für die neoliberale Formation von Staatlichkeit darzulegen. Entsprechend der zugrundeliegende Fragestellung rücken hier insbesondere die veränderten Anforderungen an Städte, welche sich aus der Konkurrenzsituation des Städtewettbewerbs ergeben und die neue Sicht auf das Soziale als Teil es Ökonomischen, die mit einer veränderten Verständnis der Subjekte einhergeht, in den Mittelpunkt.

Beides spielt eine wichtige Rolle für die im anschließenden Kapitel betrachtete Rolle der Stadtplanung und die Stadtentwicklung in Rüsselsheim. Das von Kommunen geforderte unternehmerische Agieren spiegelt sich in der Konkurrenz um harte und weiche Standortfaktoren mit dem Ziel sich im Wettbewerb um Unternehmen, InvestorInnen und kaufkräftige Bevölkerung zu profilieren in den Stadtplanungspolitiken wider. Unterschiede in den Möglichkeiten der Städte werden dabei nivelliert. Im weiteren Verlauf der Arbeit gilt es zu untersuchen, wie sich das Ganze bezüglich der Innenstadtsanierung Rüsselsheim gestaltet und inwiefern sich diese (neoliberalen) Politiken in die Planung des Innenstadtraums einschreiben und in welchen Qualitäten er gedacht wird.

Für den Bereiche der Planung gilt, neben der Organisation des Stadtraumes, dass in weitestem Sinne für die Bevölkerung geplant wird, dass heißt es wird für Menschen als Subjekte des Planungshandels geplant. Damit liegt den Planungen ein bestimmtes Subjektverständnis zugrunde, dass es bei der Analyse des Planungsdiskurses zu ergründen gilt. Interessant wird dies unter Einbeziehung des Erklärungshorizonts der Regierungsrationalität der Gouvernementalität, als Form der Machtausübung in Verbindung mit der Unterordnung des Sozialen unter das Ökonomische und der in diesem Sinne hierarchisierten Subjektpositionen.

Kurzum werden ich im Folgenden die Rolle der Stadtplanung (Kapitel 4) und die Entwicklung der Stadt Rüsselsheim (Kapitel 5) beleuchten um dann mit der Betrachtung des Innenstadtsanierungsdiskurses anzuschließen. Hier werden insbesondere die Fragen, welche Bedeutungen des Innenstadtraumes sich aus dem Planungshandeln ablesen lassen und welcher Subjektbegriff diesen zugrunde liegt, was sich an verschiedenen, berücksichtigten Subjektpositionen zeigen lässt, im Mittelpunkt stehen.

## 4 Stadtplanung in der unternehmerischen Stadt

Der oben beschriebene Wandel in der Regierung von Städten bringt eine veränderte Planungspraxis auch im Hinblick auf die Erneuerung von Innenstädten mit sich. Innenstädten wird eine große Bedeutung bei der Repräsentation von Städten beigemessen – sie werden häufig als „Visitenkarte“ einer wettbewerbsfähigen Stadt behandelt. Es gilt den „öffentlichen Raum“ als Aushängeschild für TouristInnen und InvestorInnen in eine attraktive Form zu bringen, während zugleich die für die Außenwirkung unerwünschten Gruppen durch verschiedene Instrumente, die sich von einer speziellen städtebaulichen Gestaltung bis hin zum Platzverweis erstrecken, verdrängt werden (vgl. Füller und Marquardt 2009: 93). Im Zuge dieser stadtpolitischen Entwicklung kommt der Stadtplanung eine Entwicklungs- und Gestaltungsaufgabe zu, die dieser Institution eine aktive Rolle zuweist und sich von früherem Planungshandeln abhebt. So soll es in diesem Kapitel um die Entwicklungsgeschichte der Stadtplanung gehen, um darauf aufbauend den neoliberalen Paradigmenwechsel in der Planung und das veränderte Selbstverständnis der PlanerInnen nachzuvollziehen, mit dem eine Neubestimmung ihres Aufgabenbereichs einhergeht. Im Hinblick auf die thematische Einordnung der Arbeit wird die Innenstadtsanierung als Instrument der Stadtentwicklung eingeführt. Weiterhin wird es um die Frage nach dem Unterschied des Planungsdiskurses von Mittelstädten und Großstädten gehen. Abschließend werden in einem Exkurs die Entwicklungsstrategien stagnierender Städte thematisiert.

### 4.1 Die Entwicklungsgeschichte der Stadtplanung

Als einer der Begründer des Städtebaus ist – neben Reinhardt Baumeister (1833-1917) und Camillo Sitte (1843-1903) – Joseph von Stübben zu nennen, der die Anleitung „Der Städtebau“ veröffentlichte und damit einen Standard zur weiteren Ausarbeitung der Stadtplanung setzte (Schäfers 2006: 190). Er beschreibt die Aufgabe der Stadtplanung wie folgt:

*„Der Städtebau ist nicht bloß die Gesamtheit derjenigen Bauanlagen, welche der städtischen Bevölkerung den Wohnungsbau und den Verkehr, sowie dem Gemeinwesen die Errichtung der öffentlichen Gebäude ermöglicht; der Städtebau schafft nicht bloß den Boden und den Rahmen für die Entwicklung der baulichen Einzeltätigkeit: sondern er ist zugleich eine umfassende, fürsorgende Tätigkeit für das körperliche und geistige Wohlbefinden der Bürgerschaft“* (Zitiert nach Schäfers 2006: 190).

Diese Definition hat bis heute insofern Bestand, als sie Teil der allgemeinen Daseinsvorsorge geworden ist, die sich aus Art. 28 des Grundgesetzes ergibt. Durch den Aufbau von Ämtern,

die Einrichtung von Lehrstühlen und den Aufbau von Kontrollinstanzen in den übergeordneten Behörden, konnte die Stadtplanung rasch institutionalisiert werden. Heute ist die Stadtplanung, zusammen mit Regional- und Landesplanung, eines der konstitutiven Instrumente des staatlichen Systems der Raumordnung in der Bundesrepublik. Sie leitet sich rechtlich aus den Ansprüchen zweier Ebenen ab: Zum einen aus den übergeordneten Plänen der Regional- und Landesplanung und zum anderen aus den Entwicklungsvorstellungen der Kommune selbst, so dass die Kommune zwar über Planungshoheit verfügt, aber die überörtlichen Belange bei der Erstellung der Bauleitplanung berücksichtigen muss (vgl. Langhagen-Rohrbach 2005: 65). Per Gesetz ist die Stadtplanung als staatlich-hoheitliche Planung in erster Linie eine Ordnungsplanung, die als Institution in einem politisch-administrativen Prozess zwischen Staat, Kommune, Politik und Gesellschaft einen Konsens über mittel- und langfristige Ziele zur Ordnung und Entwicklung des Raumes finden soll (vgl. Kilber und Zibell 2005). Dieser Raum wird als politisch-administrativer Raum, mit eindeutigen territorialen Grenzen festgelegt. Die rechtliche Grundlage der Stadtplanung bildet das Baugesetzbuch (BauGB), das im Wesentlichen das „Allgemeine Städtebaurecht“, aber auch das „Besondere Städtebaurecht“ regelt. Ersteres befasst sich vor allem mit der Bauleitplanung, die aus Flächennutzungsplan und den Bebauungsplänen besteht. Letzteres beschäftigt sich unter anderem mit städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen sowie den Programmen des Stadtumbaus und der Sozialen Stadt.

Nach Gerd Albers (1993) lassen sich in der Bundesrepublik vier Phasen der Stadtplanung in der Bundesrepublik unterscheiden. Zu ihrem Beginn, mit dem Ende des 19. Jahrhunderts (s.o.), wird die Stadtplanung als „Anpassungsplanung“ betrieben, deren Aufgabe es war, einen rechtlich abgesicherten Rahmen für die als unbeeinflussbar gedachten, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen zu schaffen. Hauptziel war dabei die „Gefahrenabwehr“ durch Eingriffe seitens der Verwaltung (ebd.: 100). Des Weiteren mussten die neuen technischen Systeme, wie beispielsweise die Eisenbahn, in die Stadtstrukturen integriert werden, was eine Planung erforderlich machte (vgl. Schäfers 2006: 189ff).

Die Anfänge der darauffolgenden Phase, der Stadtplanung als „Auffangplanung“, gehen zurück auf den Versuch einer Lösung der mit der Industrialisierung einsetzenden Probleme, wie der Wohnungsnot und dem daraus resultierenden Massenelend. Der damals starke Bevölkerungszuwachs in den Städten machte den Bau von sogenannten Mietskasernen, die wegen der großen Nachfrage mit sehr schlechten Wohnbedingungen verknüpft waren, lukrativ für InvestorInnen. Die schlechten hygienischen Bedingungen, aber vor allem auch die Angst vor dem Aufbegehren der „gefährlichen Klassen“, leitete die Entstehung der Hygienebewegung ein, welche städtebauliche Reglementierungen und soziale Auffangsysteme einführte (vgl. Rodenstein 1988, Rodenstein und Böhm-Ott 1996)<sup>13</sup>. Bis in die 1960er Jahre ist damit eine Planung mit dem Ziel der „Daseinsvorsorge“ betrieben, die sich dann zu einer „Stadtentwicklungsplanung“ wandelte. Diese hat den Anspruch, Einfluss auf die Entwicklungskräfte von Wirtschaft und Gesellschaft auszuüben und zumindest deren räumliche Auswirkungen, unter

---

<sup>13</sup> Rodenstein (1988) betont hier, dass die Gesundheitsorientierung im Städtebau letztlich durchgesetzt wurde, indem die gesunde Wohnung in Verbindung mit der „sozialintegrativen Funktion“ der Wohnung gebracht wurde, da auf deterministische Art und Weise angenommen wurde, dass man mit anderen Wohnbedingungen die ArbeiterInnen an die bürgerliche Moral anpassen könne.

der Entwicklung bestimmter Zielvorstellungen, langfristig zu steuern (Albers 1993: 100). Dieser Anspruch wurde jedoch schon in den 1980er Jahren mit der Hinwendung zu einer projektorientierten Planung wieder aufgegeben und geht mit der Verabschiedung von langfristigen Entwicklungsaufgaben und der Aufnahme neuer, flexibler Verfahrensweisen einher (Rosol 2009: 11), die im Hinblick auf einen Paradigmenwechsel in der Planung näher beleuchtet werden sollen.

## 4.2 Paradigmenwechsel im Aufgabenbereich der Planung

Die veränderte Rolle der Kommunen bringt auch ein neues (Selbst-)Verständnis von Planung mit sich (Rosol 2009: 11), dessen Planungsprinzipien als „neoliberal“ bezeichnet werden können. Dies zeigt sich vor allem in der Infragestellung der ökonomischen Tragbarkeit des Planungsparadigmas „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ (vgl. Brenner 1997, Rosol 2009: 11, Mattisek 2008: 55), das im Grundgesetz und Raumordnungsgesetz das Ziel der „Angleichung der Lebensverhältnisse“ festschreibt. Die fordistische Planung behandelte den nationalen Raum als „ein durchdachtes Unternehmen“, innerhalb dessen für Ausgleich zu sorgen war, während Wettbewerb zwischen den Staaten stattfand (Kamleithner 2009: 37). In Abkehr von einer solchen Vorstellung des Ausgleichs folgt die Politik dem Leitbild „der Förderung endogener Wachstumspotenziale“, das Städte anleitet, bereits vorhandene Potenziale zu nutzen, um in der Konkurrenz zu anderen Städten zu bestehen (Rosol 2009: 11). Mit der Verlagerung des Wettbewerbs und der Verantwortlichkeiten in das „Lokale“<sup>14</sup>, erhält die Planung die Aufgabe der Herstellung konkurrenzfähiger Orte. So ist nicht mehr Gleichwertigkeit, sondern Differenz das Ziel der Stadtplanung, da ungleiche Entwicklungen und räumliche Disparitäten nicht mehr durch staatliche Eingriffe ausgeglichen, sondern durch das Gebot der Standortprofilierung noch verstärkt werden sollen (Rosol 2009: 11, vgl. Durth 1987: 155). Mit diesem veränderten Selbstverständnis wird eine exklusive, differenzorientierte Planung, die sich auf die Herstellung weicher Standortfaktoren bezieht, forciert (vgl. Siebel 2010: 54)<sup>15</sup>.

Im Gegensatz zu ihrer vormaligen Rolle als ordnende Instanz muss die Stadtplanung nun mit dem Ziel der Förderung des Wettbewerbs und der Konstituierung der AkteurInnen und Städte als UnternehmerInnen aktiv werden (vgl. Kamleithner 2009). Der Stadtplanung kommt eine neue Aufgabe zu, nämlich Investitionen anzuregen und Wachstum nicht mehr nur zu kanalisieren, sondern herzustellen. Es muss nicht mehr nur für die harten Standortfaktoren, d.h. die Ausweisung von Flächen und die Festlegung von deren Nutzung gesorgt werden. Stattdessen wird es zur Aufgabe der Stadt, weiche Standortfaktoren auszubauen, wie z.B. die Erfüllung spezifischer Wohn- und Freizeitbedürfnisse, spezieller Bildungs- und Kulturangebote und die Schaffung eines wirtschaftsfreundlichen Klimas, um sich im Wettbewerb um Investitionen zu profilieren (vgl. Rosol 2009).

---

<sup>14</sup> siehe Kapitel 1

<sup>15</sup> Siebel (2010: 54) betont, dass harte Standortfaktoren in jeder Großstadtregion verfügbar sind und deshalb die weichen Standortfaktoren in der Städtekonkurrenz an Bedeutung gewinnen, um die „Creative Class“ anzuziehen.

Als eine weitere Entwicklung ist die „projektorientierte Planung“ zu beobachten, bei der es um das Setzen punktueller Impulse in zeitlich und räumlich begrenzten Projekten, wie z.B. Großbauten und kulturelle Events geht, die in der Regel in Kooperation mit privaten Unternehmen durchgeführt werden. Einen hohen Stellenwert genießt hier die öffentliche Wirksamkeit und die Ästhetik. Die Projektorientierung ist nicht (nur) auf die Beschränktheit der Mittel zurückzuführen, sondern erfüllt spezifische Ziele, wie die Erzeugung von Aufmerksamkeit und die Initiierung von Kommunikation, die dazu dienen sollen weitere Entwicklungsprozesse anzustoßen (vgl. Kamleither 2009).

Marit Rosol (2009: 11) betont zudem die Veränderung der Rolle der BürgerInnen in der Planung: *„Seit den 1990er Jahren nun gewinnen informelle Aushandlungsprozesse – z.B. Runde Tische, Foren, Mediationsverfahren – an Gewicht. (Das veränderte) (...) auch das Verhältnis der Planung zu den BürgerInnen: „Aus ‚Betroffenen‘ wurden ‚KooperandInnen‘ im Rahmen ‚lokaler Partnerschaften‘.“* Aus der Partizipation wird die kooperative Beteiligung der BürgerInnen im Modus der „Partnerschaft“. Was sich zunächst positiv als die Eröffnung neuer Möglichkeiten anhört, ist als ambivalent zu beurteilen, da zugleich Machtungleichgewichte aus dem Blick geraten, wenn sich PartnerInnen gegenüberstehen. Zudem sind mit einem ‚Betroffenenstatus‘, der mit früheren Partizipationskonzepten einhergeht, einklagbare Rechte verbunden. Ein Partnerschaftsstatus dagegen geht einher mit dem Verfolgen gleicher Ziele (ebd.: 12), d.h. BürgerInnen können keine Rechte einklagen, da die Planungsaufgabe ein gemeinsames Projekt wird – das ganze aber unter ungleichen Voraussetzungen der vermeintlichen „PartnerInnen“.

Auch die Rolle der StadtplanerIn hat sich verändert, sie wird einerseits zur ManagerIn und andererseits zur ErzieherIn. Als ManagerIn muss sie, wie zu Anfang des Kapitels beschrieben, aktiv Wirtschaftsförderung, Sozial- und Kulturpolitik betreiben. Als ErzieherIn muss sie Lernprozesse in der Bevölkerung steuern und initiieren: AkteurInnen der Stadtregion sollen ihr Verhalten und Denken ändern, indem sie sich als endogene Potenziale begreifen und innovativ werden (Siebel 2010: 56). Dabei geht es in erster Linie um das pädagogische Einwirken auf die „wichtigen“ AkteurInnen, wie InvestorInnen, PolitikerInnen, ImmobilieneigentümerInnen und LadeninhaberInnen und erst in zweiter Linie um die BürgerInnen (ebd.: 57).

### **4.3 Chronologie der Planungspraktiken und das Selbstverständnis der PlanerIn**

An dieser Stelle möchte ich aufzeigen, dass es eine Reihe unterschiedlicher Planungsmodelle gibt, die mit unterschiedlichen theoretischen Ansätzen und verschiedenen Rollen der PlanerIn arbeiten. Hierzu vermittelt Leonie Sandercock einen guten Überblick: Sie hat sich mit verschiedenen Phasen der Planungspraxis, vornehmlich bezüglich des anglo-amerikanischen Raumes, beschäftigt und führt fünf Modelle der Planung in ihrer chronologischen Ordnung an, die aber auch als Planungsformen nebeneinander existieren (Sandercock 1998). Sie beschäftigt sich mit den Intentionen und den Kritiken der verschiedenen Schulen sowie dem Selbstverständnis der PlanerIn:

(1) *„the rational comprehensive model“* – Das Modell einer rationalen umfassenden Planung fasst sie als eine Art grundlegendes Planungsmodell auf, auf das sich bis heute in der Disziplin der Stadtplanung bezogen wird. Es repräsentiert eine gängige Lehrmeinung und ist mitschuldig an der dominanten, reaktionären Planungskultur (ebd.: 166). Es beruht auf der erkenntnistheoretischen Annahme, dass ein rationaler, transparenter Entscheidungsprozess möglich sei und die wissenschaftlich fundierte Planung ein Werkzeug für den sozialen Fortschritt ist. Die PlanerIn hat die Rolle der „Wissenden“ oder der „Professionellen“ inne, die objektiv entscheiden kann, was das Beste für die „Öffentlichkeit“ ist, die als undifferenzierte, homogene Gruppe den Planungen gegenüber gestellt wird (ebd.: 170). Dieser Anspruch einer allumfassenden, autoritären Planung kann bis heute nicht als überkommen angesehen werden und durchzieht das Selbstverständnis vieler PlanerInnen. Allerdings wurden in der Folge viele gegen-hegemoniale Modelle der Planung, die als Antwort und als Kritik am „rational comprehensive model“ zu verstehen sind, entworfen (ebd.: 169). Planung ist nicht neutral, da die PlanerInnen sich immer in einem politischen und auch subjektiven Rahmen bewegen (vgl. Forester 1989: 3ff, Sandercock 1998).

(2) *„The advocacy planning model“* – Das Modell der anwaltschaftlichen Planung betonte ab Mitte der 1960er Jahre die Rolle der Politik bei der Planung. PlanerInnen besuchten die Armenviertel, um dort Wünsche und Vorstellungen der Marginalisierten in Erfahrung zu bringen und in die Stadtverwaltungen hineinzutragen. Bald stellte sich aber heraus, dass so das eigentliche Problem, die Machtasymmetrien, nicht behoben werden konnten und die Form der Planung die Rolle der professionellen PlanerIn zusätzlich stärkte, die Strukturen der Macht stützte, um dann als beispielhaft für eine plurale Demokratie dargestellt zu werden (Sandercock 1998: 171/172).

(3) *„The radical political economy model“* – Dieses Modell identifiziert die Planung als Funktion im kapitalistischen Staat zur Legitimation und rationalen Darstellung bestimmter staatlicher Entscheidungen sowie zur Mediation der verschiedenen Ansprüche des Kapitals und der herrschenden Klassen. Diese Kritik wurde von TheoretikerInnen aufgegriffen, aber in der Praxis häufig als irrelevant abgetan (ebd.: 172/173 nach Castells 1978).

(4) *„the equity planning model“* – Im Gegensatz zur anwaltschaftlichen Bewegung, die außerhalb der Stadtverwaltungen begann, ist das Gleichheits-Modell der Planung, dessen Anhänger sich selbst in der Tradition des „advocacy model“ sehen, eine Form der Planung, die darin besteht, Verbindungen zu progressiven Politikern herzustellen und für diese zu arbeiten (ebd.: 173). Im Mittelpunkt dieser Planungsschule steht die Akzeptanz dessen, dass die Planung die jeweilige Politik bedient. Die PlanerIn gilt als ExpertIn für das Lokale, eine wesentliche Aufgabe ist es, den Dialog mit und zwischen verschiedenen AkteurInnen sowie Parteien herzustellen. Sandercock kritisiert, dass diese Form der Planung weiterhin einem Politikverständnis von oben nach unten folgt: Die PlanerIn bleibt die Wissende, die Probleme identifiziert und das öffentliche Interesse lenkt. Marginalisierte Gruppen bleiben diesem „top-down“ Verständnis entsprechend passiv, was der Bezeichnung als gleichem oder gerechtem Planungsmodell widerspricht (ebd.: 174).

(5) *„the social learning and communicative action model“* – Diesem Modell geht es vor allem um die Herstellung einer Situation des Dialogs, der Empathie und der Akzeptanz der Anderen, um einen Prozess zu ermöglichen, in dem die verschiedenen Parteien bereit sind, einen bestehenden Konflikt gemeinsam zu bearbeiten (ebd.: 175). Zwischen den sogenannten

“KlientInnen“ und der PlanerIn soll eine persönliche Beziehung und eine Situation des gegenseitigen Lernens entstehen, die im Kontrast zu ihrer Expertenrolle steht. Allerdings ist auch in diesem Modell die PlanerIn die formal Gebildete, die im Namen des Staates handelt. Die Nicht-Berücksichtigung struktureller Ungleichheiten und die Behandlung von BürgerInnen-schaft als geschlechts- und ethnisch neutraler Kategorie sind aus gegen-hegemonialer Perspektive die Schwächen dieses Modells (ebd.).

Diese unterschiedlichen Planungsmodelle stehen für die Wandlungen in der Planungspraxis, bezüglich dessen, wie Planung gedacht wird und welche Rolle den Subjekten der Planung zugesprochen wird. Es wird jedoch auch offenbar, dass die Modelle aus einer Kritik an der jeweils vorangegangenen Planungspraxis entwickelt wurden und trotzdem jedes für sich mit spezifischen Problematiken behaftet ist.

#### **4.4 Die Innenstadtsanierung als Instrument der Stadtentwicklung**

Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen<sup>16</sup> fallen in der BRD unter das „Besondere Städtebaurecht“, welches zur Aufgabe hat Regeln für die Bewältigung spezieller Situationen in Kommunen aufzustellen (vgl. Langhagen-Rohrbach 2005: 81). Im Falle der Sanierungsmaßnahmen geht es darum, „städtebauliche Missstände“ in einem festgelegten Gebiet in einer begrenzten Zeit unter Anwendung der rechtlichen Instrumente des Baugesetzbuches zu beheben (Adrian 1995: 840). Diese Missstände werden definiert als städtebauliche Strukturen in einem Gebiet, das „den allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse oder an die Sicherheit der in ihm wohnenden oder arbeitenden Menschen“ nicht entspricht oder „in der Erfüllung der Aufgaben (...), die ihm nach seiner Lage und Funktion obliegen“ erheblich beeinträchtigt ist (BauGB §§136) und bietet damit einen großen Auslegungsrahmen. Im Sinne des Gesetzes soll eine Sanierungsmaßnahme einheitlich und zügig durchgeführt werden. Die Gemeinde muss dazu zunächst die Ziele und die Zwecke der Sanierung bestimmen. Bei der Durchführung hat die Gemeinde grundsätzlich eine ordnende Rolle inne, während den EigentümerInnen die baulichen Maßnahmen obliegen (Adrian 1995: 841). Das Sanierungsgebiet muss förmlich festgelegt werden (Evert et al. 2001: 542), innerhalb dieses Gebietes gilt das Bodenrecht, d.h. dass Bodenwertgewinne als Ausgleichsbeträge an Bund, Land und Kommune zurückfließen, es sei denn, die Kommune befindet sich im vereinfachten Verfahren, welches darin besteht, dass die EigentümerInnen die Bodenwertgewinne nicht abführen müssen. Auch die Bürger- und Betroffenenbeteiligung sowie das Aufstellen eines Sozialplanes sind gesetzlich festgelegt, um soziale Zielsetzungen in die Sanierung zu integrieren (Adrian 1995: 841).

Hatte die Sanierungsmethodik zu Anfang noch den Erhalt der Sozialstruktur zum Ziel, ist heute eine gegenläufige Tendenz auszumachen. Andrej Holm beschäftigt sich am Beispiel von Sanierungsmaßnahmen mit der „Sozialen Mischung“ als Leitbild fordistischer Stadtpla-

---

<sup>16</sup> nach BauGB §§136-164

nung, das in der Planung der 1970er und 1980er Jahre auch dem Ziel der Angleichung und Modernisierung der Lebensverhältnisse untergeordnet war. Er führt die sich zu dieser Zeit durchsetzende, am Erhalt der Sozialstruktur orientierte Sanierungsmethodik<sup>17</sup> an:

*„Statt der Durchsetzung einer normativen Mischungsvorstellung orientierten sich Stadtplaner und Verwaltungen am Schutz der bestehenden Nachbarschaftsstrukturen. Neue partizipative Planungsansätze und der intensive Einsatz von öffentlichen Fördermitteln ermöglichten eine bauliche Aufwertung ohne die Verdrängung der ärmeren Bevölkerungsgruppen. Wenn von sozialer Mischung die Rede war, ging es um den Erhalt gewachsener sozialer Strukturen und nicht um die Verordnung eines sozialpolitischen oder städteplanerischen Ideals. Doch mit der Privatisierung und Ökonomisierung der Stadtentwicklungspolitik in den 1990er Jahren war diese kurze Phase der sozialorientierten Sanierungspolitik beendet – und auch der Mythos der Sozialen Mischung wurde zu neuem Leben erweckt.“ (Holm 2009).*

Er führt aus, dass die Rhetorik der Sozialen Mischung zum Argument für die Legitimation von Aufwertungsprozessen geworden ist. Damit ist auch das Ziel der Erhaltung der Sozialstruktur in Sanierungsgebieten hinfällig geworden (ebd.). Vielmehr folgen Sanierungsmaßnahmen heute der Maxime, sich besser im Städtewettbewerb aufzustellen, was sich auch in den Gestaltungskonzeptionen für Innenstädte zeigt. Die Durchführung von Sanierungsmaßnahmen ist eine Aufgabe der Stadtplanung, an der ersichtlich wird, dass hier die Ordnungsplanung neben den Gestaltungs- und Entwicklungsmaßnahmen in den Hintergrund tritt (vgl. Kilber und Zibell 2005: 170).

Eine Tendenz, die sich auf die planerische Entwicklung der Innenstädte auswirkt, ist die Konkurrenz der Städte um Konsumpotenziale, bei der Städte ihre Wettbewerbsposition durch die Attraktion gehobener KonsumentInnenschichten und die Förderung des Zuzugs von Bevölkerungsgruppen mit hohem Kaufkraftpotenzial zu verbessern suchen (Krätke 1995: 178). Krätke argumentiert hier mit der Entwicklung stärker ausdifferenzierter und hierarchisierter Konsummuster seit den 1970er Jahren, die die Konkurrenz um Kaufkraftpotenziale der Besserverdienenden intensiviert und aufwendige Investitionen in den Ausbau der Innenstädte forciert hat. So ergeben sich zwei Tendenzen für innenstädtische Sanierungsmaßnahmen, zum einen die Förderung von „sozialen“ Aufwertungsprozessen und der Ausbau von „gehobenen“ Wohnquartieren und zum anderen die Schaffung von Orten des gehobenen Konsums oder auch des „Erlebniseinkaufs“, die einen ungestörten Konsum in exklusivem Ambiente mit entsprechender Gastronomie anbieten können (ebd.).

Zudem spielt die Initiierung von Projekten eine wichtige Rolle – im Zuge der Innenstadtsanierung soll sie Entwicklungsprozesse anstoßen, indem Dynamik signalisiert wird, um die Investition privater Eigentümer zu animieren. Christa Kamleithner (2010: 38) spricht hier auch von der symbolischen Ebene der Ökonomie, die als zentrales Element der Raumorganisation fungiert. Zudem wird Innenstädten eine Repräsentationsfunktion, oft auch „Visitenkartenfunktion“, für die Gesamtstadt zugeschrieben. Für die Stadtentwicklung bedeutet das, ein Augenmerk auf das Erscheinungsbild zu lenken und es so zu gestalten, wie die Stadt sich prä-

---

<sup>17</sup> Der Erhalt der Sozialstruktur ist ein Ziel, das auch heute noch als Teil der Stadtsanierung genannt wird (vgl. Adrian 1995: 841).



sentieren möchte, was sich in der Regel an den erfolgversprechenden Narrativen von Urbanität, Modernität, Exklusivität und Einzigartigkeit orientiert.

Mit diesen Anforderungen an das Stadtzentrum ist auch die Ausblendung von Dingen und Personengruppen, die nicht in diese Inszenierung von Stadt passen, verbunden. Das zeigt sich im Hang zur Herstellung kontrollierbarer semiöffentlicher Konsumräume, wie Shopping Malls und der Initiierung von BIDs<sup>18</sup>, aber auch in der Durchführung subtilerer baulicher Maßnahmen bis hin zu Platzverweisen und Betretungsverboten (vgl. Durth 1987).

Programme der Innenstadtsanierung sind vorrangig als Instrument der Herstellung einer konkurrenzfähigen, prosperierenden Innenstadt zu verstehen, als dass die Bedürfnisse der BürgerInnen und BewohnerInnen fokussiert würden. Vielmehr verläuft die Argumentation so, dass diese Art im Ausbau von Potenzialen zu kalkulieren, bedeutet im Sinne der BürgerInnen zu denken, wenn diese sowohl als unternehmerische Selbste, wie auch als „Angestellte des Unternehmens Stadt“ (Göschel 2006: 214) gesehen werden.

#### **4.5 Mittelstädte im Wettbewerb**

In diesem letzten Abschnitt möchte ich mich, im Hinblick auf Rüsselsheim, nochmals dem Thema der Mittelstadt nähern und die Frage stellen, ob und wie die oben erörterten Implikationen für die Stadtplanung, die sich oft auf größere Städte und Großstädte beziehen, relevante Größen für die Analyse einer Mittelstadt sein können. Die Literatur, die Mittelstädte thematisiert, ist im Vergleich zu der über Großstädte recht überschaubar. Bei der Lektüre fällt die Beschäftigung mit Entwicklungspotenzialen auf, die man in den Planungsstrategien wiederfinden kann und bei denen es darum geht, sich in der interkommunalen Konkurrenzsituation gut aufzustellen (vgl. Adam 2005, vgl. Leimbrock 2010). Brigitte Adam bedenkt die Stadtentwicklung in Mittelstädten mit Schwerpunkt auf der stadtreionalen Positionsbestimmung, d.h. wie Mittelstädte in stadtreionalen Zusammenhängen aufgestellt sind. Sie schlägt zur Abschätzung der Konkurrenzfähigkeit, wozu Marktanalysen unerlässlich seien, ein „Stadtreionales Raumbewachungssystem“ vor, das „Informationen über die Funktionalitäten und die Dynamik, aber auch die Planungen der Städte“ bereit hielte (Adam 2005: 507). Adam (2005: 507) stellt den positiven Effekt des interkommunalen Wettbewerbs heraus, der darin bestünde, dass Kommunen ein individuelles Profil entwickelten, das sie in ihrer Außenwirkung von anderen abheben würde und eine identitätsstiftende Wirkung nach innen habe. Profilierung wird für Mittelstädte verstärkt als Methode vorgeschlagen. Das äußert sich z.B. auch im Konzept der Kulturhauptstadt Europas, das mit einer Festivalisierungspolitik umgesetzt wird, wobei die teilnehmenden Städte immer kleiner werden, was die Tendenz zur strategischen Inszenierung immer kleinerer Städte verdeutlicht (vgl. Habit 2010).

---

<sup>18</sup> BID ist die Abkürzung für Business Improvement District und bezeichnet ein Gebiet, in dem ein Zusammenschluss von LadeninhaberInnen Maßnahmen, die von Verschönerungen über gemeinsame Events, bis hin zur Beauftragung privater Wachdienste, gemeinsam initiieren und finanzieren.

Holger Leimbrock unterscheidet zwei grundsätzliche Zielalternativen für die Entwicklung von Mittelstädten: „die Großstadtimitation mit ‚großstädtischem Flair‘“ und die „Großstadtalternative mit ‚mittelstädtischem Flair‘“, wobei letztere zu bevorzugen sei, da sich die Städte mit der „Großstadtimitation“ zumeist übernehmen (Leimbrock 2010: 91). Zusätzlich stellt er die Planung in Form von Großprojekten heraus, kritisiert hier aber die Form von Großprojekten, bei denen es um die „Großstadtimitation“ geht, wie z.B. der Bau von Shopping Malls etc., da diese noch in einer Zeit verhaftet seien, in der von einem tendenziellen Wachstum ausgegangen wurde. Er geht von einer weitgehenden Annäherung der Planungsziele von Mittel- und Großstädten aus, aus der auch das Grundmuster der konkurrenzfähigen Stadtzentren für Mittelstädte resultiert (ebd.: 93).

Für Großstädte, bzw. ohnehin in der Städtekonkurrenz eher gut aufgestellte Städte, scheinen die Strategien neoliberaler Stadtplanungsentwürfe und -konzepte tragfähig und umsetzbar zu sein. Mittelstädte sind mit denselben Aufgaben wie Großstädte konfrontiert, haben aber nicht dieselben Ressourcen (vgl. Habit 2010). Generell ist es so, dass der hegemoniale Diskurs, welcher Anleitungen zur Herstellung einer prosperierenden Stadt bereithält, gleichermaßen die Institutionen der Stadtentwicklung aller Typen von Städten adressiert, ohne dass größere Unterschiede in Strategien oder Zielerfordernungen, die auf die spezielle Situation der Stadt zugeschnitten wären, bestehen. Während die Anforderungen an eine unternehmerische Großstadt für diese noch einigermaßen „realistisch“ bzw. „bruchlos“ umsetzbar sind, ist das für stagnierende Städte mit strukturellen Problemen nicht ohne weiteres möglich. Der Versuch oder auch der Druck auf diese Städte, sich mit ähnlichen Zielvorgaben in den Wettbewerb zu begeben, gerät schnell zu einer Art von Utopie oder zu einer Planung, innerhalb derer sich Brüche und große Differenzen auftun. Im folgenden Exkurs soll diese Thematik, des Umgangs der Städte bzw. Stadtverwaltungen, damit dass sie die an sie gestellten Anforderungen der Innenstadtentwicklung nicht erfüllen können, nochmals weiter vertieft werden.

#### **4.6 „Loser cities“ – Strategien von Städten im Abschwung**

Max Rousseau (2006) beschäftigt sich mit Stadtentwicklungs- bzw. Aufwertungsstrategien in stagnierenden Städten, die durch die Folgen von Deindustrialisierungsprozessen belastet sind und im Hinblick auf die Betrachtung von Rüsselsheim sehr ähnliche Problematiken aufweisen. Für diese Städte führt den Begriff der „loser city“ ein: Nach seiner Definition handelt es sich bei der „loser city“ um eine ökonomisch stagnierende Stadt, „declining city“, auf die zusätzlich die symbolische Dimension des negativen Images entfällt: *„More precisely, ‘loser cities’ are defined here as having two types of ‘problem’ — one objective (economic decline), the other subjective (negative representations)“* (Rousseau, 2006: 771). In der Folge sieht sich die Politik gezwungen, ein „Gegen-Image“ zu konstruieren, dass die Stadt als attraktives Produkt darstellt: *„In the eyes of public relations departments and politicians in ‘loser cities’, this situation constitutes a powerful brake on the middle classes settling in their city; it is the main item that influences them to try and construct a ‘counter-image’, presenting their city as a far more attractive product.“* (ebd.: 772). Er bezieht sich auf Industriestädte im „Niedergang“ und zeigt, dass Aufwertungsstrategien im Kontext ökonomischer Entwicklungsstrate-

gien zu betrachten sind, durch die die Mittelklassen nicht nur als EinwohnerInnen, sondern vor allem als KonsumentInnen angezogen werden sollen (ebd.: 771). So erhofft die Stadt den wirtschaftlichen Abschwung zu überwinden, wenn die erste Phase, der Versuch große Firmen sowie Großprojekte in die Gemeinde zu holen, als gescheitert angesehen wird (vgl. ebd.: 772/773). Diese strategische „*Gentrification as solution for economic decline*“ sieht er als zweite Phase des Versuchs, die wirtschaftliche Situation der Städte zu verbessern. Diese drückt sich in ‚weicheren‘ Maßnahmen, wie den Planungen in der Innenstadt oder kulturellen Maßnahmen, aus, welche am Image ansetzen und die Planungen an den Geschmack dieser potentiellen Zielgruppe anpassen sollen. Die Begründung hierfür sieht Rousseau darin, dass die Institutionen, die mit der Stadtentwicklung befasst sind, die wirtschaftliche Erneuerung ihrer Stadt als abhängig „*on the settlement of social groups from outside*“ sehen, wenn der Versuch gescheitert ist InvestorInnen ansässig zu machen. Hierbei wird das Stadtzentrum zum „‘loss leader’ (Lockvogelangebot)“, dem die Aufgabe zukommt, die Mittelklassen anzuziehen und damit wiederum attraktiver für Investitionen zu werden (ebd.: 773).

Rousseau beschreibt abschließend die Aufwertungsstrategien von „loser cities“ unter der Anführung einer Kritik an Neil Smith’s Konzept der „Revanchist City“ (Smith 1996):

*„When gentrification as a ‘global urban strategy’ (Smith, 2003) extends to ‘loser cities’, this is probably less through ‘revanchism’ than through pragmatic adaptation to a neoliberal logic of interurban rivalry, internalized by the new actors of governance in these cities. Because of this, attracting the middle classes appears to be simply a new economic re-development strategy, where the previous one — looking to attract businesses — has failed.“* (Rousseau 2006: 785).

Damit grenzt er sich von Smiths Konzept ab und fasst die Strategien dieser Städte als Konsequenz der neoliberalen Logik des Städtewettbewerbs, wenn die Anwerbung von Firmen, bzw. der Versuch so die Wirtschaftlage zu sanieren als gescheitert angesehen wird.

Rousseau arbeitet in seinem Artikel am Beispiel von Roubaix und Sheffield, die mit Rüsselsheim die Entwicklung als Industrie- und Arbeiterstädte sowie das negative Image gemeinsam haben und sich insofern nicht unähnlich sind. Zudem spricht er das Thema der Planung für eine potentielle Zielgruppe an, die durch die Maßnahmen der Planung erst erreicht werden soll, d.h. es stehen nicht die BürgerInnen vor Ort im Mittelpunkt der Konzeption. Seine Ausführungen treffen auch auf die Stadt Rüsselsheim, wo momentan Stadtentwicklungs- und Aufwertungsstrategien zur Lösung städtischer Problematiken entwickelt werden. Rousseaus Konzeptionen können einen Rahmen für deren Analyse bilden. Im nächsten Kapitel rückt nun die Entwicklung der Stadt Rüsselsheim in den Mittelpunkt der Betrachtung.

## 5 Rüsselsheim

Rüsselsheim ist mit knapp 60.000 Einwohnern<sup>19</sup> die größte Stadt des Kreises Groß-Gerau im Rhein-Main-Gebiet. Sie ist eine von sieben Sonderstatusstädten<sup>20</sup> in Hessen, wie z.B. Hanau, Bad Homburg oder Gießen und umfasst neben der Kernstadt die Stadtteile Königstädten, Haßloch und Bauschheim, die in den 1950er, bzw. 1970er Jahren eingemeindet wurden.

Rüsselsheim entstand um 830 als fränkische Siedlung. Der Graf von Katzenelnbogen erhielt 1437 das Privileg für den Bau einer Burg und das Dorf wurde zur Stadt erhoben. Schon Ende des 15. Jahrhunderts wurde die Grafschaft vom Landgrafen von Hessen besetzt und die Burg allmählich zu einer Festung ausgebaut, weitere 200 Jahre später erhielt Rüsselsheim Marktrechte (Stadt Rüsselsheim ohne Jahr). Mit der einsetzenden Industrialisierung entstanden mehrere Fabriken und Manufakturen, darunter eine „Hasenhaarschneiderei“ und eine Zichorienfabrik. Die Bevölkerungszahl begann schnell anzuwachsen und 1832 wurde der Ort in den Landkreis Groß-Gerau eingegliedert. Nach dem Anschluss Rüsselsheims an die Bahnstrecke Mainz-Frankfurt, ließ Adam Opel 1869 seine erste mit Dampfmaschine ausgestattete Fabrik bauen, die bei steigender Bedeutung und wachsender Arbeiterschaft zunächst Nähmaschinen, dann Fahrräder und knapp 40 Jahre später die ersten Autos produzierte. Das bis zu diesem Zeitpunkt handwerklich-agrarisch geprägte Dorf, entwickelte sich zu einer industriellen Landgemeinde und schließlich im 20. Jahrhundert hin zu einer Arbeiterstadt (Stadt Rüsselsheim ohne Jahr). 1929 und 1931 wird Opel in zwei Schritten von General Motors gekauft. Das Unternehmen und auch das Unternehmensgelände des Automobilherstellers Opel wuchs durch den Bau neuer Fertigungsanlagen rasch an, so dass Rüsselsheim heute vor allem als Produktionsstandort von Opel bekannt ist. Die Entwicklung der Stadt ist eng an die der Opel-Werke gekoppelt, was auch in Aufbau und innerer Struktur der Stadt Rüsselsheim sichtbar wird, die maßgeblich unter dem Expansionsdruck von Opel entstanden ist (Eichhorn 1994: 13). Hatte Rüsselsheim bis 1950 noch 18.000 EinwohnerInnen, erhöhte sich die EinwohnerInnenzahl innerhalb von zehn Jahren auf 35.000<sup>21</sup> und weitere zehn Jahre später, nach der Eingemeindung Bauschheims, auf 62.000, bis sie 1973 den Höchststand von 64.000 EinwohnerInnen erreichte (vgl. Jordan 1987). Um diese Menge an neuen EinwohnerInnen unterzubringen, wurden neue Wohnviertel gebaut, die sich in einem Bogen im Osten und Süden der Stadt angliedern, da die Stadterweiterung im Norden durch den Main und im Westen durch

---

<sup>19</sup> Die genaue EinwohnerInnenzahl betrug am 30.06.2008: 59.548 EinwohnerInnen (Magistrat der Stadt Rüsselsheim 2009)

<sup>20</sup> Für Rüsselsheim bedeutet das, dass Bauaufsicht, Planungsamt und Denkmalschutz in der Stadtverwaltung ansässig sind und nicht wie sonst in der Kreisverwaltung, was Dienstwege „verkürzt“.

<sup>21</sup> Von den 35.000 Einwohnern gehen knapp 5.000 Einwohner auf die Eingemeindungen von Königstädten und Haßloch zurück

das Opelgelände, welches wegen seiner langen Geschichte heute direkt an die Innenstadt anschließt, begrenzt ist. Die Stadterweiterungen folgten dem Konzept von „Wohnzellen“, die jeweils für ca. 6.000 EinwohnerInnen geplant wurden und mit Infrastrukturen, wie Volksschule, Kindergarten, Altenheim, Kirche und Kleinladenzentrum inklusive Bank, Post und Arztpraxen, ausgestattet waren. Ab Mitte der 1960er Jahre konnten neben der Wohnbebauung auch die „*infrastrukturellen Hochbauten*“, wie Hallenbad, Stadttheater und Großsporthalle angegangen werden, die aufgrund der damaligen Intention, ein neues Zentrum zu schaffen, im Grüngürtel südöstlich der Innenstadt angesiedelt wurden (ebd.). Diese Planung ist jedoch nie zu Ende geführt worden, so dass in der Folge heute Einrichtungen, wie Theater oder Volkshochschule, in der Innenstadt fehlen. Insgesamt entwickelte sich Rüsselsheim in den 1950er und 1960er Jahren zu einer „fordistischen Musterstadt“. Auch die städtebaulichen Leitbilder der Nachkriegszeit, wie das der „autogerechten Stadt“ und die funktionelle Trennung von Arbeiten, Wohnen, Erholen und Versorgen in der „gegliederten und aufgelockerten Stadt“ (vgl. Heineberg 2006: 130, vgl. Eichhorn, 1994) finden sich in Rüsselsheim wieder und korrespondieren mit der Wanderungstendenz der Wohnbevölkerung, wie auch der kleinen und mittleren Betriebe, von der Innenstadt an den Stadtrand (Jordan 1987).

Bis in die 1970er Jahre war Rüsselsheim, vor allem wegen der Gewerbesteuereinnahmen der Adam Opel AG, eine finanziell gut gestellte Kommune. Die mit der Ölkrise einsetzende Stagnation der Automobilfertigung und ihre Auswirkungen auf Opel bekam die Stadt u.a. durch das Wegbrechen von Gewerbesteuereinnahmen massiv zu spüren – bis heute steigt die Verschuldung an. Die einst großzügig geplante Infrastruktur, die in Spitzenzeiten für bis zu 120.000 Einwohner ausgelegt wurde, zeugt heute noch von der Zeit des „Wirtschaftswunders“ und kann nicht mehr für nur 60.000 EinwohnerInnen aufrecht erhalten werden. Schon in den späten 1970er Jahren gab es Versuche, sich mit der Ausweisung des Gewerbegebiets „Im Hasengrund“ von der Abhängigkeit der Monostruktur zu lösen, was aber nicht als vollendet bezeichnet werden kann. Der prozentuale Anteil der Beschäftigten der Adam Opel AG an der Zahl der Beschäftigten insgesamt ist heute deutlich niedriger als früher: Waren 1978 von den insgesamt 50.000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen 42.000 bei Opel angesiedelt, so sind es heute von insgesamt 35.000 Arbeitsplätzen nur noch 18.500 bei Opel (Magistrat der Stadt Rüsselsheim 2009). Dieselben Hoffnungen werden nun in den neuen Gewerbepark „Blauer See“ gesetzt, der 5.000 - 7.000 hochqualifizierte Arbeitsplätze im High-Tech-Bereich in die Stadt bringen soll. In der Realität zeichnet sich diese Entwicklung noch nicht ab: Über 50% der ausgewiesenen Flächen sind frei und für die Ansiedelung von Unternehmen gibt es noch keine konkreten Zusagen<sup>22</sup>. Zudem werden Leerstände in der Innenstadt als eine große Schwierigkeit vermerkt, hier stehen ein ehemaliges Kaufhaus, das Löwenzentrum (Ladenzentrum) und weitere Verkaufsflächen ins Auge. Momentan ist die Situation Rüsselsheims vor allem geprägt durch die Wahrnehmung verschiedener Probleme. Neben den Leerständen in der Innenstadt werden zusätzlich deren mangelnde Attraktivität, die hohen Kaufkraftabflüsse, aber auch die schlechte Sozialstruktur beklagt. Zusätzlich rücke die unsichere Situation der Adam Opel AG die Stadt in ein „schlechtes Licht“, da sie negative Aufmerksamkeit erzeuge.

---

<sup>22</sup> Eigene Erhebung im Rahmen eines Praktikums

Das ist auch ein Grund, weshalb von der Stadt eine umfassende Sanierungsmaßnahme angestrebt wird.

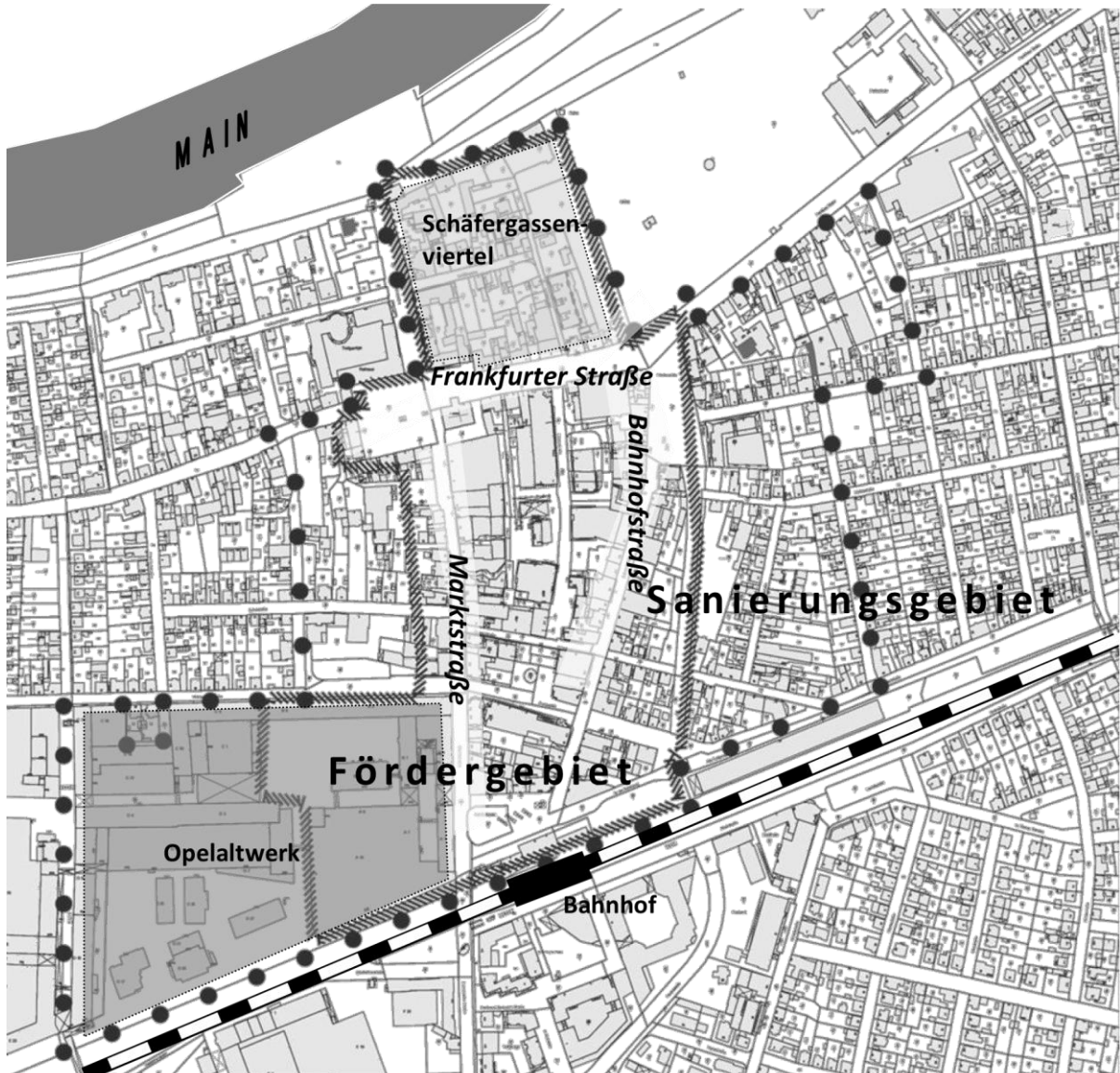


Abbildung 1: Skizze sanierungsrelevanter Merkmale der Rüsselsheimer Innenstadt (eigene Darstellung, basierend auf der Kartengrundlage der ALK 6500 des Magistrats der Stadt Rüsselsheim)

## 5.1 Die erste Innenstadtsanierung und die städtebauliche Struktur der Innenstadt

Die Rüsselsheimer Innenstadt wird im Norden durch den Main, im Süden durch den S-Bahnhof, bzw. die Bahngleise, im Westen durch das Opelgelände und im Osten durch den Innenstadtring begrenzt. Vom Bahnhofsvorplatz ausgehend erstrecken sich die zwei Einkaufsstraßen, Markt- und Bahnhofstraße, in Richtung Main. Diese sind seit dem letzten großen Stadtumbau durch mehrere Plätze, Querstraßen und Passagen verbunden. Die letzte groß-

angelegte Sanierungsmaßnahme der Rüsselsheimer Innenstadt wurde in den 1970er Jahren unter Baudirektor Rudolf Otto durchgeführt. In diesem Zuge wurde die Innenstadt nach damaligen Vorstellungen von Modernität und Urbanität stark verändert. Vorher bestand die innerstädtische Bebauung zum Großteil noch aus Bauernhäusern, die frontal zu kleinen Gasen ausgerichtet waren und über große Hinterhöfe oder Gärten verfügten. Diese ehemals kleinteilige Struktur wurde weitestgehend in große Blöcke und ein verkehrsberuhigtes System aus Fußgängerzonen und mehreren Plätzen aufgelöst. Damals wie heute wurde bemängelt, dass Grundstücksgrößen und Grundrisse nicht den Anforderungen moderner Geschäfte entsprechen, weshalb umfassende Umbauten vorgenommen wurden (Otto 1981: 160). Auch Baudirektor Otto plante schon die Errichtung einer neuen „urbanen Erlebniswelt“ (ebd.: 165), betonte hierbei aber die kommunikative Funktion der Innenstadt: *„Hier werden auch Freiräume mit Bänken, Blumen und Wasserbrunnen notwendig, in denen man verweilen kann und Kommunikation stattfindet. Sie sollen Kristallisationspunkte für die menschliche Begegnung im Zentrum unserer Stadt sein“* (ebd.). Eine andere wichtige Komponente war der funktionalistische Umbau des Verkehrssystems: Mit dem Bau des Innenstadtrings sollte dem Leitbild der „autogerechten Stadt“ entsprochen werden (vgl. ebd.: 163ff).

Das zugrundeliegende Modell für die Innenstadt war damals ein futuristisch anmutendes „Schichtenmodell“ einer geschlossenen, 4-geschossigen Bebauung mit einzelnen höheren Gebäudeteilen. Dieses Modell beinhaltete eine Sanierung, die auf Abriss und Neuaufbau ausgelegt war. Sie wurde aber nur zum Teil umgesetzt, so dass sich heute eine gemischte Struktur aus alten, kleineren Bauernhäusern und Nachkriegsbebauung aus der Zeit vor 1970 und den Gebäuden der 1970er Jahre ergibt. Vor allem letzter Gebäudetyp gilt heute als aus der Mode gekommen – verweist er doch auf eine heute als überkommen angesehene fordistische Zeit, in der Rüsselsheim zwar noch vergleichsweise gut aufgestellt war, die aber heute als kleinbürgerlich gilt und damit als untauglich betrachtet wird, die Stadt im interkommunalen Wettbewerb gut aufstellen zu können. Wegen der Verbindung der Stadt mit den Opelwerken war in der Nachkriegszeit ein enormer Ausbau und Wachstum möglich, was heute noch sichtbar ist. Mit der fortschreitenden Deindustrialisierung und der Krise der Automobilindustrie wird Rüsselsheim, bzw. das was mit der Stadt verbunden wird, als unmodern wahrgenommen. Zugleich besitzt die Stadt geringere finanzielle Mittel. Dennoch soll die Stadt erneut umfassend verändert werden.

## **5.2 Die gegenwärtige Innenstadtsanierungsplanung**

Die aktuelle Planung der Innenstadtsanierung geht zurück auf das Jahr 1992 und wurde ausgelöst durch das bevorstehende Freiwerden innerstädtischer bzw. innenstadtnaher Flächen der Adam Opel AG, die einer neuen Nutzung zugeführt werden sollten. Zudem wurden seitens der Stadt, aber auch in den Medien, viele ungünstige Entwicklungen in der Innenstadt festgestellt: Die bereits angesprochenen Leerstände, der in Gutachten befundene Kaufkraftabfluss, die Ästhetik der Fußgängerzone bezüglich der Straßenräume und der Gebäude, aber auch die Nutzer der Innenstadt werden beklagt. Zeitungsartikel beschreiben die Rüsselsheimer Innenstadt als *„trotzlos, das große Kaufhaus schon seit rund zehn Jahren zu. Fußgängerzonen*

*dümpeln vor sich hin, selbst Reste-Rampen und Billig-Restaurants sind auf dem Rückzug, (...)*“ (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 15.11.2009: V5), oder beklagen: „*Viele Geschäftsräume stehen dort leer, in einigen Schaufenstern kündigen Pappschilder Räumungsverkäufe an.*“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung 12.09.2009: 57). Ein weiterer Artikel beschreibt die Situation des Einzelhandels in Rüsselsheim als „*zwischen ‚schlecht‘ und ‚desaströs‘*“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung 08.02.2008: 59). Die Zeitungsartikel zeichnen ein pessimistisches Bild der Rüsselsheimer Innenstadt, gemessen an der wirtschaftlichen Situation. Das spiegelt sich auch in den Ansichten der Stadtverwaltung wider, die sich zum Handeln gezwungen sieht und das Sanierungsverfahren im Jahr 2004 förmlich beschlossen hat. Insgesamt wurde eine Funktionsschwäche<sup>23</sup> der Innenstadt festgestellt, die Bedingung für die Durchführung eines Sanierungsprogramms ist. Dem gesamten öffentlichen Raum wurde in diesem Zuge eine erhebliche Beeinträchtigung der Funktion unter der Begründung attestiert, dass die städtebauliche Gestalt nicht der für den Einzelhandel erforderlichen Aufenthaltsqualität und Atmosphäre gerecht wird (vgl. Nassauische Heimstätte 2004). Zur Durchführung der Maßnahmen sichert sich die Stadt Rüsselsheim aus dem Städtebauförderprogramm für Sanierungsmaßnahmen, der sogenannten „Städtebauförderung Sanierung“, Fördergelder des Landes und des Bundes. Der Sanierungsbedarf für die einzelnen Grundstücke wurde anhand der Strukturmerkmale des baulichen Zustandes, der Nutzung und Dichte, der Funktion und Konflikte, der Gestaltung und der Stellplätze bewertet, um daraufhin die Maßnahmen zur Sanierung festzulegen. Sie bestehen vor allem in der Aufwertung des Sanierungsgebietes durch gestalterische und funktionsoptimierende Maßnahmen, wie Fassadenneugestaltungen, Neugestaltungen in der Fußgängerzone (Bodenbeläge, Stadtmobiliar) bis hin zur Neuordnung von öffentlichen und privaten Flächen. Die Stadt hofft, den öffentlichen Raum attraktiver zu gestalten, um Eigentümer zur Investition in die Gebäudesubstanz zu motivieren. Im Rahmen der Umsetzung wurden bereits der Bahnhofsvorplatz, das Schäfergassenviertel und die Schauburg, ein ehemaliges Kino, saniert. Eine Werbeflächensatzung wurde festgelegt und ein Fassadenleitbild erstellt, das sich an Gebäudeeigentümer und deren Architekten richtet und die harmonische Gestaltung des Stadtbildes unterstützen soll. Weiterhin stehen eine Umgestaltung der beiden Einkaufsstraßen und ein Umbau der Frankfurter Straße an. Eine Umnutzung der leerstehenden Kaufhausimmobilie und weitere wirtschaftsfördernde Maßnahmen, wie die Ansiedelung von Geschäften, sollen aktiv angegangen werden.

Ein anderes Vorhaben, das mit einer großen Problematik verbunden ist, ist die Entwicklung des Opel-Forums, wo inmitten des Zentrums ein 30.000m<sup>2</sup> großes Erlebnis-Einkaufszentrum errichtet werden sollte, das mit zusätzlichen Büroflächen und exklusiven Loft-Wohnungen ausgestattet werden sollte. Inzwischen wird nur noch die Entwicklung einer reduzierten Version diskutiert, die aber immer noch in der Schwebe ist<sup>24</sup>. Gründe für die schwierigen Rahmenbedingungen werden in der Situation von Opel, in der generellen, schlechten wirtschaftlichen Situation und der Finanzkrise gesehen und wirken sich auf die

---

<sup>23</sup> nach BauGB§ 136ff.

<sup>24</sup> Das war zumindest der Stand im Gespräch vom 25.6.2010 mit einer Person der Leitungsebene bezüglich des Stadtsanierungsprozesses. Das Opel-Forum ist ein Projekt über das nicht gerne gesprochen wird solange die Verwirklichung nicht beschlossen wird, da es mittlerweile eher schlecht aussieht, aber sehr große Hoffnungen damit verknüpft werden.



Verhandlungen mit Investoren aus: Es ist schwer AnkermieterInnen zu gewinnen, deren Zusagen Voraussetzung für einen Projektstart wären.

Neben dem Programm der Innenstadtsanierung hat sich Rüsselsheim mit den Kommunen Raunheim und Kelsterbach zusammengeschlossen, um sich in Kooperation für das Programm Stadtumbau West zu qualifizieren, dessen Durchführung mittlerweile begonnen hat. Es ist ein interkommunales Projekt mit dem Ziel, die drei Städte entlang des Mains physisch miteinander zu verbinden und auch Entwicklungsplanungen besser aufeinander abzustimmen sowie deren Kooperation zu fördern. Die Nassauische Heimstätte übernimmt die Management- und Treuhandfunktionen im Auftrag der drei Kommunen sowie die Steuerung der Planung, das Bearbeiten der Förderanträge zum Erhalt der Bundes- und Landesgelder und auch die Gesprächsführung, Moderation, Mediation und Terminkoordination zwischen den Kommunen. Die stadtplanerischen Aufgaben sind für dieses Projekt ausgelagert an diese Projektentwicklungsgesellschaft, da der Umfang der Planungen nach eigenen Angaben für die Kommunen selbst kaum zu leisten wäre. Vor allem der Aufwand, sich um die Zuschüsse und Fördergelder zu bemühen, ist groß. Hinzu kommt, dass sie in ihrer Vermittlerrolle eine wichtige Funktion einnimmt. In diesem Kontext wird auch aktuell die Neugestaltung des Mainvorlandes vorbereitet. Die Stadt möchte dieses attraktive Gebiet als Anziehungspunkt für die Freizeitgestaltung und auswärtige BesucherInnen stärken, um ihre Außenwirkung zu verbessern.

## 6 Der Planungsdiskurs um die Innenstadtsanierung Rüsselsheim

Zur Analyse des Diskurses um die Planungen der Sanierungsmaßnahmen in Rüsselsheim sollen zunächst einige methodische Grundlegungen vorgenommen werden. Da verschiedene diskurstheoretische Ansätze nebeneinander bestehen, denen ein unterschiedliches Diskursverständnis zugrunde liegt, bedarf es zunächst einer Einordnung. Dieser Arbeit liegt ein post-strukturalistischer Diskursbegriff zugrunde, wie ihn Michel Foucault in der „Archäologie des Wissens“ (Foucault 1981 [1969]) und in „Die Ordnung des Diskurses“ beschreibt (Foucault, 1991 [1972, dt. 1974]). Dieses foucaultsche Diskursverständnis wird auch von Siegfried Jäger (2009) rezipiert, der sich intensiv mit der sogenannten „kritischen Diskursanalyse“ als Methode der empirischen Sozialforschung auseinandergesetzt hat, die auch methodischer Ausgangspunkt dieser Arbeit ist. Jäger (2009) befasst sich in seinem Buch, „Kritische Diskursanalyse – Eine Einführung“ mit der Methode und Methodologie der Diskursanalyse. Das Ziel des Arbeitens mit dieser wissenschaftlichen Methode besteht darin, dass *„(jeweils gültige) Wissen der Diskurse bzw. der Dispositive zu ermitteln, den konkret jeweiligen Zusammenhang von Wissen/Macht zu erkunden und einer Kritik zu unterziehen“* (Jäger 2007: 83), da *„Diskurse als herrschaftslegitimierende und –sichernde Techniken in der bürgerlich-kapitalistischen modernen Industriegesellschaft“* (ebd. nach Link 2007: 84) fungieren. Vor allem ermöglicht sie es, die herrschenden Diskurse zu kritisieren, indem sie analysiert werden, um ihre Brüche, Widersprüche und ihre Auslassungen zu erfassen, sowie auch die Sag- und Machbarkeitsfelder, die durch sie abgesteckt werden, zu ermitteln. Weiter können die Mittel herausgearbeitet werden, mit denen Wahrheiten als Wahrheiten akzeptierbar gemacht werden, also als rational und vernünftig dargestellt werden (ebd.: 85). Die Perspektive der Diskursanalyse bietet die Möglichkeit, Strategien der Stadtentwicklung mittels der Basiskategorie der Macht als ein gesellschaftliches Phänomen zu entschlüsseln (Füller und Marquardt 2009: 83), da der Diskurs gesellschaftliche Machtverhältnisse abbildet und produziert.

Besonders interessant für die Betrachtung einer Innenstadtsanierungsmaßnahme, die sich ja auch baulich materialisieren, ist, wie Anke Strüver (2009: 74ff) es fasst, ein Verständnis, das von einem *„Wechselspiel von Diskursivität und Materialität“* ausgeht, bei dem die diskursive Produktion von Wissen, Macht und Subjektpositionen auch bei der Analyse der Konstruktion von Räumen eine vielversprechende Perspektive darstellt. Sie betont die generellen Erkenntnismöglichkeiten der Diskurstheorie und setzt sie in Bezug zur Anwendung auf die Analyse der Konstruktion von Räumen:

*„Ganz allgemein hat die Foucault'sche Diskurstheorie zunächst die gesellschaftliche Konstruktion und Regulation von Bedeutungszuweisungen, die damit verknüpften Wahrheits- und Wirklichkeitsansprüche sowie die ihnen zugrunde liegenden Machtverhältnisse zum Gegenstand. Für die Humangeographie rückt indessen insbesondere das Zusammenspiel von Macht, Raum und Gesellschaft ins Blickfeld, da die gesellschaftliche und damit machtgeladene Konstruktion von*

*Räumen wichtiger Bestandteil des Sozialen ist und die Bedeutungskonstitution von Räumen unhintergebar mit der von sozialer Wirklichkeit verstrickt ist.*“ (ebd.: 62)

Eine Analyse des Diskurses um die Innenstadtsanierung Rüsselsheim kann insofern Aufschluss darüber geben, wie der Innenstadtraum diskursiv konstruiert wird, welche Bedeutungen ihm zugewiesen und Wirklichkeitsansprüche formuliert werden. Ferner zeichnen sich im Planungsprozess und den dabei vorgenommenen Entwicklungsvorstellung des Raumes, auch die Vorstellung der PlanerInnen bezüglich der Subjekte der Planung und damit die gesellschaftlichen Machtverhältnisse ab, die es zu ergründen und einer kritischen Betrachtung zu unterziehen gilt. Die diskursanalytische Herangehensweise eignet hier sich insbesondere, da Planungen, als Gegenstand der Forschung, als Idee bestehen, über die geschrieben, bzw. gesprochen wird. Es geht um die Betrachtung von Planungen, die materiell (zu einem großen Teil) noch nicht vorhanden sind oder auch nie fertig gestellt sein werden, aber dennoch Aufschluss darüber geben, welche Denk- und Sichtweisen sich in den Entwürfen widerspiegeln. Vor der Darstellung des Analyseverfahrens soll an dieser Stelle auf den Foucaultschen Diskursbegriff und die gesellschaftliche Relevanz der Diskurse im Hinblick auf das Thema und die Fragestellung der Arbeit eingegangen werden.

## **6.1 Der Diskurs – Begriffsfassung**

In der Archäologie des Wissens erarbeitet Foucault (1981 [1969]: 74) einen Begriff des Diskurses, der über ein Verständnis, das selbigen als Sprechen und Sprache fasst, hinausgeht. Er versteht Diskurse vielmehr als Resultat von Praktiken, *„die systematisch die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen“* (ebd.). Diskurse bestehen zwar aus Zeichen, die aber mehr als nur Dinge bezeichnen: Diskurse verwenden Zeichen *„um Ordnung zu stiften, Grenzen des Sagbaren zu errichten und um Objekte des Wissens“* hervorzubringen (Sarasin 2005: 98). So findet Foucault im Diskurs ein Analyseinstrument, das es erlaubt, deutlich zu machen, wie die Objekte des Wissens in einzelnen Diskursfeldern und Wissenschaften erscheinen (ebd.). Strüver paraphrasiert Foucaults Vorstellung von Diskursen *„als institutionalisierte und geregelte Redeweisen“* (Strüver 2009: 64). Sie stellen dabei historisch bestimmte *„Ordnungen des Denkbaren und Sagbaren“* (Foucault 1981 [1969]: 74) dar, wobei der Fokus auf der *„Konstruktion von Wirklichkeit durch Sprache und deren Bedeutungen“* und den *„gesellschaftlich ausdifferenzierten Formen der Wissensproduktion“* liegt (Strüver 2009: 64). Jäger (2007: 86) beschreibt den Diskurs auch als *„Fluß von Wissen“* bzw. *„sozialen Wissensvorräten durch die Zeit“* und stellt dabei heraus, dass er das Bewusstsein formiert und somit Vorgaben für die Subjektbildung und die Strukturierung und Gestaltung von Gesellschaften schafft. Foucaults Verständnis von Diskursen geht über den engeren, unmittelbar sprachlichen Sinn hinaus, da sie die materielle Welt bilden, von der sie sprechen. Belina und Dzudzeck (2009: 130) fassen Diskurs vielmehr als Set von Regeln der Aussagenproduktion, das in einem dialektischen Verhältnis mit den materiellen Grundlagen räumlicher und gesellschaftlicher Produktion und (Re-)Produktion steht und damit zur Aufrechterhaltung hegemonialer gesellschaftlicher und räumlicher Ordnungen beiträgt. So sind Diskurse *„in eine sprachliche Form gegossene ge-*

*gesellschaftliche Praktiken*“ (ebd.: 131), die Machtwirkungen ausüben. Foucault fokussiert in seinen Arbeiten die Wirkungen des Diskurses bezüglich der Machtverhältnisse und dessen Rolle bei gesellschaftlichen Prozessen und Formen der Subjektivierung (vgl. Strüver 2009: 62). So ist die Untersuchung von Diskursen und den sozialen Machtverhältnissen, mit denen sie in einem dialektischen Verhältnis stehen, besonders im Bezug auf die Subjekt- und Gesellschaftskonstitution herauszustellen.

## 6.2 Die gesellschaftliche Relevanz der Diskurse

In dieser Arbeit möchte ich zeigen, dass die Veränderung in der Planungspraxis (siehe Kapitel 4.2 und 4.3) auch in Rüsselsheim zu Tage treten und wie sie sich am Beispiel der Innenstadt-sanierung Rüsselsheim äußern. Insbesondere interessiert mich an dieser Stelle, wie die Subjekte bzw. Adressaten der Planung von den Planungsinstanzen diskursiv konstruiert werden und welches Gesellschaftsbild und Subjektverständnis sich aus diesen Vorstellungen der Planung ableitet, bzw. dieser Planungspraxis zugrunde liegt. Ein weiterer Punkt ist die Rückwirkung dieser Vorstellungen auf das Verständnis des Innenstadtraums, was als Ausdruck gesellschaftlicher Machtkonstellationen zu sehen ist. Der Begriff der Macht ist nicht gleichbedeutend mit dem der Herrschaft. Während Foucault Herrschaftszustände als „kristallisierte Verhältnisse“ fasst, in denen Machtbeziehungen „starr, unbeweglich, blockiert“ sind“ (Lemke 2001), zeichnet sich sein Konzept von Macht insgesamt dadurch aus, dass er Macht zwar als repressiv und destruktiv, aber zugleich auch als produktiv, die Möglichkeit des Widerstandes mit einschließend, betrachtet (Sarasin 2005: 147ff). Macht ist für ihn der „*Name, den man einer komplexen strategischen Situation in einer Gesellschaft gibt.*“ (Foucault 1977: 114) Foucault bestimmt Macht weiter als „*ein Ensemble von Machtmechanismen und Prozeduren (...), deren Rolle oder Funktion und Thema darin besteht, die Macht zu gewährleisten, selbst wenn sie dies nicht erreichen*“ (Foucault 2004a: 14). Das bedeutet auch, dass Macht nicht indisponibel und z.B. auf einen oder mehrere Mächtige fixiert ist. Vielmehr ist sie wesentlich für alle gesellschaftlichen Beziehungen, die immer Machtbeziehungen mit unterschiedlichen Kräfteverhältnissen sind (vgl. Strüver 2009: 67, vgl. Sarasin 2005: 150ff). Machtmechanismen sind intrinsischer Bestandteil von Beziehungen und umkreisen sie als deren Ursache und Wirkung (Foucault 2004: 14).

Auch die Produktion von Wahrheit als gesellschaftlicher Wirklichkeit ist als diskursiv vermittelt und an Machtverhältnisse gekoppelt zu verstehen (vgl. Foucault 1999: 134/135), d.h. dass das was als Wirklichkeit dargestellt wird, auch Produkt von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen ist. Der Diskurs stellt eine eigene Wirklichkeit dar, vielmehr noch wird Wirklichkeit nach der Maßgabe der Diskurse gestaltet und zwar über die dazwischen tretenden Subjekte (Jäger 2009: 146/147). Diesbezüglich ist der Diskurs als regulierende Instanz zu sehen, die Bewusstsein formiert und somit „*Vorgaben für die Subjektbildung und Strukturierung und Gestaltung von Gesellschaften*“ (Jäger 2007: 84) schafft. In der Analyse des Planungsdiskurses wird es so möglich, die diskursive Konstruktion der Adressaten der Planung herauszuarbeiten sowie das daraus resultierende bzw. zugrundeliegende Gesellschaftsbild nachzuvollziehen, um es in Bezug zum Verständnis des Innenstadtraums zu setzen und die

über den Diskurs vermittelte Realität zu analysieren. Es geht mit dieser Fragestellung also um eine Diskursanalyse, wie sie Belina und Dzudzeck (2009: 146) diskutieren, die Gesellschaft analysiert und „*nicht auf der Ebene der Analyse des Textkorpus*“ stehen bleibt, „*sondern nach den je konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen und Kräften*“ fragt, „*die das Feld der Aussagen im jeweiligen Korpus strukturieren*“, d.h. eine Gesellschaftsanalyse, die methodisch als Diskursanalyse vorgenommen wird.

### 6.3 Der Planungsdiskurs um die Innenstadtsanierung Rüsselsheim

In dieser Arbeit geht es um eine Analyse des Diskurses um die Innenstadtsanierung in Rüsselsheim. Dieser Diskurs ist als Spezialdiskurs der Planungsinstanzen zu verstehen – Jäger unterscheidet Spezialdiskurse von Interdiskursen<sup>25</sup>, die zusammen den gesamtgesellschaftlichen Diskurs bilden (Jäger 2009: 159). Der Textkorpus besteht aus der Gesamtheit der Publikationen, also alle Planungsdokumente, wie Gutachten, Pläne, Studien der Stadt Rüsselsheim und der von der Stadt beauftragten Planungsbüros, die mit der Innenstadtsanierung befasst sind, ab dem Zeitpunkt der ersten vorbereitenden Untersuchungen und Gutachten zur Vorbereitung der Anträge zur Planung (1995)<sup>26</sup>. Es geht also um die Analyse des gesamten Spezialdiskurses, was gleichbedeutend mit der Analyse eines Diskursstranges ist, der allerdings im Vergleich zu anderen Diskurssträngen sehr speziell und insofern handhabbar für das Vorhaben einer Diplomarbeit ist. Ein Diskursstrang besteht aus Diskursfragmenten, aus Texten oder Textteilen zu diesem bestimmten Thema (Jäger 2009: 159).

Für die Diskursanalyse spielt auch der „*soziale Ort, von dem aus ‚gesprochen‘ wird*“ (ebd.: 163) bzw. die Diskursebene eine Rolle. Im Falle dieser Arbeit ist das die Verwaltung, genauer das Stadtplanungsamt Rüsselsheim und die Auftragnehmer der Stadt. Allerdings ist von einer starken Koppelung mit dem Politikerdiskurs auszugehen und auch davon, dass beide Diskurse von den Medien aufgenommen als Teil des Mediendiskurses mit unterschiedlich einflussreichen Positionen zur Geltung kommen. In dieser Arbeit kann es aber aus Gründen der Bearbeitbarkeit nur um Analyse des Planungsdiskurses der Planungsinstanzen gehen. An dieser Stelle betont Jäger die Analyse von Diskurspositionen, die ein „*spezifischer politischer Standort einer Person oder eines Mediums*“ (Jäger 2009: 164) sind, und macht die damit einhergehenden Intentionen stark. In dieser Arbeit soll aber im Rekurs auf den theoretischen Rahmen der Gouvernementalitätstheorie nicht die Intentionen verschiedener Diskurspositionen im Vordergrund stehen. Vielmehr wird die kritische Diskursanalyse methodisch verwendet, um zu ermitteln, wie die Planungsinstanzen den Innenstadtraum und die AkteurInnen diskursiv konstruieren, was als nicht-intentionaler Prozess verstanden wird.

---

<sup>25</sup> Der Interdiskurs umfasst nach Jäger (2007) alle nicht-wissenschaftlichen Diskurse.

<sup>26</sup> Also beginnend mit dem Ergebnisbericht „Rahmenplanung Zentraler Bereich Rüsselsheim und Infrastrukturplanung Alzeyer Straße“ (Kornmann, Jacoby und Dinter: 1995).

## 6.4 Das Analyseverfahren

Zur konkreten Durchführung der Diskursanalyse muss zunächst der thematische Bereich eingegrenzt und die diskursive Ebene bestimmt werden (vgl. ebd.). Das ist im vorangegangenen Abschnitt mit dem Thema „Innenstadtsanierung Rüsselsheim“ auf der Ebene der Planungsliteratur geschehen, wobei die zu untersuchende Liste der Publikationen die Herausgaben der Stadt Rüsselsheim zur Innenstadtsanierung umfasst (siehe Abbildung 3, Kapitel 6.5.3). Nach dieser Auswahl müssen die Materialien archiviert werden. Damit sind sie materiell erfasst und können auf ihre Struktur hin analysiert werden. Dazu werden alle Dokumente gesichtet und durchgelesen und auf Themen und Unterthemen untersucht, die in ihrer quantitativen Dichte und qualitativen Bandbreite festgehalten werden (vgl. ebd.). Als Ergebnis erhält man eine Liste der Ober- und Unterthemen, die dann ausgewertet wird (siehe Kapitel 6.5.2). Basierend auf dieser Auswertung werden typische Fragmente, hier Textteile, zur Feinanalyse ausgewählt, da es unmöglich ist, den gesamten Textkorpus einer Feinanalyse zu unterziehen. Dies ist aber auch nicht nötig, da sich die Inhalte verschiedener Textteile wiederholen. Sie spiegeln den Diskurs wider und sind nicht als die Auffassung einzelner Autoren aufzufassen. Es kann zwar zunächst von der Wirkungsabsicht der Autoren die Rede sein, doch dient ihre Erfassung dem Zweck, die Wirkungen des gesamten sozialen Diskurses auszumachen (ebd.: 173). Am Anfang des Verfahrens steht jetzt jedoch zunächst die Analyse der Struktur des Diskurses.

## 6.5 Strukturanalyse

Die im Rahmen der Fragestellung herangezogenen Dokumente lassen sich allgemein als Gutachten, Leitlinien und Rahmenpläne zur Innenstadtsanierung Rüsselsheim beschreiben. Sie haben einen Umfang von ca. 80 bis 140 Seiten und sind damit grundsätzlich ein anderer Literaturtyp, als die zumeist für Analysen des Mediendiskurses herangezogenen Zeitungs- oder Zeitschriftenartikel. Sie sind eine Form von wissenschaftlicher Literatur und repräsentieren die die Stadt planenden Instanzen und bilden den Spezialdiskurs der Stadtplanung ab. Die Institutionen der Stadtplanung sind nicht gleichzusetzen mit dem Stadtplanungsamt. Beteiligt sind vor allem auch die AuftragnehmerInnen der Stadt, wie Planungs- und Architekturbüros, Projektentwicklungsgesellschaften, WissenschaftlerInnen, Marktforschungsunternehmen und externe GutachterInnen, die sich auch verantwortlich für die betrachteten Publikationen bezüglich der Innenstadtentwicklung zeichnen. In diesem Materialkorpus bildet sich das „sagbare“ zur Innenstadtsanierung ab, so dass die Strukturanalyse bereits zeigt, welche inhaltlichen, formalen Schwerpunkte gesetzt sind und welche Vorstellungen vorherrschen (vgl. ebd.). So sollen nun die einzelnen Planungsdokumente vorgestellt werden, um dann die ermittelten Themen, die den Diskursstrang abbilden und zu erläutern. Abschließend wird die Struktur des Diskursstranges zusammengefasst.

### 6.5.1 Kurzbeschreibung der Planungsdokumente

Bei der Betrachtung der einzelnen Dokumente, die den Diskursstrang der Innenstadtsanierung abbilden, fällt auf, dass keines der Dokumente von der Stadt selbst verfasst wurde<sup>27</sup>, sondern immer Planungsbüros als externe Berater mit der Aufgabe, die Berichte und Rahmenpläne zu erstellen, betraut wurden. Der Aufbau der Dokumente variiert nach Schwerpunktsetzung. Es lässt sich aber weitgehend das grobe Aufbauschema: Einleitung, Darstellung der Rahmenbedingungen bzw. historische Stadtentwicklung, Bestandsaufnahme/Mängelanalyse und Zielplanung/Konzepterarbeitung wiederfinden. Die Papiere sind ihrer chronologischen Reihenfolge nach aufgeführt.

#### **Rahmenplanung Zentraler Bereich Rüsselsheim und Infrastrukturplanung Alzeyer Straße. Ergebnisbericht 1995 – Albert Speer & Partner GmbH, 94 S.**

Die „Rahmenplanung Zentraler Bereich“ wird mit vergleichbar viel Fließtext beschrieben, die vorgestellte Bebauungsplanung wird durch Kartendarstellungen illustriert. Fotografische Abbildungen sind nicht enthalten. Das Dokument präsentiert die Planungen zur Arrondierung der Innenstadt<sup>28</sup>. Auslöser des Interesses war das Freiwerden von Flächen der Adam Opel AG, die beplant werden sollten, bzw. beplant worden sind, um sie einer neuen Nutzung zuzuführen. Aus heutiger Sicht, 15 Jahre später, erweist sich deren Freigabe als viel komplizierter als damals angenommen, so dass viele der Planungen noch nicht verwirklicht worden sind und zum Teil aufgeben wurden und zum Teil noch immer zur Diskussion stehen. Auch wird vom Bau des Opel Life Centers<sup>29</sup> ausgegangen, auf den große Hoffnungen gesetzt wurden, da man sich dadurch hohe Besucherzahlen erwartete. Hauptthema ist die städtebauliche Erweiterung der Innenstadt im Umstrukturierungsbereich. Die Aufwertung der Einkaufsfunktion, aber insbesondere die des Images, spielen nur eine untergeordnete Rolle. Insgesamt wirkt das Dokument sprachlich sehr nüchtern und sich seiner Sache sicherer als neuere Planungen. Das Dokument versteht sich als Gutachten an die Stadt und zeichnet sich durch einen sachlichen Stil aus. Es wird mit der Gegenüberstellung von verschiedenen städtebaulichen Szenarien gearbeitet, um dann unter argumentativer Abwägung eine der Alternativen als die bessere zu begründen. Die Planersprache ist so gewählt, dass der Eindruck entsteht, an städtebauliche Problematiken seien noch nicht so viele andere Thematiken gekoppelt.

---

<sup>27</sup> Nur die Rahmenplanung zum Schäfergassenviertel wurde in eigener Arbeit der Stadt Rüsselsheim erstellt. Das Dokument besteht jedoch nur aus dem geänderten Bebauungsplan und enthält keinen Text, weshalb ich es nicht in die Analyse miteinbezogen habe.

<sup>28</sup> Auch der „Bereich Alzeyer Straße“ wird städtebaulich beplant, was aber an dieser Stelle zu vernachlässigen ist, da dieser Bereich als von der Innenstadt abgekoppelt betrachtet wird, d.h. keine Berührungspunkte mit der Fragestellung hat und auch bezüglich der Analyse im Rahmenplan in einem gesonderten Kapitel ausgeführt wird, das hier keine Erwähnung findet.

<sup>29</sup> Das „Opel Lifecenter“ wurde von der Adam Opel AG geplant, als Besucherzentrum mit einem ähnlichen Konzept wie die „Autostadt“ in Wolfsburg, wenn auch kleiner dimensioniert. Diese konzentriert sich hauptsächlich auf die „Erlebnisabholung“, bei der die Neuwagenabholung für den Kunden zu einem Erlebnis inszeniert wird und arbeitet baulich mit den „Autotürmen“, die als Wahrzeichen die Neufahrzeuge beherbergen und damit BesucherInnen in die Stadt bringen (vgl. Pohl 2005, S. 637ff).

**Abschlussbericht Juni 1999 – Freiflächenkonzept Innenstadt Rüsselsheim – Planergruppe HTWW GmbH, 97 S.**

Das Freiflächenkonzept erarbeitet, dem Titel entsprechend, Vorschläge zur Gestaltung der innerstädtischen Freiflächen. Das Konzept besteht im Wesentlichen darin mit Hilfe von Kartendarstellungen Gestaltungsvorschläge zu illustrieren. Ein Großteil des Textes kommt stichpunktartig als knappe Beschreibung der Karten gehalten vor. Auch die weniger vertretenen Fließtexte sind eher kurz gehalten. Beschreibende Texte zu Karten zeigen oft einzelne Punkte des Mangels, bzw. der Verbesserungsmaßnahmen an. Die Kartendarstellungen wirken zu meist skizzenhaft und nicht besonders durchtechnisiert und perfektioniert, teilweise werden einzelne Gegenstände mit Fotos verdeutlicht. Inhaltlich geht es um die Ausarbeitung eines Freiflächenkonzeptes für die Innenstadt Rüsselsheim, dass die "Qualität" des öffentlichen Raumes verbessern soll. Es werden städtebauliche Mängel benannt und deren Lösung in Form von Zielen präsentiert. Hierzu wird zunächst der Bestand aufgenommen, um darauf aufbauend Maßnahmen zu entwickeln. Die Visualisierung mit Kartendarstellungen benennt somit die Verbesserungsbereiche. Es fällt auf, dass die Stadt als Organismus begriffen wird, der idealerweise "zusammenhängend" sein muss. Hauptthema ist die Gestaltung des öffentlichen Raumes, der ausschließlich bezüglich seiner Gestaltung und materiellen Qualitäten thematisiert wird. Er besteht aus Böden, Mobiliar, Beleuchtung, Kunst, Stadteingängen, Plätzen und Straßen. Wichtig für die AutorInnen ist die Lenkung der PassantInnen durch die Gestaltung der Straßen und Platzräume. Trotzdem wird die Konsumtion mit der Ausrichtung der Gestaltung des öffentlichen Raumes auf die Einkaufsfunktion noch nicht so explizit in den Mittelpunkt gestellt, wie in späteren Konzepten. So wird der konsumfreie Aufenthalt in Form eines Erlebnisweges für Kinder explizit angesprochen. Insgesamt ist das Papier sehr umsetzungsorientiert. Zum Teil werden auch Ideen in spätere Konzepte aufgenommen, wenn die Maßnahmen noch nicht ausgeführt wurden. Der Freiflächenplan scheint nicht so wirtschaftsorientiert zu sein, wie spätere Berichte. Die Zielgruppe sind Stadtplanungsamt und andere mit der Planung befasste Instanzen, wie z.B. PolitikerInnen.

**Rüsselsheim. Ein gestalterisches Leitbild für die Fassaden der Innenstadt (2003) – ammon+sturm, 43 S.**

Das Fassadenleitbild hebt sich mit seinem Stil und dem Druck auf hochwertigem Glanzpapier von den anderen Publikationen ab. Es ähnelt einer Werbebroschüre und scheint die neuen, dem Leitbild entsprechenden Fassaden zu bewerben, als würden sie zum Verkauf stehen. Mit ca. 40 Seiten ist der Umfang für ein Heft, das ausschließlich Möglichkeiten der Fassadengestaltung entwickelt, eher großzügig bemessen. Das liegt mitunter daran, dass das Layout viel Platz einnimmt: Themenblöcke sind mit seitengroßen Fotografien abgetrennt. Der Text ist in zueinander versetzt angeordneten Spalten aufgeteilt, welche nicht die komplette Seite, sondern nur Teilbereiche ausfüllen. Die Textabschnitte, die der Erläuterung der Bilder dienen, sind kurz, während der Schwerpunkt eher auf den Bildern liegt. Diese illustrieren, zum Teil auch mit Vorher-Nachher Bildern bzw. auf bearbeiteten Fotos, ausführlich Beispiele der Gestaltung. Dieses Layout suggeriert Exklusivität. Inhaltlich geht es darum ein Leitbild aufzustellen, das bei der Fassadengestaltung berücksichtigt werden sollte. Hier werden Regeln für die Auswahl von Farbe, Material und die bauliche Gliederung von Fassaden aufgestellt, sowie Regeln für die Auswahl von Markisen und Möblierung der Außengastronomie annociert. Am



Ende ist die Werbeflächensatzung in das Dokument integriert worden. Die Innenstadt soll einheitlicher und moderner wirken. Es soll ein gehobenes Ambiente geschaffen werden, das auf eine kaufkräftige Klientel abgestimmt ist. Der Wunsch des Aufstiegs der Innenstadt in ein anderes Segment wird im Layout, wie auch in den Texten deutlich.

Das Heft richtet sich an die EigentümerInnen der innerstädtischen Immobilien und LadenbesitzerInnen, und muss bei ihnen für die Investition in die Bausubstanz werben sowie die Umsetzung der Werbeflächensatzung befördern. Das Heft scheint die Zielgruppe mit Leichtigkeit, elegantem Design und Vorher-Nachher-Animationen von den Maßnahmen überzeugen zu wollen. Diese Überzeugungsarbeit ist auch notwendig, da das Leitbild im Gegensatz zur der Werbeflächensatzung nicht rechtsverbindlich ist. Bei der Betrachtung des Textes fallen die Imperative auf, mit denen EigentümerInnen und LadenbesitzerInnen quasi zu gutem Geschmack erzogen werden sollen. Durch die Verwendung des Imperativs wird die im Leitbild vorgeschlagene Lösung als die einzig mögliche und richtige präsentiert (vgl. Kapitel 6.6.2).

### **Vorbereitende Untersuchungen gemäß §141 Baugesetzbuch für die Sanierung der Innenstadt Rüsselsheim (2004) – Nassauische Heimstätte Stadtentwicklung mbH, 100S.**

Wie der Titel anspricht, ist der Bericht das Resultat der gesetzlich vorgeschriebenen, vorbereitenden Untersuchung zur Sanierung. Insgesamt sind die Ausführungen geprägt von langen Fließtexten – zusätzlich werden Kartendarstellungen und Fotografien zur Illustration verwendet. Das Text-Bild Verhältnis fällt, im Vergleich mit den anderen Dokumenten, viel stärker zum Text aus. Die Bebilderung, die den Ist-Zustand zeigt, ist trotzdem recht umfangreich. Ziel ist es, die Notwendigkeit zur Durchführung der Sanierung, anhand von gesetzlichen Vorgaben zu begründen, durchzuführende Maßnahmen zur Bewilligung von Fördergeldern darzustellen und Sanierungsziele förmlich festzuschreiben. AdressatInnen der Untersuchung sind somit das Bund-Länder-Programm Städtebauförderung, die Stadt Rüsselsheim selbst sowie die beauftragten Planungsbüros, die sich mit der Umsetzung des Papiers beschäftigen. Die Maßnahmen für einzelne Straßenzüge und Plätze, wie auch die Begründung der Maßnahmen durch eine sehr kleinteilige Bestandsaufnahme, die sich über 40 Seiten erstreckt, sind sehr ausführlich dargestellt. Es werden alle bisherigen Studien vorgestellt und die Planungsgeschichte Rüsselsheims aufgegriffen. Auch wird vergleichbar viel aus anderen Dokumenten zitiert, vor allem aus vorherigen Studien, wobei auch Rechtliche Rahmenbedingungen ein Kapitel einnehmen. Die Sprache der vorbereitenden Untersuchung ist insgesamt sehr sachlich und nüchtern.

### **Rahmenplan Innenstadt Rüsselsheim. Januar 2006 – ammon+sturm, 81 S.**

Der Rahmenplan 2006 dient der erneuten Festschreibung der Sanierungsziele und der Maßnahmen zur Innenstadtsanierung. Er hat ein außergewöhnliches Format, Querformat auf Größe DIN A3, und ist, wie das Fassadenkonzept, von dem Planungsbüro ammon+sturm erstellt. Der Rahmenplan enthält viele Bilder und arbeitet mit Vorher-Nachher, bzw. Ist-Soll-Animationen. Auch sind die Inhalte durch viele Pläne visualisiert. Im Gegensatz zur Rahmenplanung von 1995 ist ein weitaus geringerer Textanteil enthalten. Der Text ist in Spalten angeordnet und wirkt damit nicht so mächtig. Teilweise ist der Fließtext durch Auflistung von einzelnen Punkten ersetzt. Die Kapitel sind so gegliedert, dass sie mit thematischen Plänen

der Innenstadt beginnen. Zielgruppe des Dokuments sind vor allem die Stadt und die mit der Planung beauftragten externen Büros. Ferner ist es auch an die Stadtöffentlichkeit adressiert, bzw. auf die AkteurInnengruppen in der Innenstadt fokussiert.

Inhaltlich werden nach einer Einleitung die historische Entwicklung Rüsselsheims sowie die aktuellen Gegebenheiten dargestellt. Der größte Teil (ca. 40 Seiten) befasst sich dann mit der Zielplanung, die aus der Auflistung von Entwicklungszielen und Maßnahmen zu einzelnen Themen besteht. Interessant sind die Vergleiche, bzw. die Städte und Gebäude, die auf den Bildern zum Vergleich herangezogen werden, wie z.B. die „Lyoner Passage“, die als Maßstab für die Rüsselsheimer Innenstadt angesetzt wird. Auffällig ist die Rede von Aktivierung – alle AkteurInnengruppen sollen aktiviert werden. Die Zielplanungen beinhalten Aufgaben, die an bestimmte Gruppen, erstmalig auch Rüsselsheimer BürgerInnen, adressiert sind. Insgesamt ist auch ein veränderter Schreibstil typisch für das Dokument, es wird verstärkt mit Dingen des Gefühls oder des Geschmacks argumentiert, als dass klassischerweise Objektivität über sachliche, nüchterne Sprache oder über den Einsatz von Statistiken erzeugt wird.

**Rüsselsheim 2020 Zielsetzungen und Handlungsanleitungen für eine strategische Stadtentwicklung Rüsselsheims (2006) HA Stadtentwicklungs mbH, R. Hujer und B. Rürup, 143 S.**

Rüsselsheim 2020 wurde im Rahmen des Programms Stadtumbau West geschrieben. Generell ist das Dokument als Fließtext auf DIN A4 gehalten, wobei auf Kartendarstellungen verzichtet wird. Dafür wird mit Fotografien und Statistiken gearbeitet. Die Studie wurde von zwei Wirtschaftswissenschaftlern verfasst und blickt explizit streng wirtschaftsorientiert auf die Stadtentwicklung und auf das Stadtumbauprogramm. Die Entwicklungsziele sind nicht nur der Wirtschaft untergeordnet, sondern bestehen ausschließlich aus wirtschaftlichen Zielen. Die Studie beginnt mit der Darlegung von ökonomischen Entwicklungstrends, die mit statistischer Autorität verifiziert werden, um dann in einen "Stärken und Chancen“, „Risiken und Schwächen“ Teil überzuleiten. Diese werden erst von den Verfassern begutachtet, um sie dann mit ExpertInnenmeinungen zu unterfüttern bzw. zu belegen. Es wird mit der Definitionsmacht der ExpertInnen gearbeitet. Auch das Vokabular beinhaltet viele Worte, wie Bewusstsein, Marketing, Stimmung, Image, also nicht messbare Indikatoren, die sich damit aber von den Statistiken am Anfang des Berichts abheben. Im Bericht werden viele Zielgruppen angesprochen – allen voran die Wirtschaftsförderung. Dennoch wird deutlich, dass alle Gruppen als AkteurInnen und Zielgruppen eingebunden und aktiviert werden sollen, wie es auch im Rahmenplan 2006 festgeschrieben wird, wo der Fokus allerdings weitaus weniger auf die wirtschaftlichen AkteurInnen gerichtet ist. Intention ist es, Rüsselsheim zu einer prosperierenden Stadt zu machen. Mit dem umfangreichen und detaillierten Maßnahmenkatalog wird suggeriert, dass bei einer Anstrengung aller angesprochenen AkteurInnen dies auch ohne weiteres möglich sei<sup>30</sup>. Der Hauptteil der Studie besteht aus Handlungsschwerpunkten, Aufgabenfeldern und Maßnahmen, die an bestimmte AkteurInnen und Zielgruppen adressiert sind. Alles ist auf den wirtschaftlichen Erfolg ausgerichtet, Zielgruppen, wie z.B. BewohnerInnen

---

<sup>30</sup> vgl. für eine Kritik der Studie Rüsselsheim 2020: Rüsselsheim als selbstbewusste und demokratische Stadt - Eine Alternative zu „Rüsselsheim 2020“ (Rügemer 2006).

oder BürgerInnen werden als Kaufkraftfaktoren und Wirtschaftseinheiten verhandelt. Strukturelle Probleme, wie die Opelkrise oder der Fluglärm, werden als Imageproblem verhandelt bzw. sollen als Imageproblem gelöst werden. Rüsselsheim 2020 ist ein umfassendes Strategiepapier für die Stadtentwicklung, für diese Arbeit sind allerdings nur die Ausführungen zur Innenstadt relevant.

### Weitere Dokumente

Unter diesem Punkt sind die Publikationen zusammengefasst, die ich im Rahmen der Strukturanalyse in die Betrachtung miteinbezogen habe, die aber aus unterschiedlichen Gründen in die weitere Analyse nicht näher einfließen. So werden die „Rahmenplanung Schäfergassenviertel“ und die Planungen für den Bahnhofsvorplatz deshalb nicht weiter einbezogen, da die Dokumente reine Pläne ohne Textanteil und damit der Fragestellung und Methode nicht zugänglich sind. Die Analysen der GMA (Gesellschaft für Markt und Absatzforschung mbH) „*Die Stadt Rüsselsheim als Einzelhandelsstandort unter besonderer Berücksichtigung der Innenstadt – Berichtsband*“ (Sobotta und Berger 2003) und die der GfK (GfKGeomarketing GmbH) „*Einkaufszentrum ‚Opel Forum‘, Rüsselsheim – Wirkungsanalyse*“ (Bojes und Radke 2008) beschäftigen sich beide mit Entwicklungsprognosen für den Einzelhandel. Der Notwendigkeit der Beschränkung auf die Innenstadtsanierung folgend, sollen sie nicht weiter ausgeführt werden, sind aber als Grundlagendokumente in die Sanierungspläne mit einbezogen worden. Zuletzt sind hier noch die Handlungsanweisungen des Programms Stadtumbau West zu nennen, ein Programm, welches die Stadt Rüsselsheim parallel zur Innenstadtsanierung durchführt. Diese Publikation ist als Grundlagendokument des Bundes zu verstehen, auf welches die Studie Rüsselsheim 2020 aufbaut, weshalb eine genauere Analyse im Rahmen dieser Arbeit nicht notwendig ist. Hier spiegelt sich nicht der Rüsselsheimer Planungsdiskurs wider, sondern der übergeordnete allgemeine Stadtplanungsdiskurs. Im nächsten Abschnitt sollen nun die ermittelten Themen des Sanierungsdiskurses vorgestellt werden.

### 6.5.2 Die Ober- und Unterthemen

Bei der Analyse des Materialkorpus bezüglich seiner Struktur zeigt sich, wie zu erwarten, dass bereits nach den ersten Publikationen bzw. schon nach dem ersten untersuchten Dokument nur noch wenige neue Themen auftauchen<sup>31</sup>. Zu beobachten ist, dass eher die Schwerpunktsetzung in den einzelnen Schriften variiert oder Themen unterschiedlich verhandelt werden. Die ermittelten Oberthemen sind: Aufwertung durch Gestaltung, Funktionen der Innenstadt, Stadtentwicklung Rüsselsheims, AkteurInnen und Rahmenplan/ Entwicklungskonzept<sup>32</sup>. Diese Themen sind in Bezug auf die Innenstadtsanierung nicht weiter verwunderlich, da es sich um umfassende Planungskonzepte handelt, die die Innenstadt aus einer stadtplanerischen bzw. stadtentwicklerischen Perspektive beleuchten. Die Themenliste, die dazu abge-

---

<sup>31</sup> vgl. Jäger, 2007, S.192

<sup>32</sup> Die Rüsselsheim 2020 Studie führt als Oberthema noch die wirtschaftliche Entwicklung in Form von allgemeinen Trends ein, im Gegensatz zu den anderen Studien, wo Wirtschaft unter dem Oberthema Rüsselsheim, als Rüsselsheimer Wirtschaftsentwicklung thematisiert wird.

deckt werden muss, ist institutionalisiert, bei manchen der Dokumente auch gesetzlich vorgeschrieben<sup>33</sup>. Aussagekräftig ist aber die Interpretation der Ausführlichkeit, der behandelten Themen und gerade auch das Nicht-Aufgreifen von Themen. Die Oberthemen sollen im Folgenden unter Berücksichtigung der Unterthemen vorgestellt werden und dann zusammenfassend näher auf ihre Bedeutung hin analysiert werden. In Abbildung 2 (siehe S.52) sind die Ober- und die dazugehörigen Unterthemen aufgeführt. Die Abbildung gibt auch Aufschluss über die Häufigkeiten der Erwähnung der Themen.

Hier unterscheidet sich das Vorgehen, ob der Länge der Berichte, von der Arbeit mit Zeitungsartikeln. Bei der Strukturanalyse muss die Intensität, in der ein Thema behandelt wurde mit einfließen, d.h. die Texte wurden nach Quantität der Erwähnung und qualitativer Ausführung der Themen beurteilt. Die Themen wurden in einer Exceltabelle aufgetragen und unter zu Hilfenahme eines Zahlencodes wurde Quantität und Qualität der Erwähnung vermerkt, um hier Vergleiche ziehen zu können. In der Tabelle sind die Oberthemen und die Unterthemen nach steigender Priorität gelistet, wobei sich Bewertung der Unterthemen in die drei farblich abgesetzten Kategorien hohe Priorität, mittlere Priorität und weniger starke Priorität aufteilen<sup>34</sup>.

### **Aufwertung und Neugestaltung**

Wichtigster Gegenstand des Themenkomplexes sind Konzepte für die Aufwertung und Neugestaltung des Innenstadtraumes. Das momentane Erscheinungsbild des Innenstadtraums wird behandelt, was aber eher implizit mitschwingt oder über Bilder veranschaulicht wird. Explizit taucht es eher in Publikationen neueren Ursprungs auf (vgl. Ammon und Sturm 2003, 2006, Hujer und Rührup 2006). Auffällig ist an dieser Stelle, dass die Aufwertungsmaßnahmen durchweg mit der Notwendigkeit der Stärkung der Einzelhandelsfunktion der Innenstadt begründet werden. Dieses wirtschaftliche Ziel soll mit städtebaulichen Maßnahmen erreicht werden, worauf ich im weiteren Verlauf der Arbeit noch eingehen möchte. Als Gegenstände der Aufwertung und Neugestaltung tauchen die Motive des öffentlichen Raumes, der Straßen, der Plätze und der Fassaden auf. Am Rande geht es auch um das Stadtmobiliar und um die privaten Freiflächen, die im Freiflächenkonzept ausführlich behandelt werden (Hytrek et al. 1999). Das Image als Gegenstand der Aufwertung wird schon in der ersten betrachteten Studie im Jahr 1995 aufgegriffen (Kornmann, Jacoby und Dinter 1995: 22/23, Nassauische Heimstätte 2004: 29ff) und wird in der Tendenz in den neueren Studien ausführlicher behandelt (vgl. Hujer und Rührup 2006: 6/7, 47ff, 71ff und 100ff). Diesbezüglich ist die Rede vom zu forcierenden Wandel des Images von der „Automobil- und Arbeiterstadt“ hin zum „Forschungs-, Entwicklungs- und Dienstleistungsstandort“ (Ammon und Sturm 2006: 5, Kornmann, Jacoby und Dinter 1995: 22). In einer Publikation, dem Fassadenleitbild, wird ausschließlich die Gestaltung der Fassaden behandelt, es wird ein Leitbild entworfen, an dem

---

<sup>33</sup> Wie zum Beispiel die „Vorbereitenden Untersuchungen gemäß §141 Baugesetzbuch für die Sanierung Innenstadt Rüsselsheim“. Hier regelt das Baugesetzbuch recht detailliert, was in diesem Dokument enthalten sein muss.

<sup>34</sup> Eine noch detailliertere Darstellung der Kategorien wäre nicht sinnvoll gewesen, da durch das unterschiedliche Layout, Schriftgröße und Bebilderung, die Bewertung von Quantität und Qualität ohnehin erschwert und die vorgenommene Einteilung für die methodische Ausrichtung der Arbeit zweckmäßig ist.

Eigentümer sich bei der Erneuerung ihrer Immobilien im Sanierungsgebiet orientieren sollen (Ammon und Sturm, 2003). Insgesamt werden Aufwertungsmaßnahmen in der Innenstadt in Bezug zur wirtschaftlichen Prosperität der Gesamtstadt gesetzt und damit als Problemlösungsstrategie zur Wiederherstellung selbiger als absolute Notwendigkeit präsentiert.

### **Funktionen der Innenstadt**

Die Funktionen der Innenstadt sind durchweg ein wichtiges Thema, dass sich in die Unterthemen Einkaufen, Wohnen, Erreichbarkeit/Verkehr, Kultur, Veranstaltungen und Arbeiten aufgliedert. Hierbei ist eine klare Hierarchie der Themen feststellbar. Am Häufigsten und Ausführlichsten wird die Einkaufs- oder Einzelhandelsfunktion thematisiert, mit einem größeren Abstand gefolgt von der Frage des Wohnens in der Innenstadt. Ein wichtiger Punkt ist auch die Angelegenheit des Verkehrs bzw. der Erreichbarkeit der Innenstadt. Vor allem das Thema Einzelhandel füllt in den Publikationen zumeist eigene Kapitel oder ist das Thema, das am häufigsten mit anderen Inhalten verknüpft auftaucht. So ist die Einzelhandelsfunktion die wichtigste Funktion, die der Innenstadt zugeordnet wird und der die anderen Funktionen untergeordnet werden (vgl. u.a. Sobotta und Berger, 2003, Bojes und Radke, 2008)<sup>35</sup>. Zusätzlich wird die Funktionsfähigkeit der Innenstadt an einer funktionsfähigen Einzelhandelsstruktur bemessen. Als Ort von Veranstaltungen, kulturellen Angeboten und als Arbeitsplatz wird die Innenstadt weniger häufig und wenig ausführlich thematisiert.

### **Entwicklung Rüsselsheims**

Unter dem Oberthema Rüsselsheim werden die Unterthemen Städtebau, Bevölkerung, Wirtschaft, historische Stadtentwicklung und Gebietscharaktere verhandelt. Hierbei sind Städtebau und Planungsrecht die Themen, die in fast allen Publikationen angesprochen werden. Bezüglich des Städtebaus wird die Innenstadt häufig als baulich missgestaltet, die umliegenden Wohngebiete aber als Aufwertungsgebiete mit großem Potenzial betrachtet. Die Motive Wirtschaft, historische Stadtentwicklung und Bevölkerungsstruktur tauchen in den meisten Publikationen auf, während die Gebietscharaktere nur in einer Schrift, dem Rahmenplan 2006 (Ammon und Sturm, 2006: 66ff), explizit auftauchen.

### **AkteurInnen**

Bei dem Thema der AkteurInnen fällt auf, dass diese erst in der Literatur nach 1999 zum Thema werden, was für keinen anderen Themenkomplex so zutreffend ist. Auch hier lassen sich Unterschiede in Häufigkeit und Intensität der Ausführung feststellen. Am meisten benannte AkteurInnengruppen sind städtische Institutionen, EinzelhändlerInnen und EigentümerInnen der Immobilien. Danach folgen KundInnen und DienstleisterInnen sowie, die weniger häufig angesprochenen AkteurInnen, wie BürgerInnen, MieterInnen und PächterInnen und MultiplikatorInnen. Auch die Gruppe der MigrantInnen wird angesprochen, jedoch weniger als agierende Gruppe. Besonders der Rahmenplan 2006 und die Studie Rüsselsheim 2020 umfassen weitläufige Kapitel, die ihren Hauptfokus auf Handlungsanweisungen an AkteurIn-

---

<sup>35</sup> Neben der ausführlichen Thematisierung der Einzelhandelsfunktion wird auch in den Gutachten zum Einzelhandelsstandort Rüsselsheim deutlich

nen legen und diese differenzierter betrachten und auch mehrere verschiedene AkteurInnengruppen zur Verantwortung ziehen (Ammon und Sturm, 2006: 40ff, Hujer und Rührup, 2006: 50ff). Auch im Fassadenleitbild wird der Bezug auf zu aktivierende Gruppen deutlich (Ammon und Sturm, 2003).

### Rahmenplan/Entwicklungskonzept

Unter der Überschrift Rahmenplan/Entwicklungskonzept ordnen sich die Gegenstandsbereiche Verfahren, Planungsrecht, Sozialplan und Finanzierung an. In allen Veröffentlichungen finden sich Erläuterungen zum jeweiligen Plan oder Konzept als Oberthema. In wenigen Papieren wird dieses Oberthema untergliedert, wobei die Ausführungen zu diesem Thema sehr stark abhängig vom formalen Grad der Publikation, d.h. von den zum Teil gesetzlichen Anforderungen an das Dokument, sind.

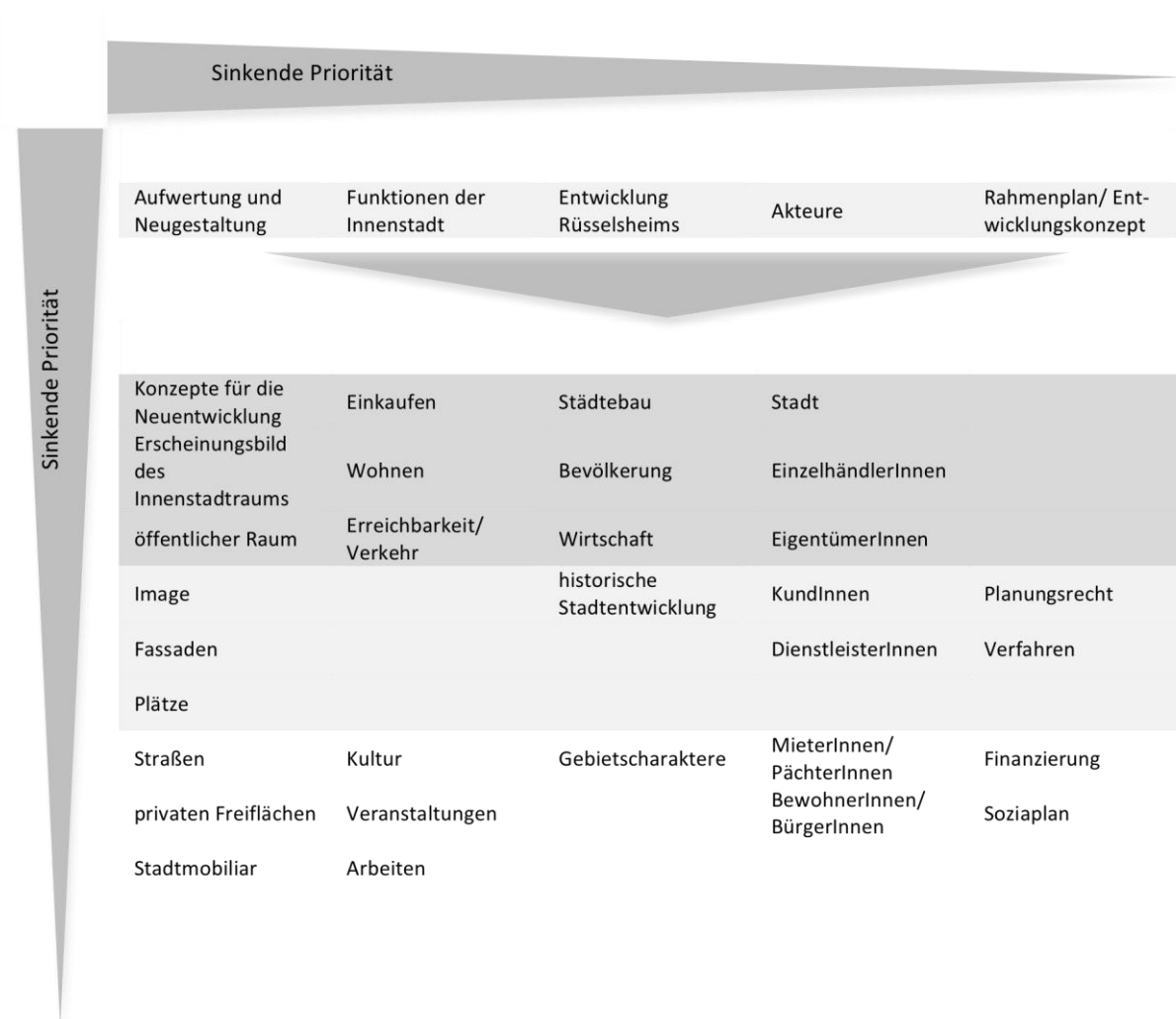


Abbildung 2: Ober- und Unterthemen des Planungsdiskurses (eigene Darstellung)

### 6.5.3 Zusammenfassende Einschätzung der Struktur des Planungsdiskurses

In diesem Abschnitt möchte ich einen zusammenfassenden Überblick darüber geben, wie der Diskurs um die Innenstadtsanierung Rüsselsheim beschaffen ist und welche Bedeutung die angesprochenen Ober- und Unterthemen sowie ihre Verteilung für die weitere Analyse haben. Neben den Themen sind insbesondere die unterschiedlichen Charakteristika der Argumentation, Gestalt und Wortwahl der einzelnen Publikationen interessant. Dazu sind in Abbildung 3 zur Erleichterung des Verständnisses nochmals die Papiere mit Kurztitel an einem Zeitstrahl aufgetragen. Die unter dem Strahl angeordneten Titel sind die für die weitere Analyse relevanten Dokumente, während die oberen, blasser dargestellten Titel der Vollständigkeit halber aufgeführt sind, da sie zur Struktur des Diskurses zugehörig sind, aber aus unterschiedlichen Gründen nicht in die Textanalyse aufgenommen wurden<sup>36</sup>.



Abbildung 3: Zeitliche Einordnung der Planungsdokumente (eigene Darstellung)

Das diskursive Ereignis, dass 1995 den Impuls zur Beauftragung der Rahmenplanung zentraler Bereiche gibt, ist das Freiwerden von Opelflächen in einem größeren Umfang, die auch in Verbindung mit den Umstrukturierungen bei Opel stehen. Zu diesem Zeitpunkt, wie auch noch im Freiflächenkonzept von 1999, wurde von der Errichtung des „Opel Lifecenters“<sup>37</sup> ausgegangen. In dessen Bau wurden von Seiten der Stadt große Hoffnungen gesetzt, da es ein Anziehungspunkt für TouristInnen und BesucherInnen sein sollte. Fertig gestellt wurde es aber nie und taucht in den darauffolgenden Veröffentlichungen nicht mehr auf. Die Auswahl der Themen des Plans von 1995 deckt sich mit späteren Papieren, jedoch liegt dem ein Argumentationsstil zugrunde, von dem sich spätere Papiere abheben. Die Auswahl der Sprache ist sachlich und nüchtern, Argumentationen sind als objektiv nachvollziehbar dargestellt, so wie es von einem städtischen Dokument erwartet wird. Wird 1995 noch

<sup>36</sup> Im Fall der Rahmenpläne Schäfergassenviertel und Bahnhofsvorplatz, da diese reine Pläne sind und keine Textkomponente enthalten. Im Falle der Einzelhandelsanalysen, da diese als thematische Gutachten in die Dokumente mit stadtplanerischem Schwerpunkt mit einfließen und selbst nicht als Planungsliteratur zu bewerten sind.

<sup>37</sup> Für Informationen zum „Opel Lifecenter“ siehe Fußnote Nr. 29.

viel mit Zahlen gearbeitet, ist bei der Rahmenplanung 2006 ein Schwerpunkt auf ästhetischen Begründungen zu erkennen. Das 2003 erschienene Fassadenleitbild und die zweite Rahmenplanung von 2006 sind Dokumente, deren Argumentationsmuster sich deutlich von den anderen abheben und den Erwartungen an eine objektivierende Planungssprache widersprechen. Aussagen werden nicht mit statistischen Werten oder Zitaten belegt, sprachlich fallen Imperative und eine große Zahl von Metaphern auf. Im Planungsdiskurs werden ästhetische Begründungsmuster, die „guten Geschmack“ als Handlungsmaxime setzen, möglich.

Der gesamte Diskurs basiert auf der Konzeption der Wiederherstellung einer prosperierenden Innenstadt, wobei auf der attestierten Funktionsschwäche der Innenstadt die Aufnahme des Programms zur Städtebauförderung Sanierung basiert. Dazu gilt es als übergeordnetes Ziel, einen florierenden Einzelhandel zu befördern, was zugleich als Begründung über allen vorgeschlagenen Maßnahmen der Aufwertung und Umgestaltung steht. Es geht darum, Kaufkraftabflüsse zu minimieren, was durch die Attraktivitätssteigerung der Innenstadt erreicht werden soll. So soll der öffentliche Raum ein neues Erscheinungsbild erhalten, um diesen Ansprüchen entsprechen zu können. Der Einzelhandel und die Gestaltung des öffentlichen Raumes bilden somit die Hauptgegenstände der Verhandlung bei der Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit der Innenstadt. Die Gestaltung oder vielmehr ästhetische Inszenierung ist dabei ein Mittel zur Regenerierung des Einzelhandels. Die Herstellung einer intakten Innenstadt ist auch mit dem Thema des Images verbunden. Nicht nur der Stadtraum, auch das Image wird als Gegenstand der Aufwertung verhandelt. Dabei kommt der Innenstadt allerdings eine Führenfunktion zu, da dieser Raum als Indikatorraum für ein positives Image behandelt wird.

Große Planungsinhalte von 1995 sind zu einem großen Anteil nicht ausgeführt worden (z.B. Teile der Arrondierung im Süden, die Umnutzung des Opelaltwerks) und auch 1999 vorgeschlagene Maßnahmen sind nicht umgesetzt worden. Sind diese ersten Studien geprägt durch die Konzeption umfassender Projekte, ist inhaltlich eine Verschiebung von den „großräumigen Maßnahmen“ zu den „kleinteiligen Maßnahmen“ festzustellen. Bei diesen „kleinteiligen“ Maßnahmen geht es um die Sanierung einzelner Fassaden, um die Begrünung von Höfen, um die Auslobung von Gartenwettbewerben und Ähnlichem (vgl. Ammon und Sturm 2006). Dabei ist die Thematisierung bzw. auch Ansprache der Akteure, wie bereits erwähnt, sehr wichtig und fällt mit dem Wandel der Argumentationsmuster zusammen. Sind die Pläne von 1995 und 1999 weder an Gruppen bzw. einzelne AkteurInnen adressiert, noch finden diese auf andere Art Erwähnung, gestaltet sich das im Fassadenkonzept grundlegend anders. Das liegt auch an der Intention, die privaten EigentümerInnen zur Investition zu animieren. Im zeitlich darauffolgenden Abschlussbericht werden Gruppen wegen der gesetzmäßig vorgeschriebenen Beteiligung erwähnt. In den beiden Studien von 2006 hingegen hat sich der Umgang mit den Gruppen völlig gewandelt: Es werden jeweils detaillierte Maßnahmenkataloge ausgearbeitet, die auch die zur Kooperation oder zur Aktivierung bestimmten AkteurInnen auflistet. Das Fassadenleitbild ist insofern für die Feinanalyse im Hinblick auf die Fragestellung dieser Arbeit wichtig, da hier die ImmobilieneigentümerInnen und LadeninhaberInnen als AkteurInnengruppe angesprochen werden. Textteile aus den Dokumenten von 2003 und 2006 sind insofern als typische Fragmente für die genauere Untersuchung interessant, da sich eine Veränderung abzeichnet, die für die Betrachtung der festgestellten Wandlung repräsentativ ist.



## 6.6 Feinanalyse

Nach der Erfassung der Struktur des Planungsdiskurses kann nun die Feinanalyse ausgewählter Diskursfragmente beginnen. Zur Auswahl der Fragmente für die Feinanalyse sind die thematischen Schwerpunkte der jeweiligen Publikation im Bezug auf die Innenstadtsanierung sowie der Berichtstil, die formalen Besonderheiten und der quantitative Umfang zu berücksichtigen (vgl. Jäger 2009: 193)<sup>38</sup>. Nach Jäger (2009: 188ff) gilt es typische Fragmente für die angesprochenen Themen herauszufinden sowie, falls es Unterschiede oder einen Wandel in der Verhandlung bestimmter Themen gibt, typische Fragmente für diesen Wandel herauszunehmen. Zudem folgt die Auswahl der in der Feinanalyse zu bearbeitenden Fragmente der Frage der Häufung bestimmter Themen. In der Strukturanalyse wurden Themen und deren Verhandlung in den einzelnen Publikationen näher beleuchtet und bilden die Basis für die Auswahl der Fragmente. Die Feinanalyse soll sich der Bedeutung der Gestaltung des Innenstadtraumes und den Rollen, die den Akteuren zugeordnet werden, widmen. Die beiden im Folgenden zu analysierenden Fragmente (Kapitel 6.6.1 und 6.6.2) bilden auch im Hinblick auf die Fragestellung der Arbeit zentrale Stellen des Diskurses ab, indem sie repräsentativ für den ausgemachten Wandel des Diskurses stehen: In beiden Fragmenten wird der Wechsel hinsichtlich des sprachlichen und gestalterischen Stils deutlich. Beispielhaft stehen die beiden Textteile auch für den Wechsel bezüglich der Ansprache der AkteurInnen und der Inhalte der besprochenen Maßnahmen. Zudem werden die Themen der Images und Funktion des Innenstadtraumes exemplarisch, für den gesamten Diskurs stehend, aufgegriffen, was in den beiden Folgenden Kapiteln deutlich werden soll.

Jäger (2009: 173) führt die Analyseschritte für die Feinanalyse detailliert auf, weist aber darauf hin, dass diese immer auf das Material hin zu entwickeln sind. Die Durchführung der Feinanalyse ist kein standardisiertes Verfahren, sie ist auf den jeweiligen Untersuchungsgegenstand und die Textart abzustimmen, d.h. das Material ist auf seine Besonderheiten zu überprüfen (ebd.: 172). Die gewählten Fragmente müssen somit repräsentativ für den Diskursstrang sein und werden zunächst technisch aufbereitet<sup>39</sup>. Dann beginnt die Feinanalyse in vier Schritten, die für jedes Textfragment vollzogen werden und hier als grober Leitfaden nochmals zusammengefasst sind (Jäger 2009: 175ff) :

- Erstens wird der institutionelle Rahmen festgestellt, der weitgehend mit der Bestimmung der AutorInnenschaft, Textsorte, Zielgruppe und eventuell auch der technischen Qualität oder relevanter Ereignisse einhergeht.
- Zweitens wird die Textoberfläche betrachtet. Dazu werden die graphische Form, z.B. Gestaltung, Anordnung des Textes, Bebilderung und ähnliches gesichtet, aber auch der Aufbau des Textes in Ober- und Unterthemen sowie die argumentative Struktur analysiert.

---

<sup>38</sup> Jäger weist an dieser Stelle noch auf die Berücksichtigung der Diskursposition der Zeitung hin, da er sich auf Artikel bezieht. In dieser Arbeit spiegeln die analysierten Dokumente ohnehin eine Diskursposition wider, die der Stadtplanendeninstanzen. Zudem werden nicht Artikel, von denen Jäger spricht, ausgewählt, sondern Textteile der Studien.

<sup>39</sup> die technische Aufbereitung besteht in der Nummerierung der Zeilen etc.

- Drittens sind die sprachlich-rhetorischen Mittel zu beachten. Hier geht es darum, sich die Sprachhandlung und deren Funktion sehr genau in den Blick zu nehmen. Jäger nennt hier eine Reihe von zu beachtenden Elementen (Jäger 2009: 179-184). Für diese Arbeit sei schon vorweggenommen, dass Metaphern und Implikate sowie die Konjugation der Verben in den Mittelpunkt rücken.
- Viertens gilt es, das dem Diskurs zugrundeliegende Gesellschaftsverständnis, allgemeine Menschenbild sowie Normalitäts- und Wahrheitsvorstellungen herauszuarbeiten.

Bei der Interpretation werden diese vier Schritte der Materialaufbereitung dann aufeinander bezogen. In der nachfolgenden Analyse des ersten Fragments wird die Verfahrensweise bezüglich dieser Arbeit deutlich werden.

## 6.6.1 Fragment 1

### Ausgangssituation

- Die Stadt Rüsselsheim liegt in zentraler Lage innerhalb des Städtedreiecks Frankfurt am Main, Mainz / Wiesbaden und Darmstadt. Die Stadt ist sehr gut an das überregionale
- 5 Autobahnnetz angeschlossen und verfügt über ein gut funktionierendes Erschließungssystem aus Bundes- und Landesstraßen. Durch die im 15- bzw. 30- Minuten Takt verkehrende S-Bahn Linie Frankfurt- Mainz- Wiesbaden ist die Stadt gut in das Nahverkehrsnetz des Rhein - Main
- 10 Verkehrsverbundes eingebunden.
- Vor allem aufgrund des Arbeitsplatzangebotes und der schulischen Einrichtungen erfüllt die Stadt entsprechend der Zielsetzungen der Landes- und Regionalplanung die Funktion
- 15 eines Mittelzentrums mit Teilfunktionen eines Oberzentrums. Bedingt durch das umfangreiche Arbeitsplatzangebot ist die Stadt Einpendlergemeinde.
- Die Entwicklung und Wahrnehmung der Stadt wird bis heute wesentlich durch die Adam Opel AG bestimmt Trotz der umfangreichen Umstrukturierungen in der Produktion, die zu einer immer geringeren Anzahl der gering qualifizierten Arbeitskräfte und zu einem Ausbau der Entwicklung und
- 20 Forschung geführt hat, gilt Rüsselsheim in der Außenwahrnehmung noch als 'klassische' Automobil- und Arbeiterstadt. Die durch umfangreiche Gewerbeansiedlungen inzwischen große Anzahl von Arbeitsplätzen außerhalb der Adam Opel AG und die bedeutende qualitative Verbesserung des Arbeitsplatzangebotes werden noch nicht entsprechend
- 25 den realen Gegebenheiten wahrgenommen.
- Bedingt durch die ehemals hohe Nachfrage der Adam Opel AG nach gering qualifizierten Arbeitskräften und das große Angebot an attraktiven und preiswerten Mietwohnungen ist der Anteil
- 30 an Bewohnern mit Migrationshintergrund in der Gesamtstadt relativ hoch (ca. 25%).
- Für die Entwicklung der Innenstadt stellen sich die gesamtstädtischen Rahmenbedingungen wie folgt dar:
- 40 - Die Lage im Städtedreieck Mainz / Wiesbaden, Frankfurt und Darmstadt und die hervorragende Verkehrsanbindung der Stadt sorgen für eine gute Erreichbarkeit der benachbarten attraktiven
- 45 Stadtzentren und der in der unmittelbaren Umgebung vorhandenen Einzelhandelsstandorte auf der „grünen Wiese“. Die Innenstadt befindet sich in einer erheblichen Konkurrenzsituation.
- 50 - Das direkt an die Innenstadt angrenzende, nicht angemessen genutzte Opel Altwerk, die in großen Teilen sanierungsbedürftige und "billig" wirkende Architektur der Innenstadt und das hier vorhandene Warenangebot stützen das Image der eher
- 55 ärmlichen "Auto- und Arbeiterstadt". Die in der ökonomischen Realität bereits vorhandene Transformation von einer Stadt der Fließbänder zu einer Stadt der Dienstleistung und Forschung bleibt gerade in der Innenstadt als dem Identifikationskern der Stadt unsichtbar.
- 60 - Der hohe Anteil der Händler und Passanten mit Migrationshintergrund wird von vielen Rüsselsheimer Bürgern als quasi symbolische Besetzung der Stadtmitte empfunden. Für auswärtige Besucher der Stadt wirkt die deutliche Präsenz ausländischer Mitbürger als Bestätigung des 'Arbeiterstadtimages'.
- 65 Insgesamt kommt der Innenstadt bei der für eine nachhaltige Entwicklung unverzichtbaren Profilierung der Gesamtstadt eine Schlüsselrolle zu. Die Innenstadt ist der Identifikationskern der Gesamtstadt. Sie ist der Ort, mit dem
- 70 sich möglichst viele Rüsselsheimer identifizieren können müssen, und der die Außenwahrnehmung der Stadt entscheidend prägt.

*Fragment 1: Ammon/Sturm, 2006, S.5 - Rahmenplan Innenstadt Rüsselsheim.*

### Platzierung und Gestaltung

Bei der Textstelle handelt es sich um die Einleitung des Dokumentes „Rahmenplan 2006“. Die Einleitung umfasst eine Seite, deren Text auf zwei Spalten aufgeteilt ist, wobei die Aufteilung des Textes hier die Aufteilung im Originaldokument wiedergibt, selbiges gilt auch für die Textzeilen. Der Text ist auf DIN A3 im Querformat gedruckt und nimmt die Mitte sowie die linke Seitenhälfte ein. Der Abschnitt trägt die Überschrift „Ausgangssituation“, was darauf verweist, dass im Abschnitt eine Situation geschildert wird, von der im Augenblick ausgegangen wird, die aber verändert werden soll. Auf dem rechten Drittel der Seite zeigen zwei Fotografien, ohne Titel oder Bildunterschrift, Ansichten von Rüsselsheim. Sie bilden ein historisches Gebäude am Marktplatz, in dem eine Bankfiliale untergebracht ist, und eine Fassadenansicht des Opelaltwerkes mit dem Opelhauptportal ab. Beide Bilder zeigen damit traditionelle, alte Bausubstanz, die in Rüsselsheim als knapp gehandelt und auf die sich im Allgemeinen positiv bezogen wird. Gerade diese beiden Gebäude gelten als besonders wertvoll für

die Innenstadt, da oft ein Mangel an repräsentativer, traditioneller Altbausubstanz beklagt wird.

### **Gliederung und Komposition**

Anhand der eingeteilten Absätze lässt sich das Dokument in verschiedene Themenblöcke gliedern. Zu Beginn des Fragmentes werden die harten Standortfaktoren thematisiert und positiv herausgestellt. Im nächsten Abschnitt geht es um die hierarchische Einordnung Rüsselsheims in das Städtesystem, um die „Entwicklung der Wahrnehmung der Stadt“ aufzugreifen, welche in Bezug zur wirtschaftlichen Entwicklung gesetzt wird. Diese ersten drei Abschnitte sind aus den „Vorbereitenden Untersuchungen zur Innenstadtsanierung“ (Nassauische Heimstätte 2004: 1). übernommen worden, jedoch mit kleineren Veränderungen und Auslassungen in den beiden ersten Absätzen. Schon der dritte Abschnitt ist bereits stark verändert und bildet eine Art Übergang zu dem vierten Abschnitt, wo die neu verfassten Passagen beginnen.

Diese sind durch eine Veränderung des Stils sowie der angesprochenen Thematiken gekennzeichnet. Der darauffolgende Abschnitt (Z.31) besteht aus nur einem Satz, der den Anteil an BewohnerInnen mit Migrationshintergrund herausstellt und begründet. In den nächsten vier Absätzen in der zweiten Spalte des Textes geht es um die Innenstadt. In den ersten drei Abschnitten werden stichpunktartig die „gesamtstädtischen Rahmenbedingungen“ für die Innenstadtentwicklung dargestellt. Zuerst geht es um die Konkurrenzsituation mit benachbarten Stadtzentren, dann um die Wahrnehmung der Innenstadt, bezüglich ihrer Architektur und ihres Images und in einem letzten Abschnitt um die Präsenz von HändlerInnen und PassantInnen mit Migrationshintergrund. Im allerletzten Absatz wird die „Schlüsselrolle“ der Innenstadt für die Entwicklung der Gesamtstadt thematisiert. So ergibt sich insgesamt ein thematischer Verlauf, von der Gesamtstadt zur Innenstadt und ihren Problematiken.

### **Argumentationsstruktur**

Der Text beginnt mit einem Zugang zu Rüsselsheim über die harten Standortfaktoren der Lage und der guten Verkehrsanbindung, die positiv herausgestellt werden (Z.1-9). Rüsselsheim wird als zentral im „Städtedreieck Frankfurt am Main, Mainz/ Wiesbaden und Darmstadt“ (Z.2) gelegen beschrieben. Die automobiler Erschließung und die Anbindung an die S-Bahn werden betont. Diese Argumentation stellt Rüsselsheim als im Mittelpunkt stehende, gut eingebundene, vernetzte Stadt und damit als mobile und moderne Stadt dar.

Die Zeilen 11 bis 16 heben die Wichtigkeit der Stadt mit der Einordnung als „Mittelzentrum mit Teilfunktionen eines Oberzentrums“ hervor, was mit dem Arbeitsplatzangebot und den schulischen Einrichtungen begründet wird. Das Arbeitsplatzangebot findet in diesem kurzen Abschnitt dann auch noch ein zweites Mal Erwähnung, als „umfangreiches“ Arbeitsplatzangebot und als Begründung dafür, dass Rüsselsheim eine Einpendlergemeinde ist.

Nach Beschreibung dieser positiven Merkmale, werden in Zeile 17 bis 29, die auf die Umstrukturierung in der Produktion zurückzuführende, immer niedrigere Anzahl gering qualifizierter Arbeitskräfte und der Ausbau der Entwicklung und Forschung als vorhandene Qualitäten Rüsselsheims beschrieben. Es wird beklagt, dass diese „Realität“ nicht entsprechend wahrgenommen würde. Damit wird auch gesetzt, dass gering qualifizierte Arbeitskräfte, gegenüber denen in Forschung und Entwicklung, weniger erwünscht sind. Vor allem ist hier

nicht die Rede von „Arbeitsplätzen“ sondern von „Arbeitskräften“, womit die Wahrnehmung der „Rüsselsheimer Realität“ gleich auf die Ebene von Personen gehoben wird.

Weiter heißt es, die Außenwahrnehmung Rüsselsheims als „klassische‘ Automobil und Arbeiterstadt“ stimme „noch nicht“ mit der Realität der „qualitativen Verbesserung des Arbeitsplatzangebotes“ überein, was auch impliziert, dass diese Wahrnehmung geändert werden muss. Die Passage argumentiert somit, dass Rüsselsheim keine Automobil- und Arbeiterstadt mehr sei, zumindest nicht mehr im „klassischen“ Sinne. Im Text wird die klassische Arbeiterstadt mit dem Vorhandensein vieler gering qualifizierter Arbeitskräfte gleichgesetzt. Da Opel die Bereiche der Forschung und Entwicklung ausgebaut habe und andere Gewerbe angesiedelt werden konnten, treffe das auf Rüsselsheim nicht mehr zu. Diese Entwicklung wird als Realität bzw. als „reale Gegebenheit“ (Z.29), die nicht wahrgenommen würde, konstatiert. Dadurch werden die städtischen strukturellen Probleme als reine Imagesache verhandelt, die mit einer Veränderung der Wahrnehmung zu beheben seien. Zusätzlich tritt in diesem Abschnitt das ambivalente Verhältnis zur Adam Opel AG zu Tage, welche als bestimmend für das Image Rüsselsheims beschrieben wird (Z.17) und sich zu einem modernen Unternehmen gewandelt habe (Z.21), während Rüsselsheim noch als Automobil- und Arbeiterstadt wahrgenommen werde (Z.22).

Ab Zeile 31 folgt ein kurzer Absatz, der aus nur einem Satz besteht und recht unvermittelt, aber auch hintergründig das Thema Migration anspricht: *„Bedingt durch die ehemals hohe Nachfrage der Adam Opel AG nach gering qualifizierten Arbeitskräften und das große Angebot an attraktiven und preiswerten Mietwohnungen, ist der Anteil an Bewohnern mit Migrationshintergrund in der Gesamtstadt relativ hoch (ca. 25%).“* Hier wird „niedrige Qualifikation“ und „preiswertes Wohnen“ mit „Bewohnern mit Migrationshintergrund“ gleichgesetzt, was auf den Wert der so definierten Gruppe für die Planung schließen lässt. Das wird noch dadurch unterstrichen, dass die Nachfrage nach diesen Arbeitskräften als überholt verhandelt wird und impliziert, dass in diesen Menschen kein Nutzen für die Stadtentwicklung gesehen wird. Ganz am Rande wird das Wohnungsangebot beworben, mit der überaus positiven Beschreibung der Wohnungen, die im Gegensatz zur Abwertung der MigrantInnen stehen. Hier stellt sich die Frage, warum die Themen Migration und innerstädtische Sanierungsmaßnahme miteinander verbunden werden, worauf der Text auch in der weiteren Argumentation zurückgreift, wie in der zweiten Textstelle deutlich wird: *„Für auswärtige Besucher der Stadt wirkt die deutliche Präsenz ausländischer Mitbürger als Bestätigung des ‚Arbeiterimages‘“*. Im vorangegangenen Satz heißt es: *„Der hohe Anteil der Händler und Passanten mit Migrationshintergrund wird von vielen Rüsselsheimer Bürgern als quasi symbolische Besetzung der Stadtmitte empfunden.“* (Z.61-64) Hier wird mit der Gegenüberstellung der beiden Gruppen HändlerInnen und PassantInnen mit Migrationshintergrund und Rüsselsheimer BürgerInnen ausgedrückt, dass erstere Fremde sind und nicht zur Bürgerschaft gehören. Auch die Rede von der *„quasi symbolischen Besetzung der Stadtmitte“* ist eine Metapher mit sehr vielen Verbindungen zum Textabschnitt. Besonders im nächsten Abschnitt erfolgt die erneute Betonung der Innenstadt als *„Identifikationskern der Gesamtstadt“* und als *„Ort, mit dem sich möglichst viele Rüsselsheimer identifizieren können müssen“* (Z.70/71), wobei MigrantInnen als RüsselsheimerInnen schon ausgeschlossen worden sind. Die Schlussfolgerung, die diese Thematisierung von „Innenstadt“ und „Migranten“ impliziert, wäre somit, dass das Zentrum von der Gruppe der MigrantInnen befreit werden müsse, um es möglichst vielen

RüsselsheimerInnen zu ermöglichen, sich wieder mit dem „Kern“<sup>40</sup> zu identifizieren. Der wahre Kern soll ohne die Besetzung durch die MigrantInnen zum Vorschein kommen. Zudem erhielten BesucherInnen, die in der Einleitung als wichtige Gruppe eingeführt werden, durch die Präsenz von Menschen mit Migrationshintergrund ein schlechtes Bild der Stadt. An dieser Stelle ist nochmals die zentrale Rolle, die Veränderung von Außenwahrnehmung und Image im Abschnitt spielen, zu betonen, die mit dem Thema Migration verknüpft wird. Die Gruppe der MigrantInnen wird als das Andere konstruiert – es wird argumentiert, dass sie das „Innere“, den „Kern“ besetzen würden, so dass die „Rüsselsheimer Realität“, die im Text als eigentlich schon recht gut verhandelt wird, nicht mehr wahrgenommen werden kann. Die implizit vorgeschlagene Lösung des Problems ist damit die Verdrängung der MigrantInnen aus der Innenstadt. Die Gruppe der MigrantInnen dient unter einer rassistischen Argumentation als Projektionsfläche für Probleme, die strukturellen Ursprungs sind und nicht an der Präsenz von Personengruppen festgemacht werden können. Besonders schwerwiegend ist, dass diese Themen gleich an allererster Stelle des Dokuments, in der Einleitung, angesprochen werden.

Neben der Migration<sup>41</sup> werden die Konkurrenzsituation, das Image als Probleme für die „Entwicklung der Innenstadt“ dargestellt. Die Innenstadt wird als in einer „erheblichen Konkurrenzsituation“ befindlich thematisiert. Als Gründe hierfür werden die gute Lage und die Verkehrsanbindung, also die positiv herausgestellten harten Standortfaktoren angeführt. Diese Beschreibung erweckt den Eindruck eines Vorstellungsgesprächs, bei dem auch noch Defizite als Stärken herausgestellt werden sollen, was für den werbenden Stil dieses Dokumentes steht. Das Sprechen von einer Konkurrenzsituation impliziert auch immer die Aufnahme eines Wettbewerbs, den es zu bestehen gilt.

Das Sprechen von einer „noch nicht wahrgenommenen Rüsselsheimer Realität“ wird auch ein zweites Mal in dieser knappen Einleitung aufgegriffen: *„Die in der ökonomischen Realität bereits vorhandene Transformation von einer Stadt der Fließbänder zu einer Stadt der Dienstleistung und Forschung bleibt gerade in der Innenstadt als dem Identifikationskern der Stadt unsichtbar“* (Z.57-60). Diese Auffassung präsentiert Rüsselsheimer Probleme als reine Imagesache, die gelöst werden können, indem man diese „noch nicht wahrgenommene Realität“ in der Innenstadt wahrnehmbar macht. Zudem stelle die Innenstadt einen „Identifikationskern“ dar, in dem der Wandel unsichtbar bleibt, da Architektur und Warenangebot das Image einer „eher ärmlichen ‚Auto- und Arbeiterstadt‘“ stützen. So wird die Innenstadt als Ort der Repräsentation der Gesamtstadt, in dem aber auch Problemwahrnehmung und Problemlösung stattfinden sollen, verhandelt.

Im letzten Abschnitt werden noch einmal zwei Hauptpunkte angesprochen und jeweils durch doppelte Nennung stark betont. Das sind zum einen die Identifikation mit der Innenstadt und die Rolle der Innenstadt für die Außenwahrnehmung der Gesamtstadt (Z.69-71). Durch die Wortwahl wird zusätzlich noch auf die Dringlichkeit des Unterfangens gepocht: So wird die Profilierung als „unverzichtbar“ (Z.65-67) und die Identifikation als ein „identifizieren können müssen“ beschrieben. Das verweist auch auf die normative Annahme, dass Bürge-

---

<sup>40</sup> Der Begriff des „Kerns“ meint den zentralen Bestandteil eines Ganzen, er impliziert auch Bezüge zu Früchten, die Kerne tragen und aus denen neue Pflanzen wachsen, die geschützt „Innen“ liegen und auf einen neuen Lebenszyklus warten, wie es auch für die Rüsselsheimer Innenstadt erdacht wird.

<sup>41</sup> Das Thema Migration wird in personalisierter Form auf Ebene der MigrantInnen verhandelt.

rInnen ihren Wohnort als Teil ihrer Identität begreifen müssen. Sie werden angerufen sich verantwortlich für ihre Stadt zu zeigen und sie als Teil ihrer Identität zu begreifen.

Neben der Hierarchisierung der Bevölkerungsgruppen bleibt festzuhalten, dass Image und Wahrnehmung der Stadt den Schwerpunkt bei der Beschreibung der Ausgangslage bilden. Sprachliche und rhetorische Mittel, wie Implikate und Gleichsetzungen sind wegen des Zusammenhangs mit der Argumentationsstruktur schon weitgehend untersucht worden. An dieser Stelle möchte ich neben der Symbolik des „Identifikationskerns“ noch die des „Arbeiterstadtimages“ heraus greifen, die große Bedeutung für den Stadtsanierungsdiskurs hat. Es taucht durchweg als etwas Schlechtes, Überkommenes auf. Mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel zum Postfordismus gilt es als nicht mehr zeitgemäß, da es auf eine veraltete Produktionsvariante rekurriert. Diese ist nicht mit dem Image einer aufstrebenden Stadt zu vereinen, dem innovative Branchen, wie Forschung und Entwicklung, entsprechen würden. So gilt es dieses Image umzudefinieren und mit den damit in Verbindung gebrachten Elementen des Stadtbildes ebenso zu verfahren.

## 6.6.2 Fragment 2

### Fassadenmaterialien

Die in alten Städten vorhandene Beschränkung auf wenige ortstypische Fassadenmaterialien verleiht diesen Orten ihre heute als angenehm empfundene Einheitlichkeit. Aber diese Beschränkung ist nicht das Ergebnis eines etwa vorhandenen „besseren Geschmacks“, sondern war pure wirtschaftliche Notwendigkeit. Preiswert zu erstehen war immer nur das Baumaterial, das ohne weite Transportwege in der Region verfügbar war.

Heute ist die Situation deutlich unübersichtlicher.

Ein großes, globalisiertes Angebot steht zur Verfügung. Häufig sind gerade Baustoffe aus entfernten Regionen preiswert zu erhalten. Die Wahl der Materialien, die am ehesten die Anforderungen an Haltbarkeit, Langlebigkeit, geringe Unterhaltsanforderungen und Wirtschaftlichkeit erfüllen, ist nicht immer einfach. Und auch die optische Wirkung eines Materials will überlegt sein.

In diese Überlegungen sollten vor allem drei wichtige Aspekte einbezogen werden:

#### Zeitlose Materialien

Es gibt Materialien mit einer sehr langen technischen Haltbarkeit, die bereits nach wenigen Jahren veraltet wirken. Die Langlebigkeit eines Materials ist immer auch eine Frage der ästhetischen Dauerhaftigkeit. Es gibt klassische Materialien, bei denen man relativ sicher sein kann, dass sie auch die nächsten Jahrzehnte und darüber hinaus nicht aus der Mode kommen, weil sie nie modisch waren. Dies sind traditionelle Materialien wie Putz, Naturstein und Klinker. Die Materialien sind zeitlos und sollten bevorzugt verwendet werden. Rüsselsheim soll nicht aus der Mode kommen.

### Zeitgemäße Materialien

Die Industrie bietet Baustoffe an, mit denen vor kurzem noch undenkbar Konstruktionen möglich sind. Glasscheiben können z. B. heute deutlich größer hergestellt werden als jemals zuvor. Feinste Metallgewebe können Schatten spenden. Es wäre unsinnig, wenn man diese, in bestimmten Materialien steckenden Möglichkeiten nicht nutzen würde. Aber dies sollte dosiert, bewusst und in Abstimmung auf die jeweils vorhandene Nachbarbebauung geschehen. Der Einsatz zeitgemäßer Materialien ist kein Muskelspiel.

### Vorhandene Materialien

Auch wenn es auf den ersten Blick scheint, als wäre die Rüsselsheimer Innenstadt der Ausstellungsraum eines Baumarktes: Es gibt Regelmaterialien, die besonders häufig verwendet werden. Der Anteil der Putzfassaden, vor allem an kleinen Gebäuden, ist so hoch, dass man von der Putzfassade als Regelfall ausgehen kann. Viele Fassaden von Bauten der 60er und 70er Jahre sind mit Natursteinverkleidungen versehen. Das Opel-Hauptgebäude und viele Bauten im unmittelbaren Umfeld der Innenstadt haben rote oder gelbe Ziegelfassaden. Diese vorhandene Mischung sollte behutsam zu einem stärkeren Zusammenhang ergänzt werden.

### Materialwechsel

Eine Fassade muss nicht aus einem Material hergestellt werden. Ein wertvoller Naturstein kann die Ladenfront eines verputzten Gebäudes veredeln. Fensteröffnungen können mit einem besonderen Material gerahmt werden. Fugen können eine Fassade in Streifen teilen. Material kann eine Fassade gliedern. Schönheitsfehler einer Fassade lassen sich durch geschickten Materialeinsatz beheben. Bei der Neugestaltung von Fassaden sollten die Möglichkeiten zur Gliederung durch Materialwechsel und Fugenverlauf genutzt werden.

*Fragment 2: Ein gestalterisches Leitbild für die Fassaden der Innenstadt. Gestalthandbuch 2003 - Ammon/Sturm, 2003, Rüsselsheim, S. 26/27*



## **Platzierung und Gestaltung**

Der Abschnitt „Fassadenmaterialien“ entstammt dem „gestalterischen Leitbild für die Fassaden der Innenstadt“. Er fungiert als nähere Erläuterung, zu dem auf der im Dokument vorangegangenen Seite in fünf Punkten festgelegten „Leitbild Fassadenmaterialien“ (Ammon und Sturm 2003: 25). Er wird als dritter der fünf Unterpunkte des Gestaltleitbildes für Rüsselsheim ausgeführt, die da wären: Fassadengliederung, Fassadenfarbe, Fassadenmaterial, Vordach und Werbeanlagen. Der Text erstreckt sich über eine Doppelseite mit großzügigen Seitenrändern und ist auf vier Spalten, die sich jeweils über die unteren Zweidrittel der beiden Seiten erstrecken, aufgeteilt. Im oberen Drittel der linken Seite beginnt eine Reihe von sechs Fotografien im Passbildformat, die Gebäude der Rüsselsheimer Innenstadt als positive Beispiele für verschiedene Fassadenmaterialien zeigen. Die Reihe endet mit dem letzten Bild auf der zweiten Seite. Die Bilder sind überschrieben mit dem Material und dem Ort der Aufnahme – „z.B. Putz/ Marktstraße“. Das gerade auch im Vergleich zu anderen Dokumenten ambitionierte Layout des Fassadenleitbildes erfüllt die Funktion, den Text als kompetent in Gestaltungsfragen erscheinen zu lassen. Zusätzlich funktioniert das Dokument als Katalog, der die Sanierung von Fassaden bewerben und den Eigentümern eine lohnenswerte Investition suggerieren soll.

## **Gliederung und Komposition**

Der Abschnitt „Fassadenmaterialien“ gliedert sich in die vier Unterabschnitte: „Zeitlose Materialien“, „Zeitgemäße Materialien“, „Vorhandene Materialien“ und „Materialwechsel“. Im ersten Absatz wird mit den Wahlmöglichkeiten für Fassadenmaterialien in alten Städten und deren damit verbundenen ästhetischen Qualitäten eingeleitet, um im zweiten Abschnitt auf das Angebot für Baumaterialien heute einzugehen. Des Weiteren geht es um die Prämissen für die Auswahl der Materialien, die in den folgenden Unterpunkten ausgeführt werden. Unter der Überschrift „Zeitlose Materialien“ wird die „ästhetische Dauerhaftigkeit“ thematisiert. Im nächsten Abschnitt geht es um den Einsatz moderner Materialien, um dann im dritten Abschnitt auf die in der Rüsselsheimer Innenstadt vorhandenen Materialien einzugehen. Im letzten Gliederungspunkt wird auf die Möglichkeiten der Anwendung mehrerer Materialien hingewiesen, womit schöne Effekte zu erzielen seien. Schon an der Komposition des Abschnitts lässt sich erkennen, dass er sehr übersichtlich und knapp gehalten ist. Er soll zwar informieren, aber viel aussagekräftiger für die AdressatInnen, EigentümerInnen und LadeninhaberInnen sind die vom Dokument ausgehenden visuellen Reize. Am interessantesten ist aber, dass der Textabschnitt Rückschlüsse auf das Verhältnis der PlanerInnen zu den AkteureInnen zulässt, wie bei der folgenden Analyse deutlich wird.

## **Argumentationsstruktur**

Es wird eingeführt mit einer in alten Städten sichtbaren Beschränkung auf ortstypische Fassadenmaterialien, die heute als ansprechend empfunden würden, aber schlicht Resultat einer wirtschaftlichen Notwendigkeit waren. Die damalige Situation wird als einfach, ohne die Notwendigkeit großer Entscheidungskompetenzen dargestellt (Z. 8-15). Gegenübergestellt wird die heutige Situation (Z.17-19): Sie wird beschrieben als „deutlich unübersichtlicher“, als „großes, globalisiertes Angebot“ und als Entscheidung die „nicht immer einfach“ ist. Diese Darstellung legitimiert die Entscheidungshilfe des Fassadenleitbildes und setzt die Hausei-

gentümerIn argumentativ in eine Position, die in Frage stellt, ob Sie eine adäquate Entscheidung über das Fassadenmaterial bei einer Erneuerungsmaßnahme treffen kann (Z.20-27), um dann die Aspekte der Entscheidungsfindung zu präsentieren. Es wird für die Verwendung zeitloser Materialien argumentiert, wobei in technische und ästhetische Dauerhaftigkeit unterschieden wird, um dann Putz, Naturstein und Klinker als zu verwendende Materialien zu begründen und mit einem Imperativ abzuschließen (Z.35ff). Ähnliches, bzw. das gleiche Argumentationsmuster, gilt für die folgenden Abschnitte, weshalb an dieser Stelle gleich zur Verwendung der sprachlichen und rhetorischen Mittel übergegangen werden kann.

### **Sprachliche und rhetorische Mittel**

Die in der Argumentationsstruktur schon angelegte in Fragestellung bzw. Absprache der adäquaten Entscheidungsfähigkeit der HändlerInnen und EigentümerInnen, deckt sich mit der Verwendung von sprachlichen und rhetorischen Mitteln. Auffällig ist die Verwendung von Imperativen und Metaphern, wobei letztere jeweils auf ihren genauen Inhalt hin analysiert werden müssen. Bezüglich der Imperative kann jedoch vorweggenommen werden, dass diese sprachlich verwendet werden, um erstens Anweisungen, Anleitungen oder Befehle zu geben und zweitens eine direkte Ansprache der Leser zu signalisieren. So wird der im Weiteren näher beschriebene Blickwinkel auf die AkteurInnen schon durch die Konjugation der Verben vorweggenommen. Sie werden direkt angesprochen, mit der Intention, mit Lehrsätzen anzuleiten oder auch zu befehlen.

Im Verlauf des Fragments wird deutlich, dass der „gute Geschmack“ der HausbesitzerInnen bezweifelt wird, weshalb sie zu gutem Geschmack erzogen werden sollen. Das wird an mehreren Stellen deutlich, z.B. wenn es heißt: *„Auch wenn es auf den ersten Blick scheint als wäre die Rüsselsheimer Innenstadt der Ausstellungsraum eines Baumarktes: Es gibt Regelmaterialien (...)“* (Z.69-74). Hier wird das Erscheinungsbild nicht nur als unattraktiv dargestellt, sondern regelrecht diskreditiert. Indem es mit dem Ausstellungsraum eines Baumarktes verglichen wird, wird es als willkürliche, undurchdachte und für eine Innenstadt unzulässige Gestaltung definiert.

Zum anderen lässt der Aufbau der vier Teilabschnitte eine erzieherische Intention erkennen. Zuerst wird jeweils in schulmeisterhaftem Duktus über das Thema informiert und festgelegt, wie Materialien zu beurteilen sind, um dann den jeweiligen Abschnitt mit einem Imperativ zu beschließen. Hier sind besonders die Satzsätze der ersten beiden Abschnitte interessant: *„Die Materialien sind zeitlos und sollten bevorzugt verwendet werden. Rüsselsheim soll nicht aus der Mode kommen.“* (Z.51-52) und *„Aber dies<sup>42</sup> sollte dosiert, bewusst und in Abstimmung auf die jeweils vorhandene Nachbarbebauung geschehen. Der Einsatz zeitgemäßer Materialien ist kein Muskelspiel.“* (Z.66-67). Das erste Zitat weist den EigentümerInnen die Verantwortung für die Modernität der Stadt zu und setzt die „Stadt“ mit der Stadtgestalt gleich. Währenddessen appelliert das zweite Zitat an die Abstimmung der eigenen Fassade mit der der NachbarInnen, ohne dass ein Übertrumpfen des Anderen mit extravaganten Maßnahmen stattfinden soll. Hier wird nochmals die Sorge der PlanerInnen vor der Nicht-Einhaltung des Konzeptes deutlich. Die Vernunft oder Einsicht der EigentümerInnen wird angesprochen,

---

<sup>42</sup> An dieser Stelle wird Bezug auf „zeitgemäße Materialien“ genommen.

wenn der falsche oder übermäßige Einsatz moderner Materialien mit einem „Muskelspiel“ gleichgesetzt wird, da diese Verbildlichung des körperlichen Überbietens im Gegensatz zu einem durchdachten Maßhalten steht. Diese Ansprache der EigentümerInnen verweist auch auf den Blickwinkel der PlanerInnen auf selbige. Sie werden als potentiell unzurechnungsfähig und irrational, nicht die nötige Entscheidungskompetenz besitzend repräsentiert, ihre Gebäude in einen Zustand zu bringen, in dem sie eine marktgängige Gestaltung aufweisen würden. Somit wird das „Innenstadtproblem“ von seinen strukturellen Gründen abgekoppelt und als ästhetisches Problem verhandelt, für das unter anderem die EigentümerInnen zur Verantwortung gezogen werden. Dieser Blickwinkel beinhaltet eine besonders fordernde Art der Responsibilisierung. In einer weiteren Textstelle, die die Werbeanlagen behandelt und damit eher an die GeschäftsbesitzerInnen gerichtet ist, tritt diese harte Form der Responsibilisierung auch bezüglich dieser Gruppe zu Tage. So heißt es bezüglich des Einsatzes von Werbebotschaften:

*„Wenn alle laut schreien versteht keiner etwas. In diesem übertragenen Sinne ist es in der Rüsselsheimer Innenstadt sehr laut. Schilder unterschiedlichster Größe, Farbe und Form konkurrieren um die Aufmerksamkeit der Passanten. Es ist als sollte man drei Radiosender zur gleichen Zeit hören. Eine Orientierung ist kaum noch möglich. Weniger wäre mehr.“* (Ammon und Sturm 2003: 35)

Diese „Marktschreier“-Metaphorik macht die Sicht auf die LadenbesitzerInnen als unfähig und schuldig an der Situation der Innenstadt sehr deutlich. Neben der extremen Übertreibung, mit der diese Textstelle arbeitet, diskreditieren sie die Gestaltung von Geschäftsanlagen und die Anbringung von Werbeflächen. Im Grundsatz wird ausgesagt, dass die Gestaltung nicht marktgängig sei – eigentlich ist aber gemeint, dass die Geschäftsgestaltung nicht der Wunschklientel für die Innenstadt entspricht. Ließe man sich auf die marktförmige Argumentation von Ammon und Sturm ein, könnte andersherum genauso argumentiert werden, dass es unsinnvoll ist, einem Ein-Euro-Laden einen exklusiven Look zu verpassen. Denn für das Produktdesign kann festgehalten werden, dass Verpackungen Aussagen über den Preis des Produktes machen und machen müssen. Genauso muss ein „Billigladen“ nach außen signalisieren, dass er günstige Produkte führt, um sich optimal aufzustellen.

### **6.6.3 Zusammenfassende Einschätzung**

Die Textteile, die der Feinanalyse unterzogen wurden, stehen exemplarisch für den Wandel des Planungsdiskurses, von den großräumigen hin zu den kleinteiligen Maßnahmen und der expliziten Ansprache bestimmter AkteurInnengruppen (siehe Kapitel 6.5.3), da sie diese Thematiken inhaltlich, formal, sprachlich und gestalterisch aufgreifen. Textteile und Aussagen spiegeln dabei nicht die Meinung einzelner AutorInnen wieder, sondern stehen für das im Diskurs sagbar gewordene, bzw. dessen Inhalte (vgl Kapitel 6.4). So sind die hier analysierten Textstellen nicht als Einzelmeinungen aufzufassen, denn sie bilden das ab, was inhaltlich durch die Gesamtheit Planungsinstanzen verhandelt wird. Es fließt sozusagen der gesamte Diskurs in das Verfasste mit ein, da die Autorenschaft sich in diesen Diskursen bewegt, sie damit reproduziert und produziert.

Was sich in der Strukturanalyse schon als Konstante gezeigt hat, wird in den Fragmenten wieder aufgegriffen. Die absolute Vorrangstellung des Einzelhandels, wenn es um die Funktion der Innenstadt geht und seine Indikatorwirkung: Die Situation des Einzelhandels und die Gestalt der Innenstadt gelten als Ausdruck der wirtschaftlichen Lage der Gesamtstadt und ihrer Bewohner. So muss sie so inszeniert werden, dass sie für den Rest der Stadt anzeigt, wie gut die Lage ist, um sie attraktiv gegenüber konkurrierenden Städten erscheinen zu lassen. Das kommt einer Verkehrung von Ursache und Wirkung gleich.

Die Thematisierung dieser beiden Tendenzen ist miteinander verknüpft, da die AkteurInnen aktiv werden und sich an der Ausführung der Maßnahmen beteiligen sollen. Das wird deutlich an der Gruppe der EigentümerInnen und LadenbetreiberInnen, denen bei der Erneuerung genaue Vorgaben gemacht werden. Es geht um mehr als nur eine Substanzerneuerung und Modernisierung. Es um die Herstellung eines Images und die Repräsentation dessen im Innenstadtraum. Die stärkere Rolle des Images und der Repräsentation liegt auch begründet in dem wichtiger werdenden Ziel, der Anziehung bestimmter Bevölkerungsgruppen, das sich auch in dem Wunsch der Ansprache neuer Zielgruppen für das innenstädtische Wohnen in Rüsselsheim zeigt. Dies wird unter anderem in einer Setzung deutlich, bei der es um die Herrichtung und Begrünung der Hinterhöfe in der Innenstadt geht: „*Anspruchsvolle Mieter wollen auch nach hinten raus einen schönen Blick*“ (Ammon und Sturm 2006: 55ff).

Die bereits angesprochene Gruppe der EigentümerInnen und LadeninhaberInnen, soll sich in ihrem Wirkungsbereich um die Optimierung ihrer Immobilien bzw. Flächen kümmern. Aber auch den AnwohnerInnen der Innenstadt und den Innenstadt umgebenden Straßenzügen wird, derselben Argumentation folgend, eine aktive, verantwortliche Position zugeschrieben, was an anderer Stelle aus der Initiierung von Gartenwettbewerben abzulesen ist (vgl. Ammon und Sturm 2006). Damit kommt der Planung eine aktive, erzieherische Rolle zu, in der sie auf die Bevölkerung einwirken soll. Dieser Wandel drückt sich auch im veränderten Schreibstil der Dokumente aus, wie an den Fragmenten der Feinanalyse gezeigt werden konnte. Um an dieser Stelle noch nicht allzu viel, vorwegzunehmen, möchte ich hier auf Kapitel 7.2 und 7.3 verweisen.

## **7 Raum und AkteurInnen im Planungsdiskurs – brüchige Konstruktionen**

Mit der diskursanalytischen Betrachtung der Planungsliteratur konnte nun das im Planungsdiskurs bezüglich des Innenstadtraums und der von der Planung identifizierten Gruppen „Sagbare“ dargestellt werden. Eine umfassendere Rahmung des Planungsdiskurses soll in diesem Abschnitt, durch den Einbezug von Interviews und Gedächtnisprotokollen, vollzogen werden. Diese Quellen spiegeln die Deutungen der diskursanalytischen Betrachtung wider, greifen aber zum Teil auch das in der Planungsliteratur „Nicht-Sagbare“ auf. So ergeben sich zwei Tendenzen: Zum einen treten Blickwinkel, die in der Literatur schon aufgegriffen wurden, im Gespräch noch drastischer hervor, zum anderen werden Widersprüche und Brüche mit der Sichtweise des Planungsdiskurses Rüsselsheim, welcher sich weitgehend mit hegemonialen Argumentationsmustern eines Stadtplanungsdiskurses deckt, deutlich. Im Folgenden möchte ich mich deshalb zunächst der Auswertung der Interviews und Gesprächsprotokolle widmen, um dann abschließend Motive zu den Konstruktionen des „Innenstadtraums“ und der „Akteure“ auszuführen, die sich auf Grundlage der Analyse des Diskurses sowie dem in Gesprächen geäußerten Wissen ergeben.

### **7.1 Interviews und Gesprächsprotokolle**

Die an dieser Stelle auszuwertenden Gesprächsprotokolle sind im Rahmen meines Praktikums<sup>43</sup> bei einer, neben anderen Themen, mit der Innenstadtsanierung befassten Stelle entstanden und beziehen sich hauptsächlich auf Gespräche mit einer Person in der Leitungsebene dieser Stelle. Diese Leitungsebene ist eine wichtige Schnittstelle zwischen den externen Planungsbüros und der Stadtverwaltung. Ein Interview entstand im Rahmen des Forschungskolloquiums „Soziale Stadt from below“<sup>44</sup> und wurde von einer studentischen Forschungsgruppe wiederum mit einer Person der Leitungsebene zusammen mit einem weiteren Mitarbeiter die-

---

<sup>43</sup> Das Praktikum fand im Rahmen des zu absolvierenden, studienbegleitenden Pflichtpraktikums bei einer unter anderem mit der Innenstadtsanierung befassten Stelle im Zeitraum von Januar bis März 2010 statt. Aus Gründen der Anonymisierung, bzw. unkenntlichmachung einzelner Personen soll hier die Praktikumsstelle nicht näher genannt werden.

<sup>44</sup> Das Forschungskolloquium „Soziale Stadt from below“ findet unter der Leitung von Ellen Bareis seit dem Wintersemester 2009/10 am Fachbereich 4 der Universität Frankfurt statt. In diesem Rahmen beschäftigen sich studentische Forschungszusammenhänge am Beispiel von Rüsselsheim mit unterschiedlichen Thematiken.

ser Stelle geführt. Zudem fließt das Protokoll einer Innenstadtführung<sup>45</sup> unter der Leitung einer Architektin, die an der Erstellung von Planungsdokumenten zur Innenstadtsanierung beteiligt war, ein.

### 7.1.1 Das im Planungsdiskurs „Nicht-So-Sagbare“

Mit verstärkenden Argumentationen ist die Verhandlung von Themen gemeint, die in der Diskursanalyse angelegt sind, aber im Gespräch und in Interviews noch stärker zum Ausdruck kommen, da sie in der Planungsliteratur offenbar nicht in dem Maße und auf die Art und Weise sagbar sind, wie im direkten Gespräch. Die verstärkenden Argumentationen werden zur besseren Übersicht in die Unterthemen „Migration“, „Sozialstruktur und Image“ und „Aufgaben der Planung“ untergliedert.

#### „Migration“

In Gesprächen mit den Stadtplanenden und bei der Auswertung des Interviews tritt das Thema „Migration“ bezüglich der Stadtentwicklung stark in den Vordergrund. Es wird besonders auf der Ebene von als „MigrantInnen“ oder als „AusländerInnen“ beschriebenen Gruppen verhandelt<sup>46</sup>. Im Interview wird das schon daran deutlich, dass die Thematisierung ungefragt beginnt und die beiden Befragten ohne Rückfrage mehrmals auf das Thema zurückkommen. So wird die Frage nach der Bedeutung des AusländerInnenanteils für die Stadt mit einer Unterscheidung in zwei Typen von AusländerInnen vorgenommen:

*„(...) natürlich ist es nicht ganz einfach, weil Ausländer und Ausländer ist nicht das Gleiche. In Rüsselsheim haben wir nicht die Ausländer in Anführungszeichen oder die Masse an Ausländern, die eben mit akademischer Ausbildung sind, sondern es sind die Ausländer, die hier zum Band oder mal ursprünglich am Band angefangen haben und eben nicht diesen Schulhintergrund haben und sich damit natürlich auch viele Probleme für die Stadt ergeben und das ist nach wie vor so und deswegen ist es schon schwierig.“ (Interview 08.07.2010)*

Anhand des Bildungsstandes und der akademischen Ausbildung werden „erwünschte“ und „unerwünschte“ AusländerInnen unterschieden. Gleichzeitig wird betont, dass in Rüsselsheim nur „AusländerInnen“ mit geringem Bildungsstand wohnen, die der Gruppe der „unerwünschten AusländerInnen“ zugerechnet werden. Damit wird diese Gruppe pauschal als unerwünscht klassifiziert, mit dem zusätzlichen Hinweis, dass sich durch die Präsenz von AusländerInnen Probleme für die Stadt ergäben.

Eine weiterer Punkt, an dem die Einstellung der Planung zum Thema „Migration“ zu Tage tritt, ist die gezielte Ansprache von ImmobilieneigentümerInnen mit als problematisch erachteten Mieterstrukturen. Dies geschah bei einem Objekt in der Nähe des Bahnhofes. Bei der

---

<sup>45</sup> Die Stadtführung, zu deren Teilnahme ich eingeladen wurde, fand im Rahmen eines Exkursionstages einer Studentengruppe des Studiengangs Geschichts- und Kulturwissenschaften aus Saarbrücken im Juni 2010 statt.

<sup>46</sup> Aufgrund dieser Verhandlung des Themas Migration in diesen personalisierten Kategorien, werde ich im Folgenden zum Teil auch auf diese von den Planungsinstanzen verwendeten Kategorien zurückgreifen, um mich auf das Gesagte beziehen zu können.

Mieterstruktur wurde beklagt, dass dort alleinstehende, ausländische, junge Männer in Ein-Zimmerwohnungen wohnten, es eine hohe Fluktuation gäbe, über die der Vermieter keine Kontrolle hätte. Mutmaßlich hatten die Männer sich dort eingemietet um in der Nähe einer Beschäftigung nachzugehen. Als störend wurde ihre Präsenz in der Innenstadt erwähnt. Soweit die Beschreibung der Situation aus Sicht der Stadtverwaltung und einer Planerin. Das bleibt aber ein diffuses Argument, da es auch nicht mit konkreten Handlungen der Männer begründet wurde. Beide Parteien brüsten sich damit, einen Erfolg bei der Überzeugung des Eigentümers erreicht zu haben<sup>47</sup>. Er konnte dazu gebracht werden, viele der kleinen Wohnungen in zwei große Familienwohnungen umzubauen. Diese standen zum Zeitpunkt der Exkursion noch leer, da keine MieterInnen dafür zu finden waren. Jedoch zeigten sich die InitiatorInnen zufrieden, da das als vorangig dargestellte Ziel, die jungen Männer „loszuwerden“, erreicht wurde.

Auch die Aussagen des Stadtplanungsamtes zur Steuerung der Belegung von Geschäftsflächen in der Innenstadt greifen das Thema „Migration“ auf. So werden in Zusammenhang mit der Nationalität bzw. dem Migrationshintergrund der InhaberInnen von Geschäften sogenannte „Mindernutzungen“ von Ladenflächen festgestellt. Als „Mindernutzungen“ wurden unter anderem Call-Shops und Friseurläden genannt. An dieser Stelle wurde auch die Möglichkeit betont, sich mit privaten HausbesitzerInnen und VermieterInnen im Gegensatz zu Firmen noch abstimmen zu können, um „Mindernutzungen“ sowie bestimmte Geschäfte zu verhindern (Gespräch 03.02.2010). Auch im Interview wird das Thema der migrantischen GeschäftsinhaberInnen ungefragt aufgegriffen:

*„(...) speziell in der Innenstadt ist es so, (...) aufakquiriert haben, dass sich lokale Ökonomie nennt und Wirtschaftsförderung, die sich ganz speziell mit der ethnischen Ökonomie in der Innenstadt auseinandersetzt. Wenn man hier durchgeht, sieht man ja dass es sehr viele ausländische Mitbürgerinnen und Bürger auch gibt, die auch hier Geschäfte haben. Und das sind auch die Geschäfte, die hier ins Auge fallen und von da her muss ich dann auch gucken, wie kann ich die unterstützen, wie nehme ich die mit und kann nicht von anderen sprechen, die nicht da sind.“(Interview 08.07.2010)*

Die Vokabel der „ethnischen Ökonomie“ verweist auf die Differenzierung von Geschäften entlang der Nationalität der BetreiberInnen. Durch die Blume wird vermittelt dass, diese Geschäfte nicht dem Geschmack der Stadtverwaltung entsprechen, „sie fallen ins Auge“, was an dieser Stelle eher als ein kritisches „Beäugen“ zu verstehen ist. Vor allem müssen sie sich verändern oder sollen durch eine spezielle Unterstützung geändert werden. Diesem erzieherischen Duktus entspricht auch die Rede davon, dass die migrantischen GeschäftsinhaberInnen „mitgenommen“ werden müssen, wobei nicht thematisiert wird, wohin oder was speziell anders sein soll.

---

<sup>47</sup> Von dieser Praxis, es ging um das selbe Objekt, wurde mir zweimal als gelungene Intervention berichtet: Einmal während meines Praktikums und dann zum zweiten Mal bei der Exkursion der Saarbrücker Studierenden, die zum Teil ihr Unverständnis gegenüber so einer Praxis zeigten. Meiner Meinung nach, ist es besonders bezeichnend, dass der Bericht von einer solchen Praxis vor einer Exkursionsgruppe möglich ist, da hier deutlich wird, dass gar keine Sensibilität mehr dafür herrscht, dass dieses Verfahren der Entmietung auf Empörung stoßen könnte. Diese Praxis ist somit etwas relativ öffentlich Begründbares geworden.

Die rassistischen<sup>48</sup> Ansichten der Planungsinstanzen treten damit in Gesprächen nochmals verstärkt zu Tage. Auch wenn drastische Inhalte diesbezüglich schon in der Diskursanalyse festgestellt wurden, in der Qualität und auch Quantität, wie es in der direkten Interaktion angesprochen wird, ist es in den Papieren jedoch nicht sagbar. Die Erfahrungen bei den teilnehmenden Beobachtungen und das Interview belegen und verstärken die in den Texten schon angelegte Argumentation nachdrücklich.

### **Sozialstruktur und Image**

Auch die Themen der imaginierten Sozialstruktur und des Images werden in Gesprächen und Interviews verstärkt aufgegriffen. So wird als gelungene Maßnahme der Innenstadtssanierung das Schäfergassenviertel vorgestellt:

*„(...) ist ein ganz altes Viertel, wo noch Fachwerkhäuschen stehen und wo sehr viel Geld investiert wurde von Eigentümern und dort mittlerweile eine sehr gute Struktur ist. Aber das auf dem Weg zu bringen dauert und das geht eben nur, indem man guckt, was ist in den Schulen los, was ist in den Kindergärten los, wie sieht mein äußeres Umfeld aus, wie sehen meine Straßenräume aus, wie sehen meine Fassaden aus. Also es geht nur gemeinsam an vielen Punkten und ist letztlich natürlich auch eine Imagesache“ (Interview 08.07.2010)*

Hier wird das Schäfergassenviertel als positives Beispiel angeführt, wo EigentümerInnen viel Geld investiert haben, um die denkmalgeschützten Häuser zu sanieren. Es wird angenommen, dass mehr dieser Art von EigentümerInnen angezogen werden könnten, wenn Rüsselsheim besser gestaltet wäre und ein besseres Image hätte. Vorstellungen von der Sozialstruktur kommen auch bei der Neuentwicklung des Areals des Opelaltwerks zum Ausdruck.

*„(...)wenn es bei Opel Flächen gibt, die ich sehr hochwertig mit Penthousewohnungen, mit Loftwohnungen anbiete, dann habe ich schon die Chance, dass ich da, wenn ich das vor allen Dingen nicht nur mit drei/vier mache, sondern mit einem größeren Anteil an Wohnungen ganz gezielt steuern kann. Und natürlich ist es das Ziel der Stadt hier nachhaltig die Sozialstruktur zum Besseren zu verändern, aber das kann man eben nur im gewissen Maße.“ (Interview 08.07.2010)*

Mit der Entwicklung von Loft- und Penthousewohnungen soll gezielt der Zugzug einer bestimmten Gruppe animiert werden. Die BewohnerInnen von Lofts und Penthouses stehen sinnbildlich für eine innenstadtbewohnende „Creative Class“<sup>49</sup>. Sie steht als Ausdruck für eine moderne, innovative und kreative Stadt, da sie nur eine solche Stadt zum Leben auswäh-

---

<sup>48</sup> Die vorgestellten Ansichten sind als rassistisch zu verstehen, da hier eine diskriminierende Praxis aufgrund von kulturellen Stereotypen und Vorurteile gegenüber Gruppen, nach Zuschreibung über phänotypische Merkmale vorgenommen wird. Rassistische Kategorien sind mit spezifischen Machtverhältnissen verbunden – es gilt erstere zu dekonstruieren um letztere sichtbar zu machen (Nayak 2009: 59).

<sup>49</sup> Richard Florida hat den Begriff der „Creative Class“ maßgeblich geprägt (vgl. Florida 2004). Seine Verwendung und seine Ansichten zu diesem Begriff wurden vielfach kritisiert - unter anderem von Jamie Peck, der das an diesem Begriff orientierte Stadterneuerungsprogramm von Detroit kritisiert (vgl. Peck 2008[2007]). Die Stadt Rüsselsheim verwendet den Begriff der „Creative Class“ nicht selbst, allerdings können die Zielgruppen, an die sich die Stadterneuerungspolitik richten, als Creative Class zusammengefasst werden, da dieser Ausdruck für einen Sammelbegriff für die Bewohnerschaft einer „erfolgreichen“ Stadt geworden ist, weshalb ich im Folgenden diesen Begriff weiterverwenden möchte.



len würde. Damit sich das in der Stadt auch abbildet, bzw. um Rüsselsheim als Wohnort der „Creative Class“ präsentieren zu können, müssen gleich viele Einheiten gebaut werden, um so den Wandel steuern zu können. Diese Einschätzung einer in bestimmtem Rahmen steuerbaren Veränderung der Sozialstruktur wird auch im Folgenden angesprochen:

*„Und das äh Wohnen nach für nach eine Umstrukturierung hinzubekommen ist sehr schwierig, weil ich kann niemanden sagen, du kommst rein und du gehst raus. Wenn ich jetzt umgekehrt eine Fläche, und das ist selten, hab, die größer ist, die ich dann wirklich gestalten kann. Deswegen war die Vorstellung auch in dieser Fläche mehr als nur drei/vier Wohnungen dort in einer hohen Qualität herzustellen und ins Besondere dann auch Opelaner abzugreifen, weil es ist bekannt, dass die Oberschicht, die obere Führungsschicht von Opel fast gar nicht in Rüsselsheim wohnt. Die wohnen lieber in der Umgebung, die wohnen im Taunus, die wohnen in anderen Städten und die haben natürlich auch eine hohe Kaufkraft und sind sehr interessant für die Stadt Rüsselsheim und von daher gibt es schon seit sehr, sehr langer Zeit die Bestrebungen und das absolute Bemühen diese kaufkräftige sehr gebildete Bildungsbürgertumschicht auch in die Stadt, in die Innenstadt von Rüsselsheim zu holen.“(Interview 08.07.2010)*

Es geht auch darum OpelanerInnen in höheren Positionen in Rüsselsheim anzusiedeln, da die Stadt auch davon profitieren möchte, dass das Unternehmen ansässig ist. Die Führungskräfte werden mit positiven Attributen besetzt. Sie seien sehr gebildet. Aber sie werden vor allem auch wegen ihrer Kaufkraft ins Feld geführt. An der Gruppe der Studierenden, die auch als potenzielle Gruppe für den Zuzug gewünscht ist, werden in der folgen Formulierung nochmals zwei Punkte betont: Es geht bei der strukturellen Veränderung der BewohnerInnenschaft auch um die Veränderung des Bildes der Innenstadt. Das soll durch die Präsenz von Studierenden geschehen, die zusätzlich der Gruppe der türkischen alleinstehenden Männer gegenüber gestellt werden, was diese wiederholt degradiert:

*„Also das Thema Wohnen und Studentenwohnen ist zum Beispiel jetzt hier in unmittelbarer Innenstadt verstärkt im Kommen. (...) Und natürlich prägt ein Student das Innenstadtbild anders, als wenn ich äh ja nur türkische alleinstehende Männer in der Innenstadt sehe und das, mit diesen Maßnahmen versucht man natürlich, dann auch die Mischung und die Attraktivität der Innenstadt aufzubessern und bessere Angebote zu finden.“(Interview 08.07.2010)*

Damit kommt insgesamt die Koppelung von Sozialstruktur und Image zum Ausdruck. Das Ziel einer besseren Sozialstruktur wird als an die Aufwertung des Images gebunden verstanden, was im Stadtraum vor allem durch die Präsenz der „neuen BewohnerInnen“ geschehen werden soll. Zugleich ist die Anziehung dieser BewohnerInnen an ein bestimmtes, herzustellendes Bild von Rüsselheim geknüpft. Auch das Ziel des Austauschs der Bevölkerung wird in dieser Reihe von Zitaten deutlich.

### **Aufgaben der Planung**

Im vorangegangenen Abschnitt wurde die Steuerung von Wohnungsbelegungsprozessen als Aufgabe der Planung betont. An dieser Stelle ist noch kurz auf das Selbstverständnis der Planenden, bzw. die Beschreibung der eigenen Rolle einzugehen. Im Interview beschreibt die Leiterin des Fachbereichs Umwelt und Planung, die Aufgabe der Stadt bei der Innenstadtsanierung:

*„Bei den Programmen Innenstadtsanierung, das zielt in erster Linie auf bauliche Maßnahmen, das heißt, ich muss die Eigentümer motivieren. Das ist ein sehr mühsames Geschäft, weil wir haben keinen Leerstand, die verdienen noch. (...), aber vor allen Dingen ist es die Eigentümer-sprache und das Image, die Leute mitzunehmen und zu sagen, es ist gut, macht euch auf den Weg und es ist einfach ein längerer Zeitraum, dass man es auch wirklich sieht.“ (Interview 08.07.2010)*

So wird zuerst die eigene Rolle der Animateurin betont, die die EigentümerInnen in mühevoller Arbeit motivieren muss und sich so auch in einer gewissen Abhängigkeit von den ImmobilienbesitzerInnen befindet. Im zweiten Teil wird aber die Aufgabe des PlanerIn als ErzieherIn stark gemacht, der „mitnimmt“, gut zuredet und sicherstellt, dass sich alle beteiligen und auch dabei bleiben. Diese Darstellung deckt sich weitestgehend mit dem in Kapitel 4.2 und 4.3 dargestellten Veränderungen im Wandel der Planungspraxis – vorrangig geht es nicht um die Verwaltung und Organisation von baulichen Maßnahmen oder Ausweisungen von Gebieten, sondern die eigene Aufgabe wird in der Aktivierung anderer Parteien gesehen.

### **7.1.2 Brüche und Widersprüche**

Der Diskurs, der sich in der Planungsliteratur für Rüsselsheim abbildet, spiegelt einen hegemonialen Diskurs um die Herstellung einer prosperierenden Stadt wider. Dieser übergeordnete Diskurs besteht aus der Programmliteratur, die von übergeordneten Stellen, wie Bundesländern oder Bundesministerien herausgegeben werden, in den aber auch die Verfahrensweisen und Beispiele anderer Kommunen sowie die wissenschaftliche Arbeit an Universitäten und auch die Berichterstattung der Medien eingehen. In der Analyse der Planungsliteratur fällt auf, dass für Rüsselsheim ein Maßstab für die Wünsche der Stadtentwicklung angelegt wird, wie er für eine beliebige Großstadt aussehen könnte. Zudem wird die Stadt diskursiv mit den Großstädten der Region in gleichwertige Wettbewerbsposition gesetzt und so besprochen, als könne sie die Konkurrenz aufnehmen (vgl. Jessop 2002). Zumindest in der Planungsliteratur werden die Möglichkeiten so verhandelt, obwohl eine Mittelstadt wie Rüsselsheim nicht mit einer Großstadt zu vergleichen ist. Betrachtet man ausschließlich die schriftlichen Publikationen, muten die geäußerten Ansichten recht kohärent an. Das liegt aber auch an der betrachteten Literaturgattung – ein Planungsdokument hat zur Aufgabe, Lösungen und Maßnahmen auszuarbeiten, vorzustellen und letztlich als gut darzustellen. Es würde seiner Funktion widersprechen, eigene Vorschläge in Frage zu stellen, natürlich ist dies aber kein Ausschlusskriterium und passiert zum Teil dennoch. In Interviews und Gesprächen werden Brüche und Widersprüche mit den hegemonialen Lösungsansätzen und Deutungsmustern eher sichtbar. Insbesondere fallen hier Zweifel an den generellen Möglichkeiten der Verwirklichung der Innenstadtsanierung, wie sie in Planungsdokumenten imaginiert werden, auf. Diese Brüche können mit den Themen „Kaufkraftpotenziale in der Innenstadt“, „BewohnerInnenstruktur“ und „Möglichkeiten der Problemlösung“ nachvollzogen werden.

#### **Kaufkraftpotenziale in der Innenstadt anders gedacht**

Das gängige Argumentationsmuster zur Herstellung einer florierenden Innenstadt arbeitet mit der postulierten Notwendigkeit der Aufwertung des öffentlichen Raumes, der Ansiedelung

attraktiver Geschäfte, mit dem Ziel, mehr potenzielle KonsumentInnen in die Stadt zu bringen. Zumindest wird in den Plänen für die Rüsselsheimer Innenstadt an eine Gruppe gedacht, die weitestgehend als obere Mittelschicht beschrieben werden kann. Im einem Gespräch mit einer Person der Leitungsebene des Stadtplanungsamtes wurde dieses Bild durch eine Idee, die aber nach dem Ausspruch sofort als unsagbar verworfen wurde, gebrochen. Zunächst ging es um das Gewerbegebiet „Im Hasengrund“, das höhere Umsatzzahlen verzeichne als die Innenstadt. Das läge unter anderem daran, dass das Gewerbegebiet auch die Moschee und mehrere Supermärkte beherberge, welche vor allem am Freitag nach dem Moscheebesuch stark frequentiert würden. Das Gewerbegebiet sei zeitweise belebter als die Innenstadt. Dann wurde eine höchstbemerkenswerte Idee formuliert. Man solle die Moschee als „Frequenzbringer“ in die Innenstadt verlagern und würde damit mehrere Effekte zugleich erzielen: Die Belebung der Innenstadt auch am Wochenende, die Präsenz von muslimischen Frauen und Kindern, nicht mehr nur die von Männern und eine Steigerung des Konsums im Stadtzentrum (Gespräch 11.03.2010). Sobald diese Idee formuliert wurde, wurde sie aber auch schon als undiskutierbar verworfen. Ein Moscheebau in der Innenstadt kann von Seiten der Stadt nicht ernsthaft in Erwägung gezogen werden, da sonst hegemoniale Verhältnisse in Frage gestellt würden. Dennoch kommen hier mehrere Ansichten zum Ausdruck. Diese Aussage drückt zusammen mit der bereits beschriebenen rassistischen Einstellung gegenüber Menschen, denen ob ihres Aussehens ein „Migrationshintergrund“ zugeschrieben wird, aus, wie desolat die Lage der Rüsselsheimer Innenstadt beurteilt wird und wie wenig Hoffnung in die Erfolge der eigenen Planung gesetzt wird. Denn mit einer solchen Einstellung wird diese Ideenäußerung zu einem Szenario des letzten Ausweges, da die Gruppe zur Rettung der Innenstadt ins Feld geführt wird, die sonst als die mit Abstand am unerwünschtesten Behandelte auftaucht. Hier kommt es zu einem wichtigen diskursiven Bruch, das Bild der Innenstadt, die in der Literatur so behandelt wird, als müsste man nur der Anleitung folgen, um Prosperität in der Innenstadt zu erhalten, wird in Frage gestellt, indem Szenarien gedacht werden, die als konträr zu der Planung stehend einzuordnen sind. Zweitens fällt das instrumentelle Verhältnis zu der angesprochenen Gruppe auf, die im Rahmenplan als die zu verdrängende Gruppe gehandelt wurde: Auf einmal ist sie interessant, da sie als KonsumentInnen in den Blick rücken, die sich in einer realistischen Reichweite befinden. Als Gruppe für die einfach nur geplant wird, da sie in Rüsselsheim wohnt und deshalb ein Recht zur Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse und auch Recht auf Teilhabe am Innenstadtraum hat, taucht sie jedoch bei weitem nicht auf.

### **„BewohnerInnenstruktur“**

In den Planungsdokumenten, zumindest in den neueren, ist die Rede von einer bestimmten BewohnerInnenschaft, die es zum Zuzug nach Rüsselsheim zu bewegen gilt. Im Interview (siehe Kapitel 7.1, Unterpunkt Sozialstruktur und Image) wird von der Steuerung des Zuzugs über die Bereitstellung von Loft- und Penthousewohnungen gesprochen, auch ging es an dieser Stelle explizit um das Opelmanagement. Im Gespräch hat sich herausgestellt, dass diese Hoffnung durchaus sehr ambivalent ist. Die Wahrscheinlichkeit das Opelmanagement zum Zuzug zu animieren, auch mit Loftwohnungen, wurde von derselben Person als Unmöglichkeit dargestellt, unter der Begründung, dass vor allem alleinstehende MitarbeiterInnen die umliegenden Großstädte wegen der Freizeitangebote als Wohnort bevorzugen würden. MitarbeiterInnen mit Familie hingegen würden entweder den Taunus, wegen bestimmter Infra-

strukturen, oder das Ried, wegen der günstigen Möglichkeiten Häuser zu mieten, wählen (Gespräch 09.03.2010).

Allerdings bleibt dieses Themenfeld sehr ambivalent besetzt, denn zugleich gibt es die Planungsideen von einem Golfplatz auf den Opelflächen am Main nordwestlich der Innenstadt und die der Gründung einer International School in der Innenstadt. Diese Ideen zielen darauf ab, die weichen Standortfaktoren zu verbessern und sind eindeutig auf die Attraktion einer bestimmten Klientel ausgelegt. Es wird für eine neue BewohnerInnenschaft geplant. Zugleich findet sich aber doch immer wieder die Aussage, dass man für die Stadtentwicklung beachten muss, wer vor Ort ist und deren Kaufkraft berücksichtigen muss (Gespräch 09.03.2010). Zunächst muten diese beiden Positionen widersprüchlich an. Sie sind aber als Ausdruck der bereits angesprochenen Ambivalenz zu lesen, die sich aus dem Wunsch in Rüsselsheim, ein bestimmtes Stadtbild herzustellen und der eigenen Infragestellung der Realisierbarkeit, ergibt.

### **Möglichkeiten der Problemlösung**

Wie bereits erwähnt, orientiert sich die gängige Argumentation für die Innenstadtsanierung an dem Ziel, die Wettbewerbfähigkeit Rüsselsheims wieder herzustellen. Dieses Ziel wird als schwieriger und langwieriger Prozess, aber unter Berücksichtigung gewisser Strategien immer als erreichbar dargestellt. Es bestehen aber auch Zweifel an den Möglichkeiten Rüsselsheims, im Wettbewerb zu bestehen, selbst wenn eine Profilierung der Stadt stattfindet, die auch als Problemlösungsstrategie des hegemonialen Planungsdiskurses postuliert wird. *„(...) in zehn Minuten in Mainz in der Altstadt zu sein, im Kino zu sein oder am Flughafen zu sein, hat eben auch große Nachteile, dann auch hier eine Nische zu finden und zu sagen, so das ist jetzt wirklich Rüsselsheim, weil ich kann das alles nicht bieten. Das schafft die Stadt nicht und sie ist auch in einer sehr schwierigen finanziellen Situation.“* (Interview 08.07.2010) In diesem Zitat wird die Konkurrenzfähigkeit in Frage gestellt. Die sonst positiv dargestellte Anbindung an die Großstädte der Region wird auch als Nachteil angeführt und als Begründung dafür, dass die Bedingungen zur Profilierung der Stadt über „eine Nische“ angesichts der Konkurrenz fehlen. Diese Ansicht wird noch unterstrichen durch die Aussagen, die Stadt könne „das alles nicht bieten“, „schaffe das nicht“ und sei „in einer sehr schwierigen finanziellen Situation“. Im Planungsdiskurs ist die Durchsetzung in der Konkurrenzsituation eines der wichtigsten Antriebsmittel, um Maßnahmen zu begründen. Der Wettbewerb ist das wirkmächtige Konzept, das allen Planungsbestrebungen innewohnt. Damit können Zweifel keinen Eingang in die Dokumente finden, da man sich selbst ad absurdum führte, würde man diese einbeziehen. Sonst würde die eigene Position geschwächt, vielmehr noch würde es hinfällig den Wettbewerb überhaupt aufzunehmen.

## **7.2 Innenstadtraum**

Bei der Betrachtung des Planungsdiskurses wird deutlich, dass der Innenstadtraum eine strategische Funktion hat: Die Innenstadt wird als Ort der Inszenierung von wirtschaftlicher Prosperität und sozialem Gleichgewicht behandelt. Die Konzepte suggerieren, dass ein

Optimalzustand herstellbar sei, gleichbedeutend mit dem perfekten Rüsselsheim, bei dem alle Potenziale ausgeschöpft sind. Die Beschreibung des Ist- und des Soll-Zustandes klaffen auseinander, der Innenstadtraum wird von den PlanerInnen als idealer, kohärenter Raum imaginiert, der die städtischen Probleme unsichtbar macht. Dieses ideale Bild behandelt die Innenstadt als statischen Container-Raum, der in den „Soll“-Zustand versetzt wurde. Dass die Innenstadt auch ein Ort der ständigen Bewegung und der Widersprüche ist, in dem Aushandlungsprozessen stattfinden, wird nicht aufgegriffen. Sie müsste eher als ein Ort, der in einem Prozess begriffen ist, an dem immer wieder Veränderungen geschehen müssen, begriffen werden – den perfekten Optimalzustand gibt es nicht.

Der Innenstadtraum taucht auch in der Funktion eines Erlebnis- und Konsumraums, aber auch als Ort des Wohnens auf. Problematisch ist, dass der Raum für bestimmte Gruppen zur Nutzung vordefiniert wird und andere ausgeschlossen werden, da sie nicht ins Bild einer repräsentativen Innenstadt passen, was in Kapitel 7.3 thematisiert werden soll. Bei der Analyse der diskursiven Konstruktion des Innenstadtraumes, konnte ich auf Grundlage der Analyse des Materialkorpus ein aus drei Motiven bestehendes Schema herausarbeiten. Der Raum wird als Repräsentationsraum, als Einzelhandels- und Konsumraum und als Raum der Problemlösung verstanden. Diese Motive, die im Weiteren ausgeführt werden sollen, sind miteinander verknüpft. Die Argumentationen, die diese Motive begründen, sind nicht isoliert zu betrachten und könnten auch einen Rahmen zur Betrachtung anderer Städte bilden.

### **7.2.1 Motiv: Repräsentationsraum**

Der Innenstadtraum wird als Ort der Repräsentation der Gesamtstadt verhandelt und soll, wie es oft bezeichnet wird, die Funktion einer „Visitenkarte“ erfüllen (Füller und Marquart 2009: 93, Leimbrock 2010: 92), die auch stellvertretend für eine Person und deren Qualifikation und Status steht. So wird die Rüsselsheimer Innenstadt als Stellvertreter für die Gesamtstadt behandelt. Die Repräsentation geht aber über die Abbildung des momentanen Zustandes der Gesamtstadt hinaus, vielmehr geht es darum, über das Vehikel Innenstadt ein bestimmtes Image der Stadt zu präsentieren. Das Arbeiterstadtimage wird mit der überkommenen Phase des Fordismus in Verbindung gebracht. Mittels allgemeiner Gestaltungsvorstellungen, die Fortschritt und Innovation repräsentieren, soll der Strukturwandel auch in Rüsselsheim sichtbar gemacht werden und damit eine geglückte Anpassung an postfordistische Bedingungen des Städtewettbewerbs symbolisiert werden. Dies soll durch baulich-gestalterische Maßnahmen, wie dem Projekt Opelforum, exklusiven Ladenflächen, der Modernisierung des „öffentlichen“ Raumes, aber auch durch die Präsenz oder Nicht-Präsenz bestimmter Personengruppen vermittelt werden (siehe Kapitel 7.3). Problematisch an dieser so hergestellten Realität ist, dass sie als einzig mögliche und zulässige Position dargestellt wird. Dadurch werden andere Positionen indiskutabel, indem eine naturalisierte, marktorientierte Logik diese bestimmte Form einer repräsentablen Innenstadt vorgibt: Einen exklusiven, unerwünschte gesellschaftliche Realitäten ausblendenden Raum, der Rüsselheim als prosperierende Stadt zeigt.

### 7.2.2 Motiv: Einzelhandels- und Konsumraum

Das Motiv des Einzelhandels- und Konsumraums ist zum Teil dem der Repräsentation untergeordnet. Da die Repräsentation allerdings auch wiederum auf wirtschaftliche Ziele ausgerichtet ist, steht die Einzelhandelsentwicklung auch als Motiv für sich. Als Problemstellung der Sanierungsmaßnahmen wird die „Gefahr“ des „strukturellen Bedeutungsverlustes der Rüsselsheimer Innenstadt“ benannt, die mit dem „Attraktivitätsverlust bezüglich des Konsumangebots in der Innenstadt“, der „mit einem entsprechenden Kaufkraftabfluss in andere Gemeinden“ einhergeht (Nassauische Heimstätte 2004: 1). Es geht demzufolge bei der Sanierung vorrangig um die Wiederherstellung eines Angebots von Konsumgütern und darum, die Kaufkraftabflüsse zu minimieren. Das Ziel, das mit den städtebaulichen Maßnahmen erreicht werden soll, ist ein wirtschaftliches Ziel. Mit dem vorrangigen Sanierungsziel der Einzelhandelsentwicklung wird der Innenstadtbereich auf seine Funktion als Einzelhandelsstandort reduziert – alle anderen Ziele werden dem Ziel einer prosperierenden Innenstadt untergeordnet: Auch hier wird nochmals betont, dass die Verlagerung öffentlicher und kultureller Einrichtungen angestrebt wird, da so die „Fußgängersfrequenz in der Innenstadt deutlich erhöht werden“ kann (ebd.: 82), jedoch nicht etwa damit, dass die Einrichtungen für BenutzerInnen besser erreichbar werden. Mutmaßlich geht es hier auch um eine strategische Umdefinition bzw. Besetzung des Innenstadtraums durch andere Gruppen, da eine Bespielung des Stadtraumes durch die BesucherInnen von Einrichtungen, wie Musikschule und Stadtbücherei gewünscht ist und die Hoffnung besteht, dass diese vor Ort konsumieren (Nassauische Heimstätte 2004: 82, Gespräch 03.02.2010). Auch alle anderen angesprochenen Funktionen, wie z.B. das Wohnen und kulturelle Veranstaltungen, werden letztlich als dem Einzelhandel zuarbeitend behandelt, wobei das Wohnen in der Innenstadt im Zuge der Debatte um die Ansprüche der „Creative Class“ als potenziellen KonsumentInnen, stark an Bedeutung gewonnen hat. Damit wird die Funktion des Innenstadtraumes verkürzt. Andere Ansprüche der Nutzung erhalten nur Legitimität insofern sie ökonomisch verwertbar sind.

### 7.2.3 Motiv: Raum der Problemlösung

Die Innenstadt ist Ort der Verräumlichung einer Problemlösungsstrategie. Sie wird durch die Verknüpfung der beiden anderen Motive zu diesem Raum gemacht. Es geht darum, strukturelle Probleme der Gesamtstadt über eine Imageverbesserung, die räumlich durch die Aufwertung der Innenstadt vollzogen bzw. sichtbar gemacht werden soll, zu lösen. Das bedeutet, dass strukturelle Probleme der Stadt Rüsselsheim in den Publikationen als Imageprobleme behandelt werden, deren Lösung dann durch die Herstellung einer funktionsfähigen Innenstadt geschehen soll. Also eine Problemlösung durch die Inszenierung wirtschaftlicher Prosperität (vgl. Barnes, Waitt und Gill 2006)<sup>50</sup>, in der Hoffnung dadurch einen Prozess anstoßen zu

---

<sup>50</sup> Barnes, Waitt und Gill (2006) thematisieren am Beispiel des Diskurses um die Revitalisierung einer Einkaufsstraße in Port Kembla die Inszenierung von Prosperität, als Mittel der Anziehung von InvestorInnen.

können, der „echtes“ Wirtschaftswachstum befördert. Somit wird der Innenstadtraum über eine symbolische Ebene der Ökonomie organisiert (Kamleithner 2010: 38).

### **7.3 AkteurInnen/ Subjektkonstruktionen**

Fokussiert man die Frage, wie die AdressatInnen und auch Nicht-AdressatInnen der Planung von den PlanerInnen diskursiv konstruiert werden, können drei verschiedene Gruppen unterschieden werden. Diese Einteilung geht einher mit einer Hierarchisierung der Subjektpositionen (vgl. Kap. 3.3) der unterschiedlichen Gruppen und erfüllt die Funktion der Legitimation einer bestimmten Ausrichtung der Planung. Mittels normativer Setzungen im Diskurs werden bestimmte Subjektpositionen diskreditiert, andere herausgehoben. Im Folgenden sollen diese konstruierten Gruppen und die damit einhergehenden Zuschreibungen erläutert werden.

#### **7.3.1 Motiv: „Creative Class“<sup>51</sup>**

Die „Creative Class“ und die BesucherInnen sind die eigentlichen AdressatInnen der Planungen bzw. die Gruppe, auf die die Erneuerungen ausgerichtet sind. Ihnen wird eine hohe Kaufkraft, aber auch die Repräsentation des wirtschaftlichen Aufstiegs zugeschrieben. Als HoffnungsträgerInnen des wirtschaftlichen Aufschwungs, erhalten sie die Rolle, die Stadt wieder in eine attraktive Position zu bringen. Von BesucherInnen und TouristInnen erhofft sich die Stadt dasselbe. Zur Begründung von Maßnahmen, wird im positiven Sinne auf diese Gruppe verwiesen, denn für Gäste muss die Stadt aufbereitet werden. Der Glaube an die Umzugsbestrebungen dieser „Eliten“ ist allerdings brüchig (vgl. Kapitel 7.2.1).

An dieser Stelle ist auch nochmals auf die Verhandlung des Images als Automobilstadt einzugehen, wie es in Fragment 1 verhandelt wird, in dem sich die Argumentation findet, dass der Strukturwandel in Rüsselsheim vollzogen ist und sich die Stadt an das neue soziokulturelle Milieu anpassen müsse. Die Argumentation in diesem Satz unterscheidet sich grundlegend von dem gängigen Argumentationsmuster, dass durch eine Aufwertungsmaßnahme die gewünschte Zielgruppe erst erreicht wird. Hier hört es sich so an, als müsste sich die Stadt nur noch an das „neue soziokulturelle Milieu anpassen“, was deutlich macht, wie die Gruppe der „Creative Class“ instrumentalisiert wird, um Aufwertung zu betreiben. Andersherum ist es jedoch richtiger: Diese Gruppe soll in die Stadt geholt werden um einen Strukturwandel sichtbar zu machen, bzw. Prosperität zu inszenieren, in der Hoffnung eine Sogwirkung zu erzielen. Zugleich geht es um die erwähnte Erhöhung der Kaufkraftpotenziale gekoppelt mit dem Wissen, dass diese Gruppe als innenstadtaffin gilt.

---

<sup>51</sup> Siehe Fußnote 49

### 7.3.2 Motiv: „BesetzerInnen“

Die Gruppe der „BesetzerInnen“ ist gleichbedeutend mit den MigrantInnen, bzw. AusländerInnen, was aus der Sicht der PlanerInnen keinen Unterschied macht, da die Einordnung in diese Gruppe ohnehin nach Zuschreibung, anhand von Äußerlichkeiten erfolgt. Sie werden als Repräsentanten der städtischen Stagnation und des negativ konnotierten ArbeiterInnenimages behandelt. Damit wird ihnen die Schuld an der schlechten Situation der Innenstadt zugewiesen, was sich auch in der Metapher des „Identifikationskerns“ Innenstadt, den sie „besetzen“ würden, ausdrückt. Diese Behandlung erinnert an die alte Vorstellung der „gefährlichen Klassen“, dabei werden mit dem Vorwurf, einen Raum zu besetzen, der allen gehört, ausgrenzende Maßnahmen gerechtfertigt (vgl. Hefendehl und Stolle 2003: 257). Zumindest sollen sie in der Innenstadt nicht mehr in Erscheinung treten, verbunden mit der Zuschreibung, dass sie nicht konsumfähig seien. Damit wird ihr Aufenthalt in der Innenstadt delegitimiert, da die Legitimität, sich an diesem Ort aufzuhalten, „aus der zumindest angenommenen oder prognostizierten Fähigkeit zu konsumieren“ erwächst (Michel 2005: 100) – wer in der postmodernen Gesellschaft nicht als KonsumentIn anzusprechen ist, gilt als überflüssig. Die MigrantInnen werden zusätzlich als eine Art von „Anti-Community“ konstruiert, was wiederum mit der Rechtfertigung eines sozialen Ausschlusses und der Responsibilisierung für die eigene Situation verbunden ist (vgl. Rose 2000: 94/95, vgl. Kapitel 3.2.2./ 3.2.3). Die mit dieser Strategie der Anprangerung erreichte Exklusion, bedient Abgrenzungsbedürfnisse<sup>52</sup> und formiert die „Anderen“<sup>53</sup>, vor allem aber wird damit ein repressives Vorgehen gegen diese Gruppe legitim.

### 7.3.3 Motiv: Die „zu Aktivierenden“

Das Motiv der „zu Aktivierenden“ umfasst prinzipiell alle BürgerInnen der Stadt, die als Inkludierte gesehen werden, also nicht der Gruppe der „BesetzerInnen“ angehören<sup>54</sup>. Bezüglich der Innenstadt werden speziell die Haus- und LadenbesitzerInnen als Gruppe angesprochen und die BewohnerInnen der Innenstadt sowie der unmittelbar angrenzenden Wohngebiete. Diese Gruppen sollen zur Mitarbeit am Projekt Innenstadt gebracht werden, was an der Art und Weise der Ansprache und der konkreten Aufgabenzuordnung dieser Gruppen in den Papieren der Planung deutlich wird. Implizit steckt das aber auch in der Erwartung der Identifikation der „Rüsselsheimer BürgerInnen“ mit der Innenstadt, denn auch schon die Nutzung der Innenstadt zum Einkaufen wäre ein positives Bekenntnis zur Stadt, das so auch eingefordert wird. Vor allem die Gruppe der LadenbesitzerInnen und HauseigentümerInnen soll aktiv werden und sich an der Gestaltung der Stadt beteiligen, was einer gewissen Steuerung oder auch

---

<sup>52</sup> Den verunsicherten Mittelschichten und auch denen, die selbst zu den Verlierern des ökonomischen Transformationsprozesses gehören, wird so ihre Teilhabe am gesellschaftlichen System versichert. (Singelstein und Stolle 2008: 82)

<sup>53</sup> Heinz Steinert (2008: 21) identifiziert den „autoritären Populismus“ als Form staatlicher Politik, die durch Feindkonstellationen den Zusammenschluss der „Rechtschaffenen“ hinter der Regierung forcieren soll.

<sup>54</sup> Allerdings gibt es auch hier Hierarchisierungen, da zum Teil auch die „exkludierten“ Gruppen mit zur Gruppe der Haus- und LadenbesitzerInnen gehören, die wie mit der Vokabel der „ethnischen Ökonomie“ gezeigt wurde, eine gesonderte Behandlung erfahren.



eines Impulses bedarf. Angehörige dieser Gruppe sind somit auch Subjekte der Erziehung: Sie sind nicht wie die „Creative Class“ von vorne herein positiv besetzt, können aber zu „gutem Geschmack“ erzogen werden oder auch sonst dazu angeleitet werden, sich im Sinne einer „innovativen Stadt“ zu verhalten, was gleichbedeutend mit einem unternehmerischem Handeln ist. In diesem Sinne wird Erziehung durch die PlanerInnen als notwendig erachtet, wie am Beispiel des Fassadenleitbildes (Kapitel 6.6.2) verdeutlicht wurde, um LadenbesitzerInnen und HauseigentümerInnen zu marktgängigem Verhalten in einer postmodernen Innenstadt zu bringen. Diese Aktivierung der anwohnenden BürgerInnen als „Angestellte des Unternehmens Stadt“ (Göschel 2006) wird in der Planung von öffentlichen Gartenwettbewerben oder der Platzierung von Zeitungsartikeln, um z.B. das Thema „begrünte Höfe“ ins Bewusstsein zu rücken (Ammon und Sturm 2006: 55ff), deutlich.

## 8 Schluss

Der Wandel des Städtischen, im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus, ist in Rüsselsheim mit verschiedenen Prozessen verbunden. Die nach den Leitbildern des Fordismus erweiterte Stadt muss mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel umgehen. Auch die veränderten Anforderungen an die Regierung einer neoliberal organisierten Stadt, zeichnen sich im Diskurs der momentanen Stadtentwicklungsplanung ab. Schon länger wird versucht, auch im Bezug auf die ansässige Adam Opel AG und die Krise der Automobilindustrie zusätzliche Unternehmen am Standort anzusiedeln. Bereits einige wirtschaftsfördernde Maßnahmen, wie die Entwicklung des Gewerbegebietes Blauer See oder der Aufbau des Opel Lifecenters, von dem heute nicht mehr gesprochen wird, wurden angestoßen, zeigten aber nicht die gewünschte Wirkung. Diese wirtschaftliche Dimension des Strukturwandels ist aber zusätzlich verbunden mit einer repräsentativen, bzw. symbolischen Dimension, die für den Diskurs um die Herstellung einer besseren wirtschaftlichen Position eine Rolle spielt. Die postfordistischen „Gewinnerbranchen“, wie die höheren Dienstleistungen des quartären Sektors, werden mit Fortschritt, Innovation und Kreativität in Verbindung gebracht und als Schlüssel für Wirtschaftswachstum und „lebendige“, urbane Zentren behandelt (Häußermann, Läßle und Siebel 2008: 159ff). Dem gegenüber werden die Symbole des Fordismus, die zu dieser Zeit positiv besetzt waren, negativ umgedeutet. Sie werden mit Rückständigkeit und wirtschaftlicher Stagnation in Verbindung gebracht und in kleinbürgerlichen, tristen (ArbeiterInnen-)Städten verortet. Für Rüsselsheim, als Stadt mit traditionell großem Anteil an produzierendem Gewerbe und heute daran gekoppeltes schlechtes Image, tritt als Planungsziel die Herstellung von Prosperität in den Vordergrund. Diese soll mit der Einwirkung auf das Image der Stadt erreicht werden.

Im hegemonialen Diskurs um die Herstellung der Konkurrenzfähigkeit von Städten werden keine gravierenden Unterschiede bezüglich der Ziele und Leistungsanforderungen zwischen den Vorstellungen von Mittel- und Großstädten gemacht. Bei der diskursanalytischen Betrachtung der Innenstadtsanierung rückt die Wichtigkeit der Innenstadt als „*Repräsentationsraum*“, d.h. als Ort der Symbolisierung von wirtschaftlicher Prosperität durch gestalterische Maßnahmen, aber auch als „*Konsumraum*“, d.h. als Ort der Herstellung wirtschaftlicher Prosperität durch die Revitalisierung des Einzelhandels in den Mittelpunkt. Das Ziel der Herstellung einer prosperierenden Innenstadt soll zunächst über Repräsentations- und Imageverbesserung erreicht werden. Die Innenstadtsanierung beruht vordergründig zunächst auf gestalterischen Maßnahmen. Diese sollen das Vehikel sein, um die wirtschaftliche Situation der Gesamtstadt zu verbessern. Damit sollen strukturelle Probleme mittels gestalterischer Maßnahmen gelöst werden und zwar über den Innenstadtraum als „*Problemlösungsraum*“. Im Sanierungsdiskurs werden so Probleme verräumlicht, die gesellschaftliche Ursachen haben und nicht über bauliche Maßnahmen zu lösen sind. Eine Verräumlichung spiegelt sich auch in

der Konzentration der Problemlösungsansätze auf die Sozialstruktur wieder, die an die Attraktion von kaufkräftigen gesellschaftlichen Gruppen gekoppelt sind. Die von Rousseau für Roubaix und Sheffield proklamierte Strategie ist auch in Rüsselsheim als Muster zu erkennen: Nachdem die Attraktion von Unternehmen als gescheitert angesehen wird, konzentriert sich die Stadtentwicklung verstärkt auf die Attraktion von kaufkräftigen BewohnerInnengruppen (vgl. Rousseau in Kapitel 4.6).

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Veränderung der vorgenommenen bzw. in den Planungspublikationen vorgestellten Projekte. Hier zeichnet sich eine Verschiebung des Diskurses in Richtung kleinräumiger Projekte und gezielter Ansprache bestimmter Gruppen, mit dem Ziel der Aktivierung und/oder der Responsibilisierung selbiger, ab. Damit finden sich Muster der neoliberalen Regierung in der diskursiven Konstruktion der AkteurInnen wieder, die sich auch in den drei ausgemachten Motiven der AkteurInnen- bzw. Subjektkonstruktionen spiegeln (vgl. Kapitel 7.3). LadeninhaberInnen und ImmobilieneigentümerInnen als „*zu Aktivierende*“ werden als Verantwortliche zur Schaffung einer funktionierenden Innenstadt angerufen. Aufgabe der PlanerInnen ist dabei die Steuerung dieses Prozesses, bis hin zur Erziehung der angesprochenen Gruppen zu marktgängigem Verhalten. So tritt in diesem impliziten Vorwurf der Planung an die AdressatInnen, sich nicht optimal marktförmig zu verhalten, auch die Subjektivierungsform des unternehmerischen Selbst zu Tage. Die Praxis der Planung, das marktförmige Verhalten der AkteurInnen zu steuern und erzieherisch auf EinzelhändlerInnen und BewohnerInnen einzuwirken, entspricht auch einer für den Neoliberalismus konstatierten Tendenz, dass nicht, wie im Liberalismus, auf die Kräfte des Marktes gesetzt wird, sondern dieser aktiv durch die PlanerInnen hergestellt werden muss. Subjekte müssen marktgängiges Verhalten erlernen, wenn sie denn dazu befähigt erscheinen und ihnen nicht die Zugehörigkeit zu einer marginalisierten Gruppe zugeschrieben wird, wie im Falle der „*BesetzerInnen*“. Als „*BesetzerInnen*“ gelten den Planungsinstanzen die „*AusländerInnen*“ und „*MigrantInnen*“, in denen die RepräsentantInnen des städtischen Niedergangs gesehen werden. Hier wird eine „*Anti-community*“ aufgebaut, der unter rassistischer Argumentation die Schuld an der wirtschaftlichen Stagnation der Stadt zugewiesen wird. Dieser Gruppe werden die Angehörigen der „*Creative Class*“ als RepräsentantInnen von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit gegenübergestellt. An sie ist auch die Hoffnung geknüpft, Kaufkraftpotenziale insgesamt zu erhöhen. Als AdressatInnen der Planung soll diese Gruppe durch die Ausrichtung der Sanierungsmaßnahmen erst erobert werden. Die soziale Mischung wird noch nicht einmal mehr als rhetorische Form gebraucht, um Aufwertungsprozesse zu legitimieren (vgl. Holm 2009). Die Ausgrenzung kann sehr direkt unter der Begründung formuliert werden, dass nur noch eine andere BewohnerInnenschaft die Innenstadt in eine gute Wettbewerbsposition bringen könne.

Die Tendenzen des Selbstverständnisses der Planung sind hierbei durchaus als ambivalent einzuschätzen. Die PlanerIn versteht sich durchaus als die Wissende, die die Planungsangelegenheiten professionell managt. Die oft festgestellte Tendenz zu einer kooperativen Planung, die sich in kooperativer Beteiligung an Planungsentwürfen oder auch in Empowermentstrategien der Betroffenen zeigt, kann in Rüsselsheim, zumindest im Planungsprozess der Innenstadtsanierung, nicht nachvollzogen werden. Die Aktivierung und Responsibilisierung der besprochenen Gruppen funktioniert aber unter anderem über die Narrative, dass alle zusammen arbeiten müssten. Dennoch steuert die Planung dabei „von oben“.

Das den Planungen zugrundeliegende Gesellschaftsbild ist geprägt von normativen Vorstellungen, die einem neoliberalen Verständnis des Sozialen entsprechen. Die verschiedenen, von der Planung ausgemachten Gruppen werden entlang der Kriterien von ökonomischer Verwertbarkeit beurteilt und erfahren anhand dessen eine hierarchische Ordnung. Verschiedene Subjektpositionen haben keinen Wert an sich und kein daraus resultierendes Recht auf Berücksichtigung in der Planung, sondern werden nach ihrem Nutzen für die Stadtentwicklung und hinsichtlich ihrer Fähigkeiten, sich selbst zu führen und sich selbst in Wert zu setzen, beurteilt.

Die Brüchigkeit der neoliberalen Narrative drückt sich im Diskurs vor allem im Verweis darauf aus, dass die Hoffnungen der PlanerInnen auf die Erfolge der Planungen eingeschränkt sind. Die Brüche im Diskurs deuten daraufhin, dass die Planenden auch mit dem Hadern, was als „common sense“ der Lösungsstrategien zur Herstellung von wettbewerbsfähigen Städten gilt. Das kann nur in Gesprächen zum Ausdruck kommen (vgl. Kapitel 7.1.2), nicht auf der Ebene von Dokumenten, und zeigt sich hier noch am ehesten in der Tendenz zu kleinräumig orientierten Maßnahmen. Allerdings erfüllen die „loser cities“ im Städtewettbewerb auch eine Funktion. Der hegemoniale Diskurs um die Stadtentwicklungsplanung entfaltet seine Wirkmächtigkeit in der Präsentation von Städten als „Verliererinnen“ und „Gewinnerinnen“. An die neoliberale Gouvernementalität ist die Regierung der Subjekte mittels der Technologien des Selbst geknüpft. Diese gehen einher mit der Anrufung unternehmerischer, autonomer Subjekte, die eine Parallele zur Ansprache als „unternehmerischer Stadt“ darstellt. Durch die Unterschiedlichkeit von Wettbewerbspositionen werden diese vergegenwärtigt, woraus sich in der Folge eine Erhöhung des allgemeinen Ökonomisierungsdrucks ergibt. Denn die Prämisse von Konkurrenz und Wettbewerb basiert auf dem Vorhandensein von „GewinnernInnen“ und „VerlierInnen“, was auch für Städte gilt. Damit liegen der Städtewettbewerb und seine Folgen in der gesellschaftlichen Organisation begründet, die nicht natürlich gegeben oder unhinterfragbar ist. In diesem Sinne gilt es, an der Widerständigkeit von Subjekten anzusetzen.

In dieser Arbeit konnte, ob des Rahmens eines Diplomarbeitvorhabens, nur die Sicht der PlanerInnen untersucht werden, bzw. die Innenstadt Rüsselsheim aus dem Blickwinkel der PlanerInnen betrachtet und kritisiert werden. Daran anknüpfend wäre es interessant, zu untersuchen, inwiefern die am Beispiel von Rüsselsheim ermittelten Motive auch auf andere Städte übertragbar sind, bzw. in anderen Planungsdiskursen wiederzufinden sind. Ferner wäre es interessant, den Mediendiskurs im Vergleich zu betrachten oder die Diskursanalyse zur Dispositivanalyse zu erweitern. So könnten der Ausdruck von Architektur und Gestaltung der Innenstadt, sowie die Nutzungen der Innenstadt durch die verschiedenen Gruppen einbezogen werden. Mit einer so ausgerichteten Fragestellung könnten auch widerständige Praktiken der Subjekte besser fokussiert werden, die in dieser Arbeit nicht Gegenstand sein konnten. Es stellt sich die Frage, wie widerständige Praktiken in Bezug auf die Stadtentwicklung in Rüsselsheim aussehen bzw. aussehen könnten. Denn der Innenstadtraum wird zwar von den PlanerInnen auf eine bestimmte Art und Weise gedacht und dementsprechend beplant, aber nicht determiniert, da dieser ein Produkt von Aushandlungsprozessen verschiedener AkteurInnen bleibt.

*„Die Sprache der Macht „urbanisiert sich“ zwar, aber die Innenstadt ist widersprüchlichen Bewegungen ausgesetzt, die sich jenseits der panoptischen Macht ausgleichen und verbinden. Die Stadt wird zwar zum beherrschenden Thema der politischen Legendenbildung, aber sie ist kein Bereich programmierter und kontrollierter Verfahren mehr. Unterhalb der ideologisierenden Diskurse wuchern Finten und Bündnisse von Mächten ohne erkennbare Identität, ohne greifbare Konturen und ohne rationale Transparenz, die nicht verwaltet werden können.“*

(De Certeau 1988: 185)

## 9 Literatur

- Adam, Brigitte (2005): Klein- und Mittelstädte in Stadtregionen. Bonn. (= Informationen zur Raumentwicklung 8)
- Adrian, Hanns (1995): Sanierung. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover: 840.
- Albers, Gerd (1993): Über den Wandel im Planungsverständnis. In: RaumPlanung 61: 97-103.
- Ammon, Frank und Sturm, Thekla (2003): Rüsselsheim. Ein gestalterisches Leitbild für die Fassaden der Innenstadt. Gestalthandbuch 2003. Rüsselsheim.
- Ammon, Frank und Sturm, Thekla (2006): Rahmenplan Innenstadt Rüsselsheim. Januar 2006. Frankfurt.
- Balsas, Carlos (2001): Commerce and the European City Center: Modernization, Regeneration and Management. In: European Planning Studies, 9 (5): 677-682.
- Bareis, Ellen (2008): Bob Jessops staats- und regulationstheoretischer Ansatz — Ein möglicher Zugang zu einer kritischen Sozialraumforschung?. In: Kessl, Fabian und Reutlinger, Christian (Hrsg.). Schlüsselwerke der Sozialraumforschung. Traditionslinien in Text und Kontexten. Wiesbaden:189-211.
- Barnes, Kendall et al. (2006): Community and Nostalgia in Urban Revitalisation – a critique of urban village and creative class strategies as remedies for social 'problems'. In: Australian Geographer 37 (3): 335-354.
- Bau-Gesetzbuch. URL im Internet: <http://dejure.org/gesetze/BauGB/136.html> (25.09.10).
- Baumann, Katja et al. (2006): Stadtumbau West. 16 Städte gestalten den Pilotumbau – Zwischenstand im ExWoSt-Forschungsfeld Stadtumbau West. Bonn.
- Belina, Bernd und Dzudzeck, Iris (2009): Diskursanalyse als Gesellschaftsanalyse – Ideologiekritik und Kritische Diskursanalyse. In: Glazke, Georg; Mattisek, Annika (Hrsg.): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung. Bielefeld: 129-151.
- Bojes, Volker und Radke, Udo (2008): Einkaufszentrum „Opel Forum“, Rüsselsheim. Wirkungsanalyse Januar 2008. Hamburg.
- Brenner, Neil (1997): Die Restrukturierung des staatlichen Raums: Stadt- und Regionalplanung in der BRD 1960-1990. In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 27(4): 545-565.
- Bröckling, Ulrich (2004): Unternehmer. In: Bröckling, Ulrich, Lemke, Thomas und Krassmann, Susanne (Hrsg.): Glossar der Gegenwart. Frankfurt am Main: 271-276.
- Bröckling, Ulrich (2007): Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt am Main.

- Bröckling, Ulrich, Lemke, Thomas und Krassmann, Susanne (Hrsg. 2000): Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung. In: *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt am Main: 7-41.
- Bröckling, Ulrich, Lemke, Thomas und Krassmann, Susanne (Hrsg. 2004): Einleitung. In: *Glossar der Gegenwart*. Frankfurt am Main: 9-16.
- Butler, Judith (2001): *Psyche der Macht. Das Subjekt der Unterwerfung*. Frankfurt am Main.
- Cafantaris, Karola und Faix, Nora V. (2009): *Subjektbegriff wissenschaftlicher Methodik. Eine Annäherung – am Beispiel der Marienthal-Studie und der Militantenuntersuchung der Gruppe „Revolutionärer Kampf“*. Hausarbeit. Seminar: Soziale Stadt „from below“. Ellen Bareis/SoSe 2009. Universität Frankfurt. Unveröffentlicht.
- De Certeau, Michel (1988 [1980]): *Die Kunst des Handelns*. Berlin.
- Durth, Werner (1987): *Urbanität und Stadtplanung. Thesen zu einem problematischen Verhältnis*. In: Prigge, Walter (Hrsg.): *Die Materialität des Städtischen. Stadtentwicklung und Urbanität im gesellschaftlichen Umbruch*. Basel, Boston: 155-166.
- Eichhorn, Dagmar (1994): *Intervention im Umbruch der Stadt. Eine Studie zur Opelstadt Rüsselsheim*. Frankfurt. (=Frankfurter Schriften zur Wirtschaftspolitik 4).
- Esser, Josef und Hirsch, Joachim (1987): *Stadtsoziologie und Gesellschaftstheorie. Von der Fordimus-Krise zur „postfordistischen“ Regional- und Stadtstruktur*. In: Prigge, Walter (Hrsg.): *Die Materialität des Städtischen. Stadtentwicklung und Urbanität im gesellschaftlichen Umbruch*. Basel, Boston: 31-56.
- Evert, Klaus Jürgen (Hrsg. 2001): *Lexikon Landschafts- und Stadtplanung: mehrsprachiges Wörterbuch der Planung, Gestaltung, Schutz der Umwelt*. Berlin, Heidelberg.
- Florida, Richard (2004): *The rise of the creative class: And how it's transforming work, leisure, community and everyday life*. New York.
- Forester, John (1989): *Planning in the Face of Power*. Berkley, Los Angeles.
- Foucault, Michel (1977): *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1*. Frankfurt.
- Foucault, Michel (1981 [1969]): *Archäologie des Wissens*. Frankfurt.
- Foucault, Michel (1991 [1972, dt. 1974]): *Die Ordnung des Diskurses*. Frankfurt.
- Foucault, Michel (1999) *Botschaften der Macht: Der Foucault-Reader. Diskurs und Medien*. Jan Engelmann (Hrsg.). Stuttgart.
- Foucault, Michel (2004a): *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität 1*. Frankfurt.
- Foucault, Michel (2004b): *Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität 2*. Frankfurt.
- Foucault, Michel (2005): *Analytik der Macht*. Frankfurt.
- Füller, Henning und Marquardt, Nadine (2009): *Gouvernementalität in der humangeographischen Diskursforschung*. In: Glazke, Georg und Mattisek, Annika (Hrsg.): *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*. Bielefeld: 83-107.
- Giersdorf, Marcel (2009): *Katastrophe abgewendet, Krise noch vor sich - Opel soll an Magna verkauft werden – darüber sind die meisten Rüsselsheimer erleichtert. Trotzdem rechnen sie mit schweren Zeiten*. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12.09.2009 (212): 57.

- Göschel, Albrecht (2006): Stadtentwicklung im Bruch des sozialstaatlichen Konsens. Anmerkungen zum Forschungsverbund „Stadt 2030“. In: Selle, Klaus (Hrsg.): Planung neu denken. Dortmund: 208-221. (=Praxis der Stadt- und Regionalentwicklung. Analysen. Erfahrungen. Folgerungen. 2).
- Habit, Daniel (2005): Mittelstädte, EU-Strukturpolitik und der Zwang zur Inszenierung. In: Schmidt-Lauber, Brigitta (Hrsg.): Mittelstadt. Urbanes Leben jenseits der Metropole. Frankfurt, New York:139-154.
- Harvey, David (1989): From Managerialism to Entrepreneurialism: The Transformation in Urban Governance in Late. In: Geografiska Annaler. Series B, Human Geography 71(1): 3-17.
- Häußermann, Hartmut, Läßle, Dieter und Siebel, Walter (2008): Stadtpolitik. Bonn.
- Heeg, Susanne (1998): Vom Ende der Stadt als staatlicher Veranstaltung" – Reformulierung städtischer Politikformen am Beispiel Berlins. In: Prokla 28 (1): 5-24.
- Heeg, Susanne; Rosol, Marit (2007): Neoliberale Stadtpolitik im globalen Kontext. Ein Überblick. In: Prokla, 37 (4): 491-509.
- Hefendehl, Roland und Stolle, Peer (2003): Gefährliche Orte oder gefährliche Kameras? Die Videoüberwachung im öffentlichen Raum. In: Kriminologisches Journal 34(4): 257-272.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1988): Phänomenologie des Geistes. Hamburg.
- Heineberg, Heinz (2006): Stadtgeographie. Paderborn (u.a.).
- Holm, Andrej (2009): Soziale Mischung. Zur Entstehung und Funktion eines Mythos. Forum Wissenschaft 2009 (1): 23-26.
- Holzkamp, K. (1983): Der Mensch als Subjekt wissenschaftlicher Methodik. Vortrag – 1. Internationalen Ferienuniversität: Kritische Psychologie vom 7.-12. März 1983, Graz. URL im Internet: <http://www.kritische-psychologie.de/texte/kh1983a.html> (14.09.2009).
- Hujer, Reinhard; Rührup, Bert (2006): Rüsselsheim 2020. Zielsetzungen und Handlungsanleitungen für eine strategische Stadtentwicklung Rüsselsheims. Wiesbaden.
- Hytrek, Thomas et al. (1999): Abschlussbericht Juni 1999. Freiflächenkonzept Innenstadt Rüsselsheim. Abschlussbericht 1999. Planergruppe HTWW GmbH. Flörsheim.
- Jäger, Siegfried (2007): Diskurs und Wissen – Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse. In: Keller, Rainer et al. (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Bd. 1: Theorien und Methoden. Opladen: 83-114.
- Jäger, Siegfried (2009): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Münster.
- Jessop, Bob (2002): Liberalism, Neoliberalism and Urban Governance: A State-Theoretical Perspective. In: Antipode 34(3): 452-472.
- Jordan, ohne Vorname (1987): Stadtentwicklung nach dem 2. Weltkrieg. Entwurf eines Artikels für die Stadtverwaltung Rüsselsheim. (unveröffentlichtes Dokument)
- Kamleithner, Christa (2010): „Regieren durch Community“: Neoliberale Formen der Stadtplanung. In: Drilling, Matthias (Hrsg.): Governance der Quartiersentwicklung. Theoretische und praktische Zugänge zu neuen Steuerungsformen. Wiesbaden: 29-48.
- Kant, Immanuel (2000[1803]): Über Pädagogik. In: Weischedel, Wilhelm (Hrsg.): Immanuel Kant. Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik. Frankfurt: 695-761.



- Kessl, Fabian (2008) System und Subjekt. In: Bakic, Josef, Diebäcker, Marc, Hammer, Elisabeth (Hrsg.): Aktuelle Leitbegriffe der Sozialen Arbeit. Ein kritisches Handbuch. Wien: 250-270.
- Kilber, Heiderose und Zibell, Barbara (2005): Stadt- und Regionalplanung. In: Kessl et al. (Hrsg.): Handbuch Sozialraum. Wiesbaden: 165-180.
- Kirchberger, Michael (2009): Opel, GM und Tristesse. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 15.11.2009 (46): V5.
- Kornmann, Stefan, Jacoby, Christoph und Dinter, Michael (1995): Rahmenplanung zentraler Bereich Rüsselsheim und Infrastrukturplanung Alzeyer Straße: Ergebnisbericht. Frankfurt.
- Krätke, Stefan (1995): Stadt – Raum – Ökonomie. Einführung in aktuelle Problemfelder der Stadtökonomie und Wirtschaftsgeographie. Basel, Boston, Berlin.
- Kreissl, Reinhard (2004): Community. In: Bröckling, Ulrich, Lemke, Thomas und Krassmann, Susanne (Hrsg.): Glossar der Gegenwart. Frankfurt am Main: 37-41.
- Langhagen-Rohrbach, Christian (2005): Raumordnung und Raumplanung. Darmstadt.
- Larner, Wendy (2009): Neoliberalism. In: Kitchin, Rob (u.a.) (Hrsg.): International encyclopedia of human geography. Amsterdam (u.a.): 374-378.
- Leimbrock, Holger (2010): Planungsstrategien zur Gestaltung mittelstädtischer Lebensräume. In: Schmidt-Lauber, Brigitta (Hrsg.): Mittelstadt. Urbanes Leben jenseits der Metropole. New York: 89-102.
- Lemke, Thomas (1997): Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität. Berlin, Hamburg.
- Lemke, Thomas (2001): Max Weber, Norbert Elias und Michel Foucault über Macht und Subjektivierung. In: Berliner Journal für Soziologie 11 (1): 77-95.
- Lemke, Thomas (2004): Governance, Gouvernementalität und die Dezentrierung der Ökonomie. In: Reichert, Ramón (Hrsg.): Gouvernementality Studies. Analysen liberal-demokratischer Gesellschaften im Anschluss an Michel Foucault. Münster: 63-73.
- Lemke, Thomas (2007): Eine unverdauliche Mahlzeit? Staatlichkeit, Wissen und die Analytik der Regierung. In: Krassmann, Susanne und Volkmer, Michael (Hrsg.): Michel Foucaults „Geschichte der Gouvernementalität“ in den Sozialwissenschaften. Internationale Beiträge. Bielefeld: 47-75.
- Magistrat der Stadt Rüsselsheim. Fachbereich Finanzen – Statistische Arbeitsstelle (2009): Statischer Bericht 2009: URL im Internet: <http://www.stadt-ruesselsheim.de/rd/1076.htm> (01.09.2010).
- Magistrat der Stadt Rüsselsheim. Fachbereich Umwelt und Planung. (2005): Rahmenplanung Schäfergasse. Rüsselsheim.
- Mattisek, Annika (2008): Die neoliberale Stadt. Diskursive Repräsentationen im Stadtmarketing deutscher Großstädte. Bielefeld.
- McLeod, Gordon (2002): From Urban Entrepreneurialism to a “Revanchist City”? On the Spatial Injustices of Glasgow’s Renaissance. In: Antipode 34 (3): 602-624.
- Meckert, Kristine (2010): Auf neue Zentrum konzentrieren. Immobilienverwalterin Kristine Meckert über Leerstände in der City. In: Frankfurter Rundschau 27/28.02.10 (4): R3.
- Michel, Boris (2005): Stadt und Gouvernementalität. Münster. (= Einstiege 15. Grundbegriffe der Sozialphilosophie und Gesellschaftstheorie)

- Moulaert, Frank, Swyngedouw, Erik und Rodriguez, Arantxa (2002): Neoliberal Urbanization in Europe – Large-Scale Urban Development Projects and the New Urban Policy. In: *Antipode* 34 (3): 542-577.
- Nassauische Heimstätte, Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH (2004): Vorbereitende Untersuchungen gemäß §141 Baugesetzbuch für die Sanierung Innenstadt Rüsselsheim. Abschlussbericht 2004. Frankfurt.
- Nayak, A. (2009): Racism and Antiracism. In: Kitchin, Rob (Hrsg.): *International encyclopedia of human geography*. Amsterdam (u.a.): 59-64.
- Nonhoff, Martin (2008): Politik und Regierung. In: Moebius, Stephan und Reckwitz, Andreas (Hrsg.): *Poststrukturalistische Sozialwissenschaften*. Frankfurt: 277-294.
- Ohne Verfasser (2008): Oldtimer als Lockmittel für Kunden. Aus dem alten Opelwerk wird ein Einkaufszentrum. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 08.02.2008 (33): 59.
- Otto, Rudolf (1981): Baukräne über Rüsselsheim. 25 Jahre Stadtentwicklung (1950 – 75). Rüsselheim.
- Pêcheux, Michel (1984a): Zu rebellieren und zu denken wagen! Ideologien, Widerstände, Klassenkampf.(Teil 1). In: *Kulturrevolution* 1984 (5): 61-65.
- Pêcheux, Michel (1984b): Zu rebellieren und zu denken wagen! Ideologien, Widerstände, Klassenkampf.(Teil 2). In: *Kulturrevolution* 1984 (6): 63-67.
- Peck, Jamie (2008 [2007]): Das Kreativitätsskript. In: *Eurozine*. URL im Internet: <http://www.eurozine.com/articles/2008-11-19-peck-de.html>. (30.07.2010).
- Pohl, Jürgen (2005): Urban Governance à la Wolfsburg. In: *Informationen zur Raumentwicklung* 9 (10): 637-647.
- Reckwitz, Andreas (2008): *Subjekt*. Bielefeld. Transcript Verlag.
- Rodenstein, Marianne (Hrsg. 1988): „Mehr Licht, mehr Luft“. Gesundheitskonzepte im Städtebau seit 1750. Frankfurt, New York: 105-170.
- Rodenstein, Marianne & Böhm-Ott, Stefan (1996): Gesunde Wohnungen und Wohnungen für gesunde Deutsche – Der Einfluss der Hygiene auf Wohnungs- und Städtebau in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich“. In: Gerd Kähler (Hrsg.): *1918-1945 Reform Reaktion Zerstörung*. Stuttgart: 453-556. (= Geschichte des Wohnens 4)
- Rose, Nikolas (2000): Tod des Sozialen? Eine Neubestimmung der Grenzen des Regierens. In: Bröckling, Ulrich, Lemke, Thomas und Krassmann, Susanne (Hrsg.): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt : 72-109.
- Rosol, Marit (2009): Stadtplanung im Umbau. Von fordistisch bis neoliberal. In: *Forum Wissenschaft* 2009 (1): 10-13.
- Rousseau, Max (2009): Re-imagining the City Centre for the Middle Classes: Regeneration, Gentrification and Symbolic Policies in 'Loser Cities'. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 33 (3): 770-788.
- Rügemer, Werner (2006): Rüsselsheim als selbstbewusste und demokratische Stadt – Eine Alternative zu „Rüsselsheim 2020. URL im Internet: [http://www.liste-solidaritaet.de/download/Ruegemer\\_Expertise.pdf](http://www.liste-solidaritaet.de/download/Ruegemer_Expertise.pdf) (21.09.2010).
- Sandercock, Leonie (1998): The Death of Modernist Planning: Radical Praxis for a Postmodern Age. In: Douglass, Mike und Friedmann, John (Hrsg.): *Cities for Citizens. Planning and the Rise of Civil Society in a Gobar Age*. Chincester (u.a.): 163-184.

- Sarasin, Philipp (2005): Michel Foucault zur Einführung. Hamburg.
- Schäfers, Bernhard (2006): Stadtsoziologie. Stadtentwicklung und Theorien – Grundlagen und Praxisfelder. Wiesbaden.
- Schneider-Sliwa, Rita (1996): Stadtentwicklungskonzepte in Atlanta – Prototyp für Planungsstrategien in der Ära sozialstaatlichen Rückbaus in den USA. In: Geographische Rundschau 48 (5): 318-324.
- Schreibwerkstatt AK Kritische Geographie (2008): Zwischen den Fronten!? Junge kritische Geographie und Gesellschaftstheorie im 21. Jahrhundert. In: Geographische Revue 10 (2): 51-65.
- Schuhmann, Michael (2003): Methamorphosen von Industriearbeit und Arbeiterbewusstsein. Kritische Industriesoziologie zwischen Taylorismusanalyse und Mitgestaltung innovativer Arbeitspolitik. Hamburg.
- Siebel, Walter (2010): Stadtsoziologie und Planung – Notizen zu einem zunehmend engen und ambivalenten Verhältnis. In: Harth, Annette und Scheller, Gitta (Hrsg.): Soziologie in der Stadt- und Freiraumplanung. Analysen, Bedeutung und Perspektiven. Wiesbaden.
- Singelstein, Tobias und Stolle, Peer (2006): Die Sicherheitsgesellschaft. Soziale Kontrolle im 21. Jahrhundert. Wiesbaden.
- Smith, Neil (1996): The new urban frontier — gentrification and the revanchist city. London.
- Sobotta, Angelina und Berger, Peter U. (2003): Rüsselsheim als Einzelhandelsstandort unter besonderer Berücksichtigung der Innenstadt. Köln.
- Stadt Rüsselsheim. (ohne Jahr): Homepage. URL im Internet: <http://www.stadt-ruesselsheim.de/rd/1109.php> (17.06.1010).
- Steinert, Heinz (2008): ‚Soziale Ausschließung‘: Produktionsweisen und Begriffskonjunkturen. In: Klimke, Daniela (Hrsg.): Exklusion in der Marktgesellschaft. Wiesbaden: S.19-30.
- Strüver, Anke (2009): Grundlagen und zentrale Begriffe der Foucaultschen Diskursanalyse. In: Glazke, Georg und Mattisek, Annika (Hrsg.): Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung. Bielefeld: 61-81.
- Zima, Peter V. (2000): Theorie des Subjekts: Subjektivität zwischen Moderne und Postmoderne. Tübingen, Basel.